Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

28. November 1977
Jg. 5 Nr. 48

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21061 C

Lohnkämpfe der französischen Arbeiter

Die Pariser Kanalarbeiter befinden sich jetzt die fünfte Woche im Streik zur Durchbrechung des gegen sie verhängten Lohnstopps und für ein 13. Monatsgehalt. In zahlreichen Betrieben finden hartnäckige Einzelstreiks statt, so seit mehr als 40 Tagen bei dem Automobilzulieferbetrieb Pellet in Nanterre. Der Kapitalist mußte bereits den schlechtest bezahlten Arbeitern, meist Frauen, Lohnerhöhung in Höhe von 340 Francs (ca. 150 DM) zugestehen. Dennoch bleibt die Belegschaft im Streik, da der Kapitalist Entlassungen nicht rückgängig machen will. Für den 1. Dezember haben die von Reformisten und Revisionisten geführten Gewerkschaften CFDT und CGT einen neuen Streik- und Aktionstag angesetzt, dem sich die Gewerkschaftssektionen mehrerer Branchen angeschlossen haben, so zuletzt die Elektrizitätsarbeiter und die Druckereiarbeiter. Unter dem Eindruck dieser Kämpfe hat ein „Sachverständigenrat" der Regierung Barre geraten, die staatliche Lohnleitlinie von 6,5% auf 10% anzuheben, um überhaupt Aussicht auf Durchsetzung zu haben.

Kongreß der Metallarbeitergewerkschaft zur finanziellen Unterstützung des Feuerwehrleutestreiks in Großbritannien

Der Streik der Feuerwehrleute in England, Schottland, Wales und Nordirland ist schon längst die Kraftprobe zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisregierung geworden. In London waren bis Ende letzter Woche über 500.000 Unterschriften für den Streik gesammelt. Callaghan ist entschlossen, der Arbeiterklasse mit seiner 10%-Lohnleitlinie eine gründliche Niederlage zu bereiten, und nimmt dafür Brandschäden in Kauf, die den Umfang der Lohnforderungen bereits über Jahre hinaus übersteigen. Während die reformistische Führung der Gewerkschaft TUC zur Aufgabe des Streiks auffordert, haben die Delegierten der Metallarbeitergewerkschaft einen Dringlichkeitsantrag für eine, in den nächsten Tagen stattfindende Konferenz eingebracht, auf der eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 2 Millionen DM beschlossen werden soll. Schecks zur Unterstützung können – ausgestellt auf: Firebrigade Union – geschickt werden an: Mr. Bluestone, London secretary of the Firebrigade Union; 435, New Cross Road, London se 14.

Namibia ist in die FAO aufgenommen

Am 15. November wurde Namibia – „ein Land ohne Regierung", wie die Imperialisten sagen – gegen den Widerstand der USA und 4 anderer Länder, die sich hinter der geheimen Abstimmung verstecken konnten, in die FAO (Organisation für Nahrungsmittel und Landwirtschaft, Unterorganisation der UNO) aufgenommen. Damit haben die Völker der Dritten Welt den Versuchen der Imperialisten, die Unabhängigkeit mit dem Ziel einer neokolonialen Lösung hinauszuzögern, einen empfindlichen Schlag versetzt. Der Vertreter von Senegal erklärte, daß er eng mit der SWAPO zusammenarbeiten werde, die die UNO-Vollversammlung als die einzige Befreiungsorganisation für Namibia anerkannt hat. Nun reden die US-Imperialisten von einer „großen Verwirrung", die entstanden sei, weil nun niemand mehr den Begriff eines Staates bzw. einer Nation klar definieren könne.

Fernsehlüge der Woche: „Wolkenbilder aus Afrika"

Meteosat 1, der erste europäische Wettersatellit, hat jetzt endlich „36000 km hoch über jenem Punkt, wo der Null-Längengrad den Äquator kreuzt", seinen lang ersehnten Platz eingenommen. Wo das ist? Über dem Golf von Guinea, vor der westafrikanischen Küste, gleich bei der Ölroute, in Sichtweite jenes „Wendekreises des Krebses", der nach dem Wunsch westdeutscher Generäle in Zukunft *nicht* mehr die südliche Grenze für NATO-Operationen bilden soll. Von hier aus kann Meteosat ganz gemütlich „die Wetterbedingungen über dem Nord- und Südatlantik, über Afrika, dem Nahen Osten und Europa Tag und Nacht überwachen". An schlechter Sicht soll's also nicht liegen für die neuen Fregatten. Wer kann etwas dagegen haben? „Nach tagelangen Schwierigkeiten" konnte Meteosat erst von Cap Canaveral, USA, starten. Der „defekte Sender eines Schiffes vor der Küste" hatte Signale gesendet, die „den Selbstzerstörungsmechanismus der Rakete hätte auslösen können". Der ältere Bruder von Meteosat, „made in Europe", mußte im Sommer schon gleich nach dem Start gesprengt werden, wegen Kursabweichung der Trägerrakete, „made in USA".

Vor der OPEC-Tagung: Verschärfter Kampf ums Ölmonopol

Die Ankündigung mehrerer OPEC-Staaten, auf der nächsten Ministerkonferenz im Dezember über neue Preiserhöhungen zu beschließen, hat zu neuen fieberhaften Anstrengungen der Imperialisten geführt, durch Erpressung, Spaltung und Einschüchterung die Front der in der OPEC zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Entwicklungsländer aufzusprengen und sich gegenüber der Konkurrenz den Zugriff auf möglichst große Teile der Ölproduktion zu sichern.

Der US-Präsident Carter ließ den Regierungen der ölproduzierenden Staaten, die er auf seiner Weltreise besuchen wollte, mitteilen, erst müsse er sein Energieprogramm unter Dach und Fach haben, bevor er mit ihnen in Verhandlungen trete. Dem Schah von Iran, der zu Besuch in die USA kam, um sich Rüstungsnachschub für seine Armee zu besorgen, ließ Carter gleich zu Anfang mitteilen, daß er Waffen nur bekommen könne, wenn er zunächst mit ihm (Carter) über die Ölpreise „gesprochen" habe. Was die US-Imperialisten vom Schah zu hören wünschten, wurde ihm – bevor er den Mund aufgetan hatte – von der US-Presse schon unterschoben: nämlich, daß er für ein „Einfrieren" der Ölpreise eintrete. Tatsächlich erklärte der Schah nur, der Iran wolle diesmal nicht (wie im letzten Jahr) als Hauptsprecher für eine Erhöhung auftreten, sondern sich an die Mehrheitsmeinung halten. – Der Nötigung fügte Carter in seiner Tischrede, lächelnd wie stets, die unmißverständliche Drohung hinzu: stets schon habe zwischen ihnen „tiefe Freundschaft" geherrscht, weshalb ja auch 1959 ein Militärpakt zwischen beiden Ländern geschlossen worden sei. Der Militärpakt von 1959 sicht die Möglichkeit des Einsatzes von US-Truppen im Iran vor.

Noch immer ist das Erdöl aus den Ölfeldern vor allem des Nahen Ostens für die imperialistischen Monopole die billigste verfügbare Energie. Ebenso ist der Preis, den sie dafür zahlen, viel niedriger als der Preis, den sie für Erdöl aus eigener Produktion zahlen müssen. Speziell die US-Imperialisten, die nach wie vor den größten Teil des Weltmarktes durch ihre führenden Monopolunternehmen beherrschen und an die die OPEC-Staaten auch nach der Nationalisierung der meisten Ölquellen den Großteil ihrer Produktion verkaufen müssen, haben immer noch von der künstlich hohen Bewertung des Dollar profitiert. Trotz der Ölpreiserhöhungen der letzten Jahre haben die OPEC-Staaten infolge des Wertverlustes des Dollar sich *weniger* aus ihren Exporterlösen kaufen können als 1973. Die US-Ölmonopole haben umgekehrt gerade in den letzten Jahren die größten Profite ihrer Geschichte gemacht, und zwar gerade aus OPEC-Öl. Am deutlichsten ist dies daran erkennbar, daß der Anteil der Ölimporte aus Entwicklungsländern in die USA selbst sprunghaft weiter gestiegen ist auf inzwischen 47 %.

Dennoch hat die Nationalisierung der Ölquellen und die Tatsache, daß die ölfördernden Entwicklungsländer diesen knappen und wertvollen Rohstoff nicht mehr wie früher sich für einen Spottpfennig abjagen lassen, dem fast absoluten Monopol der US-Ölkonzerne einen entscheidenden Schlag versetzt.

Das alles hat die Konkurrenz auf dem Weltmarkt enorm verschärft. Die japanischen Imperialisten ebenso wie die Imperialisten der BRD, die sich dem US-Monopol bis dahin weitgehend unterwerfen mußten, geschweige daß sie selbst einen Anteil am Weltmarkt gehalten hätten, haben auf vielfältige Weise direkte Beziehungen zu den erdölproduzierenden Entwicklungsländern geknüpft. Jetzt schreiten sie zum Versuch fort, ein eigenes Ölmonopol aufzubauen und sich den Zugriff auf eigene Ölquellen in der Dritten Welt zu sichern. Die westdeutsche

Fortsetzung Seite 2

Städte-Verschuldung: Die Kapitalisten sanieren ihre Profite, die Arbeiterlöhne sollen dafür herhalten



Die Finanzbourgeoisie fordert: „Im Interesse einer kontinuierlichen und gesunde n Konjunkturpolitik" sollen sich die Städte und Gemeinden stärker verschulden. Die Investitionen sollen steigen, um Erschließungskosten für die Kapitalisten zu senken; die Infrastruktur soll ausgebaut werden, um so die Profitproduktion von toten Kosten zu befreien; für Subventionen für die Kapitalisten und „Arbeitsbeschaffungsprogram me" sollen die Städte und Gemeinden mehr Geld auftreiben. Die Steuern für die Kapitalisten werden gesenkt. Die Löhne der Arbeiter sollen für die steigende Verschuldung geradestehen. Um die Ausplünderung durch Gebührenerhöhungen bei Strom-, Gas-, Wasser- und Nahverkehrstarifen gegen den Widerstand der Volksmassen durchzusetzen, werden die Lakaien der Bourgeoisie in den Stadtparlamenten angetrieben und ist Polizei nötig.

Die Schulden der Gemeinden betrugen im Juni 1977 75,3 Milliarden Mark. Allein die Zinszahlungen der Städte und Gemeinden an das Finanzkapital stiegen von 1965 bis 1976 von 1,3 Mrd. auf 5,62 Mrd. DM und sollen 1977 auf 5,9 Mrd. steigen.

Unterstützt die Streiks der Studenten

Beschlüsse für Streik an 125 Hochschulen / Die Bourgeoisie fürchtet den Aufbau der Front gegen die Reaktion und für die Bezahlung der Arbeitskraft und Koalitionsrechte

„Es ist immer noch ein Vorrecht zu studieren, zu lehren und zu forschen. Dieses Vorrecht begründet Pflichten." Der Bundeskanzler sah Anfang Oktober Veranlassung, die Studenten daran zu erinnern. Und er hat dann verkündet, worin diese Pflicht besteht. „Wir wollen die persönliche Bereitschaft, die verfassungsmäßige Ordnung lebendig zu erhalten." Sicherung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Entwicklung der „Fähigkeiten" zur Schweißauspressung und Unterdrückung der Volksmassen für die Expansion der imperialistischen Bourgeoisie – diese Aufgabe stellt die Bourgeoisie der Intelligenz. Der Kanzler hat an ihr Pflichtbewußtsein appelliert. Geholfen?

Seit heute morgen stehen Hunderttausende Studenten in ganz Westdeutschland und Westberlin im Streik. 125 Hoch- und Fachhochschulen hatten die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) bis Freitag gezählt. Im Norden haben bis Freitagabend die Studenten von 33 Hochschulen den Streik beschlossen. Nur an vier Universitäten wurde er abgelehnt. Der Streik wird geführt gegen die Verelendung, gegen politische Entrechtung und imperialistische Dressur an den Hochschulen. Bezahlung der Ausbildung durch den bürgerlichen Staat wird gefordert und Koalitionsrechte, Rücknahme der Landeshochschulgesetze mit ihren Regelstudienzeiten, Prüfungsverschärfungen und Ordnungsrecht. Vertretung der Studenten in allen Fragen durch eine Verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat, Finanz- und Satzungshoheit.

Sicherung des Privateigentums? Verfeinerung der Schweißauspressung? An der TU Hannover will die Kapitalistenklasse die verschärfte Knochenschinderei bei den Reifenwicklern auf der Conti (Continental) „wissenschaftlich" begründen lassen. 2,4 Millionen ist ihr diese „Humanisierung der Arbeitswelt" wert. Jetzt ist das Seminar geplatzt. Professor Kern sah keine „Vertrauensbasis" mehr, nachdem die Studenten klarstellten, daß sie keine Forschung zwecks Lohnabbau und Rationalisierung betreiben werden und dieses auch nicht dulden. Solche Beschlüsse häufen sich.

Gefährlich ist die Lage für die bürgerliche Klasse. Mehrfach hat sie in den letzten Jahren die Kämpfe der Studenten zu unterdrücken versucht. Mit allen Mitteln. Der Polizeiknüppel ist eingesetzt worden, es hat Strafverfahren und Gefängnis gegeben. Unter ihrem enormen Druck ist der Streik der Medizinstudenten abgebrochen worden. Ein ideologisches Trommelfeuer hat sie in den letzten Wochen gegen die Studentenbewegung losgelassen. „Hochschulen Hort des Terrorismus, Trainingscamps für Terroristen." Eine Einschüchterung war bezweckt, wie Isolierung der Revolutionäre.

Heute steht der Streik bundesweit. Die Studentenbewegung konnte nicht zerbrochen werden. Die Hochschulen sind nicht wieder geworden, was sie jahrhundertelang waren: Hort der Reaktion. Ideologisch ist das für die Bourgeoisie eine gefährliche Lage. In Göttingen hat sie den AStA suspendiert, sie versucht, Professoren zu entlassen, die für die Rechte der Volksmassen eintreten. Jetzt haben 200 Studenten gegen die Polizei durchgesetzt, daß Franz Dick, der Hausverbot hat, sein Seminar: „Psychologie – Ausdehnung des staatlichen Unterdrückungsapparats" durchführt.

Wie will die bürgerliche Klasse ihre Herrschaft ideologisch sichern, wenn sie nicht die Professoren, die Masse der Studenten gewinnt? Soll es ihr weiter vorkommen, daß der „Heute"-Sprecher anmerkt, bei der letzten Prognose der „Fünf Weisen" habe sich von 29 Vorhersagen *eine* bewahrheitet?

Der Streikbeschluß hat die Bourgeoisie erschüttert. Die hohe Wahlbeteiligung (im Schnitt 60%) macht sie besorgt. Die gleichen Leute, die vor kurzem laut über die möglichen Polizeieinsätze nachdachten, wollen jetzt „die Hochschulen vor Diffamierungen schützen, die sich in Ausdrücken zeige wie: Hochschulen seien Trainingscamps für Terroristen" (Biallas, Hamburg). Woher die rührende Besorgtheit, Herr Senator? Gemeinsamkeit wird demonstriert: „Die Einwände gegen das geplante Hochschulgesetz beruhten in wesentlichen Punkten auf der Übereinstimmung zwischen Professoren, Assistenten, Studenten und sonstigen Mitarbeitern." (Senat der PH Niedersachsen) Sie werfen sich ordentlich ran an die Studenten. Viel steht für die Bourgeoisie auf dem Spiel. Der Kohl soll an der FU in Westberlin sprechen, die Studenten zu gewinnen. Es scheint grotesk, ist aber Ausdruck ihrer Probleme. Die Taktik kann aber Erfolg haben. Reformisten und Revisionisten unter den Studentenorganisationen sind auf den Zug gesprungen. „Demokratische Gegenuniversität" heißt das Projekt der Verbrüderung. Diskussion über die „Werte in dieser Gesellschaft". Mit den Vertretern des Staatsapparates. Dafür ist Walter Scheel in Tübingen eingetreten.

Die Arbeiterbewegung ist für den Aufbau einer Front gegen die Reaktion, für die Bezahlung der Arbeitskraft und Koalitionsrechte. Lohnkämpfe werden von ihr vorbereitet. Sie wird den Streik der Studenten unterstützen. Denn der Kampf für 100 DM mehr und 1500 DM Elternfreibetrag geht gegen die Verschlechterung der Reproduktionsbasis der Arbeiterfamilie, und der Angriff auf die bürgerliche Wissenschaft zersetzt die Reihen des Feindes. In diesen Kämpfen kann sich die Arbeiterbewegung mit großen Teilen der Intelligenz verbinden und wichtige Reserven im Kampf um die politische Macht gewinnen.

Fortsetzung Seite 2

Für langlebige Konsumgüter und Winterkleidung ist kein Pfennig mehr übrig

Preisentwicklung auf dem Kleider- und Elektrogerätemarkt

Westberlin. Ein Hilfsarbeiter der Mercator-Druckerei in Westberlin hat einen Monatslohn von 1800 DM brutto, 1450,50 DM netto, ist verheiratet und hat ein Kind.

Seine Kosten gliedern sich folgendermaßen:

1. Feste Kosten:	
Miete	150,00 DM
Strom, Gas	65,00 DM
Lebensversich.	130,00 DM
Rückzahlung von Krediten	400,80 DM
Schuldentilgung	100,00 DM
Summe	846,40 DM
2. Übrige Kosten für Lebenshaltung:	
Essen	300,00 DM
Trinken	90,00 DM
Rauchen	150,00 DM
Kleidung	80,00 DM
Versorgung des Kindes	100,00 DM
Hygiene	30,00 DM
Summe	750,00 DM
3. Gesamtkostenrechnung:	
Nettolohn	1450,50 DM
feste Kosten	– 846,40 DM
übrige Kosten	– 750,00 DM
Summe	– 145,90 DM

Um dieses Minus zu decken, muß der Arbeiter Überstunden schieben, sein Konto überziehen, Schulden machen. Inzwischen hat sich schon ein großer Schuldenberg aufgetürmt.

Sehen wir uns die Rechnung genauer an: An den festen Kosten ist nichts zu drehen, deshalb heißen sie auch so. 150 DM für Miete für drei Personen – da kann man sich vorstellen, was das für eine „Wohnung" ist. Die Lebensversicherung hat der Kollege vor längerer Zeit abgeschlossen, um sich und seine Familie vor Invalidität und Tod durch die kapitalistische Ausbeutung zusätzlich „abzusichern". Damals hat er einen lebensgefährlichen Job als Kesselreiniger gehabt. Hat einer vielleicht keine Lebensversicherung, zahlt er vielleicht 280 DM Miete für drei Personen, was auch noch unter dem Durchschnitt liegt. Die hohen Schulden sind fast mit einem Schlag entstanden, als die Familie nach Westberlin umgezogen ist und als die Frau des Arbeiters schwanger war und das Kind kam.

Der noch verbleibende Teil des Lohns geht ausschließlich für kurzlebige Konsumgüter drauf. Wer meint, 150 DM für Rauchen seien viel, soll nachrechnen – das sind noch nicht mal je eine Schachtel Zigaretten für den Arbeiter und seine Frau. Jede Lohnsenkung führt zu einer folgenschweren Einschränkung der notwendigen Lebensmittel.

Die diesjährige „Lohnerhöhung": 56 Pf auf den Bruttostundenlohn, netto 67 DM monatlich. Mindestens 15 DM mehr gehen monatlich drauf durch die 23prozentige Fahrpreiserhöhung bei der BVG. Um 6 DM ist die Miete erhöht worden. Die offizielle Preissteigerungsrate von 4 % zusammengenommen mit der 1 %igen Mehrwertsteuererhöhung ab Januar 78 kürzen den Teil des Lohns, der für Kleidung und Lebensmittel aufgewandt wird, um 37,50 DM, den, der für Schuldentilgung und Kreditrückzahlung weggeht, um 25 DM. Macht zusammen schon 83,50 DM Lohnsenkung, ohne daß die übrigen Gebühren und Tariferhöhungen und die reale Steigerung der Lebensmittelpreise berücksichtigt worden sind.

Für langlebigere Konsumgüter ist kein Pfennig übrig. Die Familie hat keine Waschmaschine, nicht mal einen Staubsauger. Es gibt ein Radio (Baujahr 64/65), einen Fernseher (Baujahr Anfang der 60er Jahre), und einen Kühlschrank hat die Familie von Arbeitskollegen bzw. Nachbarn geschenkt bekommen.

Jetzt, wo es auf den Winter zugeht, muß Winterkleidung her. Warme Mäntel, Stiefel, Hosen, Pullover, Strumpfhosen sind bei der Familie entweder völlig verschlissen oder gar nicht vorhanden. Woher das Geld nehmen? Weihnachtsgeld gibt es 85 % vom Bruttolohn in der Druckindustrie, vom Tariflohn bei Mercator. Für den Arbeiter sind das netto ca. 1250 DM. Eigentlich ist das Geld verplant für Schuldentilgung und eine Familienfahrt für ein paar Tage nach Westdeutschland. 315 DM sind aber schon im Vorgriff weg, denn unumgänglich waren die Ausgaben für ein Paar Stiefel für den Arbeiter (95 DM) und seine Frau (80 DM) und je eine Hose (2 mal 70 DM). Winterkleidung ist teuer. Eine warme Strumpfhose kostet fast 30 DM, gefütterte Winterschuhe für das kleine Kind fast 100 DM (!), an Mäntel gar nicht zu denken. Das Statistische Landesamt gibt für die ersten 10 Monate 77 eine Preissteigerung bei Schuhen um 7,6 % an, aufs ganze Jahr umgerechnet sind das 9,1 %, bei Oberbekleidung 6 %. Die notwendigen elektrischen Hausgeräte wie Waschmaschine (dafür müßte schon die Hälfte des Weihnachtsgeldes ausgegeben werden), Staubsauger usw. sind nach Angaben des Statistischen Landesamtes 1977 um 3,1 % teurer geworden. Das Weihnachtsgeld ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Frohe Weihnachten! Prosit Neujahr – ein Hohn auf die Lage der Arbeiter.

Jetzt soll keiner sagen, dies sei ein zu extremes Beispiel, das die allgemeine Lage nicht trifft. Wir haben eine Lohnuntersuchung bei Mercator durchgeführt, wo der überwiegende Teil der Arbeiter Schicht arbeitet. Wir haben festgestellt, daß netto ohne Schicht ca. 45 % der Belegschaft einen Lohn von unter 1550 DM hat, also einen Lohnstandard, auf dem eine Arbeiterfamilie nur am Rande des Elends leben kann. Der rasche Verschleiß der Arbeitskraft des Arbeiters, die Verkürzung der Lebenszeit durch die Schichtarbeit sind der Preis dafür, daß die Reproduktion einer Familie von seinem Lohn ein gewisses Stück über den Elendsstandard hinausgeht.

Wenn es der Kapitalistenklasse gelingt, in den kommenden Lohntarifkämpfen noch einmal abzuschließen mit 5,5 % oder darunter, ist es ihr gelungen, den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken, d. h. einen neuen Lohnstandard zu schaffen, der große Teile der Arbeiterklasse zwingt, ohne Waschmaschine und Staubsauger und mit alten verschlissenen Klamotten zu leben. – (Zelle Mercator Westberlin)

Ein Apfel am Tag bei dem heutigen Lohn ist schon zu viel

Vor ein paar Monaten konnte man in einigen Städten Zahnärzte sehen, die auf der Straße an die Passanten Äpfel verteilten. Die Massen sollten gefälligst Äpfel essen, damit die Zähne gesund bleiben. Mit anderen Worten, die Massen seien selber schuld, wenn das Zahnfleisch sich lockert und die Zähne brüchig werden. Es ist ein dummes Vorurteil, das diese bohrenden Schulmeister da verfestigen wollten. Was den Arbeitern und Volksmassen aber das Gebiß ruiniert, ist nicht solch angedichtete Blödheit. Die Profitgier der Kapitalistenklasse raubt ihnen beständig Lohn und mithin Lebensmittel. Konnte ein Arbeiter 1970 für einen Stundenlohn noch 5,6 kg Tafeläpfel erstehen, so sind es heute nur noch 4,7 kg

Am 10. November 1977 kosteten in Frankfurt an Obstständen auf der Zeil ein Kilogramm Äpfel 2,50 DM. Ißt in der vierköpfigen Familie des Arbeiters jeder am Tag nur einen Apfel, macht das auf den Monat im Geldbeutel ein Loch von 75 DM und übers Jahr von 900 DM. Man sieht gleich, das ist beim normalen Arbeiterlohn gar nicht drin. – Der Bedarf an Vitaminen wird mit dem Kantinenessen erst recht nicht gedeckt: Gemüse und Kartoffeln, die viel Vitamin C enthalten, sind verkocht, Salat gibt es nicht oder ist ungenießbar. Nur zu Hause wäre also der Bedarf an Vitaminen zu decken. Die Lohnräuberei der Kapitalisten zwingt die Massen, ihren Verbrauch einzuschränken. Der Frischobstverbrauch geht zurück: von 93,0 kg pro Einwohner im Jahre 1970/71 auf 87,8 kg pro Einwohner 1975/76. (Bundesministerium für Wirtschaft, Leistung in Zahlen 1976) Selbst nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft mußte ein Arbeiter schon im Oktober 1976 32 Minuten arbeiten, um fünf Kilo Kartoffeln zu verdienen gegenüber 18 Minuten im Oktober 1970.

Die Folgen von mangelnder Versorgung mit vitaminreicher Kost: zunehmende Abgespanntheit, leichtere Ermüdbarkeit, die Abwehrfähigkeit läßt nach und die Anfälligkeit für alle Arten von Krankheiten, insbesondere Erkältungskrankheiten, nimmt zu. Diese ökonomisch erzwungene Unterversorgung verschärft die Lage, denn die Ausdehnung des Arbeitstages (Überstundenschinderei) und Verdichtung (ständige Erhöhung der Akkorde usw.) würde allein zum Ausgleich mehr und qualitativ bessere Nahrung erfordern. – (Z-Red.)

Was ist los in der Druckindustrie?

In Düsseldorf und Wuppertal haben die Druckarbeiter am letzten Freitag gestreikt für die Durchsetzung ihrer Forderungen zum OCR-Vertrag (Optical Character Recognition – Optische Buchstabenerkennung). Um welche Forderungen geht es, und wie ist der Stand der Verhandlungen der verschiedenen Tarifverträge in der Druckindustrie?

Vor zwei Jahren hat der Vorstand der IG Druck einen Tarifvertragsentwurf für die Arbeit an „OCR-Geräten und Bildschirmterminals" vorgelegt. Die Kapitalisten wollen die Revolutionierung der Satzherstellung durch computergesteuerte Licht- und Fotosatzgeräte nutzen, um einen Großteil der bisherigen Maschinensetzer zu entlassen und den Lohn für die Arbeit an den neuen Geräten gewaltig zu drücken. Die Verhandlungen dauern. Ende letzten Jahres kündigte der IG-Druck-Vorstand gleichzeitig die Anhänge zum Manteltarifvertrag. In den Anhängen zum Manteltarifvertrag werden die Bedingungen für die Besetzung an den Druckmaschinen und Satzmaschinen tariflich festgelegt. Die Verhandlungen über diese Anhänge zum Manteltarifvertrag haben jetzt am 11. Oktober begonnen, bei der ersten Sitzung kam nichts heraus. Die Forderungen zum OCR-Tarifvertrag (computergesteuerte Satzherstellung) sind praktisch Teil der Forderungen zu den Anhängen zum Manteltarifvertrag, sie gelten für einen bestimmten Teilbereich des Geltungsbereiches der Anhänge zum Manteltarifvertrag. Die IG Druck führt die Verhandlungen für diesen Teilbereich auf Grundlage eines Tarifvertragsentwurfs, des sogenannten Raster-Vertrags, der im Juli dieses Jahres veröffentlicht wurde und an die Stelle des oben erwähnten Tarifvertragsentwurfs für die Arbeit an „OCR-Geräten ..." trat. Die Hauptforderungen:

– Übertragung aller Gestaltungsarbeiten an Bildschirmgeräten an Schriftsetzer, Vorrang für Schriftsetzer bei der Texterfassung

– Maschinensetzerlohn für elektronische Texteingabe und -gestaltung

– keine Setzerarbeit durch Journalisten

– für Arbeit an Bildschirmgeräten je Stunde eine Pause von 20 Minuten bzw. höchstens 4 Stunden Bildschirmarbeit am Tag. 35-Stunden-Woche für die Bildschirmarbeit.

Nachdem nach sieben ergebnislosen Verhandlungen der IG-Druck-Vorstand das Scheitern der Verhandlungen am 22. September erklärt hatte, sind inzwischen auch die Schlichtungsverhandlungen letzte Woche gescheitert. Der Hauptvorstand der IG Druck forderte zur Überstundenverweigerung auf und „sieht sich nunmehr gezwungen weitere gewerkschaftliche Mittel einschließlich Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen". Am 10. Dezember tagen der erweiterte Vorstand und die Zentrale Tarifkommission in Frankfurt, um „weitere Maßnahmen im einzelnen festzulegen".

Die Drucker in Düsseldorf und Wuppertal haben mit ihrem Streik den Kapitalisten die einzig mögliche Antwort erteilt. Für die 120000 Arbeiter und Angestellten in der papierverarbeitenden Industrie hat der IG-Druck-Vorstand die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 31.12.77 gekündigt und ganze 7,5% gefordert. – (Z-Red.)

Unterstützt die Streiks der Studenten

Fortsetzung von Seite 1

200 Assistenten der TU Westberlin haben sich mit dem Streik der Studenten auf einer Versammlung gegen das Hochschulrahmengesetz solidarisiert.

In einer Resolution der Personalversammlung am Klinikum Steglitz heißt es: „Studenten, die unter dem Damoklesschwert rigider Prüfungsordnung, des BAFöG ... willig alles lernen, was ihnen vorgesetzt wird, z.B. wie man als Volkswirt die Steuerschraube anzieht oder als Diplomingenieur Maschinen konstruiert zwecks Rationalisierung ... Wissenschaftler, die dies willig lernen, so soll die Hochschule der Zukunft sein." Dagegen haben sich die Arbeiter und Angestellten gewandt.

Der Streik der Studenten nützt der Arbeiterbewegung. Die Studenten können ihre Aktionseinheit gegen den bürgerlichen Staat für ihre politischen und sozialen Interessen herstellen. Das Streikrecht, das sie brauchen, um sich jederzeit gegen Unterdrückung wehren zu können, erkämpfen sie sich bereits. Sie brauchen den AStA als politische Interessenvertretung und sie brauchen Geld, um die materielle Abhängigkeit mildern zu können. Niemand bestreitet das. Warum sollen sich die Studentenmassen nicht einigen können auf die Forderung nach 100 DM mehr, 1500 DM Elternfreibetrag und Tarifvertrag?

Vor der OPEC-Tagung: Verschärfter Kampf ums Ölmonopol

Fortsetzung von Seite 1

DEMINEX betreibt eigene Bohrungen vor der ägyptischen Küste und nimmt in Kürze mit der britischen BP zusammen, in die die DEMINEX sich inzwischen eingekauft hat, Explorationen in Oman auf. Von Indonesien bis Lateinamerika erstrecken sich die Aktivitäten. Die BRD-Imperialisten nutzen dabei systematisch ihre Stellung als Hauptgläubiger gegenüber vielen Staaten der Dritten Welt, um sich Ausbeutungsrechte zu verschaffen. Mexiko, wo kürzlich große Ölreserven, die zu den größten der Welt zählen, gefunden wurden, erhielt von einem westdeutschen Bankenkonsortium den bisher größten Kredit in Höhe von 200 Mio Dollar, die den Löwenanteil einer internationalen Anleihe bilden. Erst vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung die Versicherung für Erdölbezugsrechte, d.h. für die Rechte westdeutscher Ölkonzerne, die in fremden Ländern an der Erdölförderung beteiligt sind, gegen politische Risiken per Bundesgarantie übernommen. Insbesondere, schreibt die Welt vom 15.11., solle sich diese Bundesgarantie auf Algerien erstrecken – Algerien, das sich bekanntlich allen Pressionen zum Trotz geweigert hat, westdeutsche „Grenzschützer" auf seinen Flughäfen zu stationieren. Die Fregatten, an deren Fertigstellung die BRD-Imperialisten mit Hochdruck arbeiten, und die westdeutschen Eingreiftruppen innerhalb der NATO-„Feuerwehr"-Truppe AMF, speziell Fallschirmjäger, sollen den Eintritt des „Versicherungsfalls" verhindern.

Die Hauptkonfrontation auf dem Ölmarkt zeichnet sich jedoch als ein Zusammenstoß der US-Imperialisten mit der anderen Supermacht ab. Die sowjetischen Sozialimperialisten, aus eigenen Ölquellen die größten Erdölproduzenten der Welt und binnen weniger Jahre zu einem Großexporteur geworden, der nicht nur die geschützten Märkte der RGW-Staaten beherrscht, sondern zunehmend auf den westeuropäischen und japanischen Markt verstößt, bereitet offensichtlich einen massiven Versuch vor, an die Ölquellen des Nahen Ostens heranzukommen, den US-Monopolen einen wachsenden Teil des Weltmarkts und des imperialistischen Extraprofits streitig zu machen. Klagen über die mangelnde „Rentabilität" der eigenen Ölquellen „im internationalen Vergleich" füllen die Seiten der sowjetischen Presse. Großzügige Perspektiven, den Iran direkt an das sowjetische Pipelinesystem anzuschließen, werden entworfen. Bohrausrüstungen und Fachleute, ein ganzes, mehrere tausend Mann starkes Bataillon, sind eine bevorzugte Form sozialimperialistischer „Hilfe" an die Dritte Welt, rückzahlbar in Öl. Den Fuß einmal in die Tür gestellt, schieben sich die neuen Zaren Stück für Stück mehr hinein. Sie schüren alle möglichen Konflikte zwischen den Völkern und den Volksmassen der jeweiligen Länder, um sich dann als „Garantie"macht zu installieren.

Viele unterdrückte Völker haben damit schon ihre Erfahrungen. Der hochkantige Rausschmiß der Sozialimperialisten aus Ägypten, dem Sudan und in jüngster Zeit Somalia hat ihnen die Grenzen ihres Versuchs deutlich gemacht, sich als „natürlicher Verbündeter" durch die Hintertür hineinzwängen zu können. Um so ungenierter treten sie jetzt waffenklirrend durch die Vordertür hinein, wo sie sie einen Augenblick lang offen vorfinden wie in Angola (ebenfalls ein Land mit bedeutenden Ölvorkommen, von den Sozialimperialisten aus der OPEC herausgehalten), oder wie gerade jetzt in Äthiopien, am Horn von Afrika, gegenüber der arabischen Halbinsel. Die Positionen, die sie sich hier erobern, sind nicht nur gegen die Volksmassen des jeweiligen Landes gerichtet. Es sind Angriffsstellungen gegen die Völker des Nahen Ostens und Afrikas insgesamt. Es sind Schützengräben und Stellungen im imperialistischen Konkurrenzkrieg.

„... das soll Euer Freud und Wo-hon-ne sein ..." – alles in Butter?

Zwar kommt er nicht vom hohen Himmel her, sondern aus Bonn und Brüssel, aber frohe Mär hat er auch zu verkünden: die Weihnachtsbutter, Preis 1,49 bis 1,79 DM. Die Freude war kurz, „leider nicht alles in Butter": Nach zwei Stunden war die Butter weg, oder es gab sie überhaupt nicht, und wenn, dann rationiert von einem halben bis einem Pfund in den großen Kaufhäusern und Supermärkten.

Hausfrauen in Dreierreihen, eine etwa 30 Meter lang, warteten schon vor dem hannoverschen Kaufhof auf den Einlaß. „Ich bin seit sechs Stunden unterwegs und klappere sämtliche Kaufhäuser ab. Meine Ausbeute: gerade ein Pfund!" Die „Berliner Morgenpost" malt das Bild: „Ein Kunde stöbert in einem SB-Geschäft zielbewußt die Weihnachtsbutter in einem Regal auf, packt sich zehn Kilo in den Einkaufswagen, rollt an die Kasse ... und die Kassiererin wird blaß."

Die Bourgeois suhlen sich in diesen Schilderungen von der „Jagd auf die verbilligte Weihnachtsbutter – wie zuletzt vor der Währungsreform" (Bild, 24.11.) und versuchen, die Massen aufeinander zu hetzen: „PS: Lassen Sie sich nicht die Butter vom Brot nehmen, auch die verbilligte nicht" (Bild, 24.11.).

Grund soll nicht die Ersparnis von 50 bis 60 Pfennig pro halbes Pfund sein, sondern „das Tier" im Menschen: „Ein Urtrieb des Menschen bricht durch, der Trieb, Vorräte anzulegen".

Was für die Journalisten der Bourgeoisie der „Urtrieb", das „Tierische", „Niedere" im Menschen ist – sie selber verspüren das natürlich nicht, weil sie mit feinstem Fett geschmiert sind –, ist das Ergebnis des Lohnraubes vergangener Jahre. Die Reproduktionsbasis der Massen ist mit gesunkenem Lohn geschrumpft. Um über 6% ist im letzten Jahr allein der Butter-pro-Kopf-Verkauf gesunken und der Margarineverbrauch lediglich um 2% gestiegen. Viele hunderttausend Familien wissen aber, daß sie es nicht sind, die „pro-Kopf-pro-Woche" sich 123 Gramm Butter leisten können. Sie müssen sich Margarine kaufen, wo nur die teuersten Sorten aus dem Reformhaus die hochwertige Linolsäure enthalten, die harte, billige Margarine von Aldi dagegen Stearinsäure. Bürgerliche Ärzte „belegen" dann obendrein noch wissenschaftlich: Tierisches Fett ist ungesund! – „Der Fettgehalt der Trinkmilch liegt zu hoch. Dieser Energiespender hindert die Ärzte im Bemühen, die Übergewichtigkeit der Schulkinder zu senken", deshalb sollen sich die Schulkinder „leicht erwerbbare Nahrungsmittel" kaufen, anstatt unentgeltliche Milch zu trinken, hat die niedersächsische Landesregierung entschieden.

Hinter der Weihnachtsbutter steckt nichts anderes als ein dickes Geschäft: Ein Fahrer einer Meierei, der bereits seit Tagen die verbilligte Weihnachtsbutter aus Hamburger Lagerhäusern holt und tonnenweise an Warenhäuser und Supermärkte in ganz Schleswig-Holstein ausliefert, berichtet, daß es sich bei dieser Butter um gut vier Jahre alte Lagerbestände handelt, die unbedingt verkauft werden müssen, bevor sie vergammeln.

Aber dreifach bezahlen sollen die Volksmassen für diesen Dreck: Erst wird die Erstellung des Butterberges subventioniert (große Bauern – große Subventionen). Dann wird die Butter zu einem garantierten Preis ebenfalls aus den den Volksmassen geraubten Steuergeldern vom Staat aufgekauft, und bevor die Butter völlig verdorben und unbrauchbar geworden ist – statt sie wegzuwerfen – „verbilligt" auf den Markt geworfen – neue Subventionen für neue Butterberge. Das scheint der Bourgeoisie dann auch die beste Lösung zum Abbau des Butterberges zu sein: „Die REWE-Zentrale befürwortet dagegen, daß solche Auslagerungsaktionen im Interesse des Verbrauchers künftig häufiger erfolgen."

Dem „Urtrieb" der Bourgeoisie nach mehr Profit, mehr Subventionen, mehr Lohnraub, damit die Volksmassen, wenn zur nächsten Ration gepfiffen wird, angelaufen kommen wie die Dackel und nach der leeren Wurstpelle springen sollen, kann durch den Lohnkampf der Boden entzogen werden.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 48/77: 32000

Renten für Privatbauern in Polen: Mittel zum Bauernlegen und zur Auspressung der Bauern

Die neue Bourgeoisie in Polen will bis 1980 ein Rentensystem für die Privatbauern einführen und hat jetzt in ihrem Parlament, dem Sejm, entsprechende Beschlüsse gefaßt. „Größtes Ereignis in der Geschichte des polnischen Dorfes seit Abschaffung der Fronarbeit", heißt es dazu in einer Meldung der polnischen Agentur Interpress. In gewisser Weise stimmt das, bloß: die Abschaffung der Fronarbeit haben sich die Bauern erkämpft, gemeinsam mit den Arbeitern sind die Großgrundbesitzer vertrieben worden, die Bauern sind Herren des Landes geworden, welches sie bebauten. Mit der neuen Rentenregelung wollen die neuen Bourgeois in Polen aber gerade ihr Programm des Bauernlegens sowie der Auspressung der Bauern vorantreiben, als das gerade Gegenteil von dem, was die Beseitigung der Fronarbeit bedeutete.

Aufgrund der historischen Entwicklung des Sozialismus in Polen, Rückschlägen und Fehlern bei der Festigung des Arbeiter- und Bauernbündnisses und der Kollektivierung Anfang der fünfziger Jahre durch die Kommunistische Partei ist heute in Polen die landwirtschaftliche Produktion zu 80% in privater Hand. Das heißt Einzelgehöfte, meist von ganzen Familien betrieben. Daneben gibt es sogenannte genossenschaftliche Zusammenschlüsse sowie nach Vorbild der Sowjetunion geschaffene Großbetriebe auf dem Lande. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die polnische Landwirtschaft immer weniger in der Lage ist, die Versorgung des Landes zu gewährleisten. Mittlerweile muß Polen riesige Mengen von Getreide einführen, aus den USA und Kanada. Kapitalismus auf dem Lande im Innern und Ausplünderung durch die Sozialimperialisten und Imperialisten, das sind die beiden Ursachen für die ständige Versorgungskrise in Polen. Im Rahmen der „sozialistischen Arbeitsteilung" muß Polen verschiedene Tribute an die Sozialimperialisten zahlen, andererseits ist die Verschuldung an westliche Imperialisten so groß, daß die sowieso schon knappen landwirtschaftlichen Produkte im großen Maße ausgeführt werden müssen, um an Devisen heranzukommen.

Die neue Bourgeoisie in Polen strebt nun schon seit längerem danach, gleich wie alle unter dem Einflußbereich des Sozialimperialismus stehenden RGW-Länder kapitalistisch betriebene Großbetriebe auf dem Lande zu schaffen sowie in Polen die großen Privatbauern zu fördern und die Masse der Kleinbauern zu vernichten. Ein staatlicher Entwicklungsplan beinhaltet, daß nur ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe „Zukunft" hat, ein Drittel in landwirtschaftliche Nebenbetriebe verwandelt werden soll und der restliche Teil ganz vernichtet werden soll.

Entsprechend ist auch die Entwicklung. Gradmesser dafür ist die Landflucht, die in den letzten Jahren rapide zugenommen hat. Den Bauern werden die verschiedensten Abgaben in Form von hohen Preisen auferlegt, die überhaupt nur die großen Höfe noch tragen können. Hohe Düngemittelpreise oder teures Viehfutter, das schlägt direkt durch auf die landwirtschaftliche Produktion und ihren Ertrag. Praktisch führt das systematisch dazu, daß die kleinen Höfe nicht in der Lage sind, den Anbau durchzuführen und somit unrentabel werden, somit auch nicht größere Familien ernähren können, vielfach kaputt gehen. Landflucht ist die Folge. Vor allem gehen Jugendliche früh in die Stadt und verkaufen ihre Arbeitskraft. Diese Entwicklung führt zur „Veralterung" der Landbevölkerung in Polen. Nach polnischen Statistiken gibt es gegenwärtig in Polen „etwa 3 Millionen Einzelbauernwirtschaften mit einer Durchschnittsfläche von 0,5 ha., wovon 1 Million von Menschen bewirtschaftet werden, die im Rentenalter stehen, bzw. es bald erreichen werden. " (Interpress)

Die neue Rente wird an vergangene Ertragsergebnisse des Hofes gebunden. Diese Progression führt praktisch dazu, daß ein kleiner Bauernhof, der über kurz oder lang eingehen muß und der von niemandem übernommen werden kann, weil es nicht lohnt, gegen eine Hungerrente freigekauft wird. Der Hof muß dabei aber an den Staat überschrieben werden, will der Bauern seine Rente bekommen.

Beim großen Bauernhof wird bei der Verrentung des Bauern der Hof direkt dem Nachfolger überschrieben, was nach dem neuen Rentengesetz möglich und somit direkt als Kapitalrente für den großen Hof anzusehen ist, und fließt direkt in das Kapital des Hofes zurück.

Die Rentenprogression ist wie folgt aufgebaut: „Die Höhe der Rente steht im engen Zusammenhang mit dem Wert der an den Staat verkauften Agrarprodukte. Bei jährlich verkauften Produkten in der Höhe von 15000 Zloty beträgt die Rente (monatlich) 1500 Zloty (das sind etwa 250 DM), beim Wert von 90000 Zloty 2000 Zloty, bei 300000 Zloty 3100 Zloty, bei 470000 Zloty 4050 Zloty, bei 650000 Zloty 5000 Zloty, und bei mehr als 1 Million Zloty wird die Monatsrente 6500 Zloty betragen (etwa 100 DM). Hinzu kommen noch für Zuschüsse für jeden Hektar des dem Staat überwiesenen Bodens, für die Wohngebäude und eventuell für den Verzicht auf die Nutzung einer kostenlosen Wohnung." (Interpress) Die letzten drei Punkte und die Summe von 15000 Zloty beziehen sich auf die kleinen, meist auch von alten Leuten bewirtschafteten Höfe. Deren Boden wird völlig entwertet. Da die Summe von 1500 Zloty, also 250 DM, nicht ausreichen wird, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, werden die alten Bauern das Geld für das Haus und evtl. auch die kostenlose Wohnung mitnehmen müssen und sind somit ganz vom Land verschwunden. Das soll ja auch erreicht werden und ist die feste Absicht der neuen Bourgeoisie in Polen. Ihr Land wird entweder „von den Gemeindebehörden demjenigen in Besitz gegeben, der es am besten bebauen kann, das kann sowohl ein landwirtschaftliches Staatsgut, eine Bauerngenossenschaft oder ein Einzelbauer sein."

Die andere Wirkung der Rentenregelung für Privatbauern soll nach den Absichten der Revisionisten die Steigerung der Agrarproduktion sein, dazu auch der Ansporn für eine spätere höhere Rente. Voraussichtlich werden von den unteren Progressionsstufen noch weitere ihre Höfe aufgeben müssen, da sie die Produktionssteigerungen nicht mitmachen können, andererseits somit praktisch durch die Konkurrenz der großen Bauern gezwungen sind, aufzugeben.

Nach der Progression nutzt die Rente wirklich nur den großen Bauern, deren Rente direkt wieder in das Kapital des Hofes fließt, während sie andererseits damit rechnen können ständig gefördert zu werden, besonders, wenn sie sich auf ein Landwirtschaftsgebiet spezialisieren, z.B. Schafzucht. (Vgl. KVZ Nr. 32/77). Der in Rente gehende Bauer eines großen Hofes kann sein ganzes Gut seinem Nachfolger überschreiben. „Ganz" ist nach dem neuen Rentengesetz Pflicht, also eine Aufteilung auf 3 Kinder ist in Zukunft verhindert! Der Nachfolger muß eine landwirtschaftliche Ausbildung haben, dabei ist es gleich, ob er aus der Familie kommt oder nicht. Der wird unter solchen Bedingungen leicht gefunden, ganz im Gegensatz zum Hof eines kleinen Bauern. Daraus folgt, daß der in Rente gehende Bauer nicht Haus und Hof verlassen muß, wie etwa der Kleinbauer, und somit die ganze Rentensumme in den Hof einfließen kann. So wird mit jeder Aufstockung des Hofes und großer Ertragssumme auch die Rente steigen. Das ganze System ist also mit aller Deutlichkeit auf die Scheidung von Groß- und Kleinbauern angelegt, wobei sich die neue Bourgeoisie in Form der Rentenkasse eine beachtliche (Kriegs-, Tribut- und Pflicht-) Kasse schafft, die sie für allerlei Zwecke einsetzen kann und womit die Ausplünderung der Bauern weiter vorangetrieben wird. Die Beitragszahlung verläuft auch progressiv, von 50 bis 2000 Zloty monatlich, gebunden an den Ertrag des Hofes.

Bisher ist die neue Rentenregelung für Privatbauern nur in Umrissen veröffentlicht und blumig verpackt. „Außer den Renten sieht das Gesetz eine Reihe von zusätzlichen Leistungen vor, darunter Wochenbett und Krankengelder, Begräbnisgelder, Zuschüsse für körperbehinderte Kinder, ein Zuschuß für die Senioren, sowie für Bauern über 80 Jahren Invalidenrenten u.ä.m. Dazu kostenlose Leistungen des staatlichen Gesundheitswesens" (Interpress). Der revisionistische Partei- und Regierungschef Gierek in einer Rede vor dem polnischen Parlament am 27.10.77: „Wir können jedoch der Ansicht unmöglich zustimmen, daß gut und effektiv arbeitende Bauern nicht bevorzugt werden sollten und die Rente nicht vom Umfang der an den Staat verkauften Produktion abhängen soll. Ich möchte deshalb noch einmal betonen, daß diese Bevorzugung den Bauern für ihre Arbeit und deren Resultate zuteil wird. Entgegen manchen Einwänden können wir auch mit der Erörterung und Verabschiedung des Gesetzes nicht warten." Widersprüche gibt es also und die neue Bourgeoisie hat es eilig. In den letzten Jahren haben solch „eiligen Beschlüsse" zu scharfen Klassenauseinandersetzungen in Polen geführt. – (Z-Red.)

Hof verlassen muß, wie etwa der
setzungen in Polen geführt. – (Z-Red.)

Kanada im Würgegriff der USA-Monopole

Kanadische Arbeiter erzwingen Rücknahme des „Lohnstopps" / Gegenseitige Unterstützung von Arbeiterbewegung und nationalen Minderheiten

Im Juli dieses Jahres hat die Regierung des kanadischen Bundesstaates Quebec bei New Yorker Banken einen Kredit von 200 Mio. Dollar aufgenommen, die zur Finanzierung des James-Bay-Wasserkraftwerks dienen sollen, das in seinem Endausbau 30 Mrd. Dollar kosten soll. Die New Yorker Finanzinstitute Moody's Investors Service Inc. und Standard & Poor Corp., die *alle* öffentlichen Anleihen Kanadas im Ausland im Auftrag des US-amerikanischen Finanzkapitals auf ihre Rentabilität prüfen, haben erst grünes Licht für diesen Kredit gegeben, nachdem unter anderem eine Liefergarantie für Strom zu extrem niedrigen Preisen nach New York von der Regierung von Quebec gegeben worden war und nachdem die Indianer, die auf dem Gebiet des künftigen Stausees lebten, vertrieben waren gegen eine „Entschädigung" von 750 Dollar pro Kopf.

Die Indianer des Gebietes von Nelson House in Nord-Manitoba haben erfolgreich den Beginn der Bauarbeiten für ein neues Wasserkraftwerk verhindert. Dieser Sieg ist das Ergebnis der Kämpfe der Volksmassen des Bundesstaates Manitoba seit Ende der sechziger Jahre, als mit der Verlegung des Churchill River die Verwüstung ganzer Landstriche und eine große Steigerung der kanadischen Elektrizitätsproduktion zugunsten des US-Imperialismus eingeleitet wurde, die jetzt mit dem James-Bay-Projekt und dem Nelson-River-Projekt fortgesetzt werden soll. Zwischen 1967 und 1976 stieg der nach den USA exportierte Strom aus Kanada von 256 Mio. kWh auf 3226 Mio. kWh, eine Steigerung von 1160%. In der gleichen Zeit stieg der inländische Stromverbrauch Kanadas nur um 4%. Die Manitoba-Kraftwerksgesellschaft exportiert ebenfalls weit mehr Strom in die USA, als sie an den Binnenmarkt liefert. Gleichwohl sind ihre Einkünfte aus diesen Verkäufen in die USA weniger als halb so hoch wie die aus dem Verkauf an inländische Verbraucher, vor allem Haushalte und Bauern. Die kanadischen Volksmassen müssen mit ihren Strompreisen nicht nur die Schleuderpreise an die US-Imperialisten finanzieren, sondern vor allem auch die Zinsen, die diese Imperialisten dafür verlangen, daß sie sich diese Kraftwerke haben bauen lassen. Die langfristige Verschuldung der Manitoba-Kraftwerke, die ein öffentliches Unternehmen sind, betragen 1,95 Mrd. Dollar. Allein 1976 hat die Gesellschaft 64 Mio. Dollar für Zinsen an ihre Gläubiger ausgeben müssen. (Angaben nach People's Canada Daily News, 27.7.77)

US-Monopole beherrschen 80% der führenden Sektoren der kanadischen Wirtschaft. Die kanadische Wirtschaft ist zunehmend vom Export auf den US-amerikanischen Markt abhängig, und die US-Imperialisten zwingen ihr immer mehr koloniale Züge auf. 1956 waren 12,4% der Industrieprodukte, die in Kanada verkauft wurden, importiert, 1976 waren es 25,4%. 1956 wurden 24% aller Minerale und Metalle in Rohform, also als Rohstoffe für die verarbeitende Industrie exportiert, 1976 waren es 42%. Ihre eigene Überproduktionskrise haben die US-Imperialisten dazu benutzt, die Selbständigkeit der kanadischen Wirtschaft und des kanadischen Staates noch weiter zu untergraben. Im ersten Halbjahr 1977 haben 2612 kanadische Firmen bankrott gemacht, 30% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Vor allem aber haben sie die kanadische Regierung gezwungen, ihr den ganzen staatlichen Gewalt- und Unterdrückungsapparat einzusetzen, um zu versuchen, die Kämpfe der Arbeiterklasse zu brechen und die Ausbeutung zu verschärfen. Dazu dienten erstens weitere Verschuldung und Ausplünderung der Massen und zweitens die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse mit dem direkten Ziel, ihren Lohn zu senken und die Auspressung von Mehrwert zu steigern.

Der US-Konzern Gulf-Oil erzwang von der kanadischen Bundesregierung und der Regierung von Quebec Subventionen und Darlehen in der Höhe von 2,4 Mio. Dollar und eine weitgehende Aufhebung der ihm gemachten Umweltschutzauflagen in Höhe von 3 Mio. Dollar, mit der Drohung, den Betrieb stillzulegen. Zur Finanzierung von „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" und „Investitionsprogrammen" mußten der kanadische Staat und die Landesregierungen Kredite von mehreren Milliarden Dollar aufnehmen, so daß heute seine Nettoverschuldung bei 50 Mrd. Dollar liegt, gegenüber 30 Mrd. 1971.

Vor allem aber waren diese Zuwendungen an die Kapitalisten verbunden mit Gesetzen zur „Lohn- und Preiskontrolle", die eine Senkung des Reallohns zur Folge hatten (siehe KVZ Nr. 37), und mit einer Reihe von Polizeigesetzen z. B. zur Entrechtung der immigrierten Arbeiter. Der Durchsetzung der Lohnbegrenzungsgesetze, die eine maximale Lohnsteigerung von brutto 7,5% vorsehen, dienen auch die Versuche zur Schaffung von Organen der Zwangsschlichtung und der Unterdrückung des Lohnkampfes nach dem Modell der konzertierten Aktion. Die regierenden Bourgeoispolitiker stützen sich bei diesen Versuchen zur Unterdrückung des Lohnkampfes auf die bürgerliche Führung des Gewerkschaftsbundes.

Trotz großer Erfolge in der vollständigen Unterwerfung der kanadischen Bourgeoisie unter ihr Kommando und der Verschärfung der Ausbeutung sind die US-Imperialisten ihrem Hauptziel, der Zerschlagung der kanadischen Arbeiterbewegung, aber nicht näher gekommen. Erschreckt meldet die westdeutsche Imperialistenzeitung „Blick durch die Wirtschaft" am 11.8.77, daß die kanadische Arbeiterklasse mit 11,6 Mio. Streiktagen einen neuen „Streikrekord" erzielt habe, und daß Kanada neben England und Italien das Land mit der höchsten Zahl an Streiks ist.

Auch in den Zentralen des Finanzkapitals haben die Lohnabhängigen den Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker aufgenommen: „Mit einigem Unbehagen beobachtet man in Kanada die Erfolge von Gewerkschaftsagenten, die sich um die Organisation des Bankpersonals bemühen. Berichte über vermutlich entscheidende Erolge kommen seit einigen Wochen aus der Pazifikprovinz Britisch-Kolumbien."

In allen Sektoren der Industrie und der öffentlichen Dienste kämpfen die Lohnabhängigen gegen die Verschärfung der Ausbeutung, Rationalisierungen und Unterdrückung. Die Lohnverhandlungen zwischen der kanadischen Post und den Gewerkschaften seien auf der gewünschten Lohnleitlinie der Regierung abgeschlossen, meldet erleichtert „Blick durch die Wirtschaft" am 17.11. Wahrscheinlich werde es keinen Streik mehr vor Weihnachten geben. „Aber illegale Streiks sind nicht auszuschließen." Die Kapitalisten erinnern sich gut an den Streik der kanadischen Postbeamten vor Weihnachten 1975, von dem sie sich einen Verlust von 300 Mio. Dollar ausrechneten. Sie wissen, daß die Postbediensteten den ganzen Sommer über immer wieder gestreikt haben trotz heftiger Polizeiprovokationen, und sie wissen auch, daß diese Arbeiter und Angestellten einen Lohnraubabschluß nicht hinnehmen.

Die kanadische Regierung hat jetzt das Ende des staatlich verordneten Lohnstopps für April 1978 ankündigen müssen. Sie hat das allerdings zu verbinden versucht mit einer neuerlichen Senkung der „Zuwachsrate" für die bis dahin abzuschließenden Tarifverträge auf 6% brutto. Gleichzeitig versucht sie die nationale Unterdrückung und Spaltung in Kanada zu verschärfen. In Quebec versucht die Bourgeoisie die Volksmassen unter der Fahne des französischen Nationalismus zu sammeln und verschafft so zugleich den westeuropäischen Imperialisten ein Einfallstor. Die Unterdrückung, Ghettoisierung und Ausplünderung der Indianer und Eskimos nimmt zu, zum Teil unter der Form der kulturellen und wirtschaftlichen „Hilfe". Die Arbeiterklasse in Quebec hat sich durch die chauvinistische Propaganda nicht vom Kampf gegen die Kapitalisten abhalten lassen. Im Gegenteil hat sie eine führende Rolle in den Kämpfen der Arbeiterklasse in den letzten Jahren gespielt. Indianer und Eskimos setzen sich immer erfolgreicher gegen die fortgesetzten Versuche, sie vom amerikanischen Kontinent auszulöschen, zur Wehr und genießen dabei die wachsende Unterstützung der ganzen kanadischen Arbeiterbewegung. – (Z-Red.)



Arizona – Streik mexikanischer Farmarbeiter: Demonstration gegen die Verhaftung von Streikführern

Die Frauen und Kinder von mexikanischen Farmarbeitern in Arizona, USA, die sich im Streik befinden, um die Anhebung ihrer Löhne wenigstens auf das offizielle Existenzminimum zu erkämpfen. Der siegreiche Streik von 200 Zitrusarbeitern, der am 1. November beendet wurde, hat den Kämpfen aller Landarbeiter in Arizona großen Auftrieb gegeben. 14 Streikführer wurden bisher in Haft genommen. Dagegen demonstrieren die Frauen und Kinder auf dem Bild.

Juristen der herrschenden Klasse gegen das Streikrecht

Einsatz für die Interessen der Kapitalisten in wechselnden Lagen

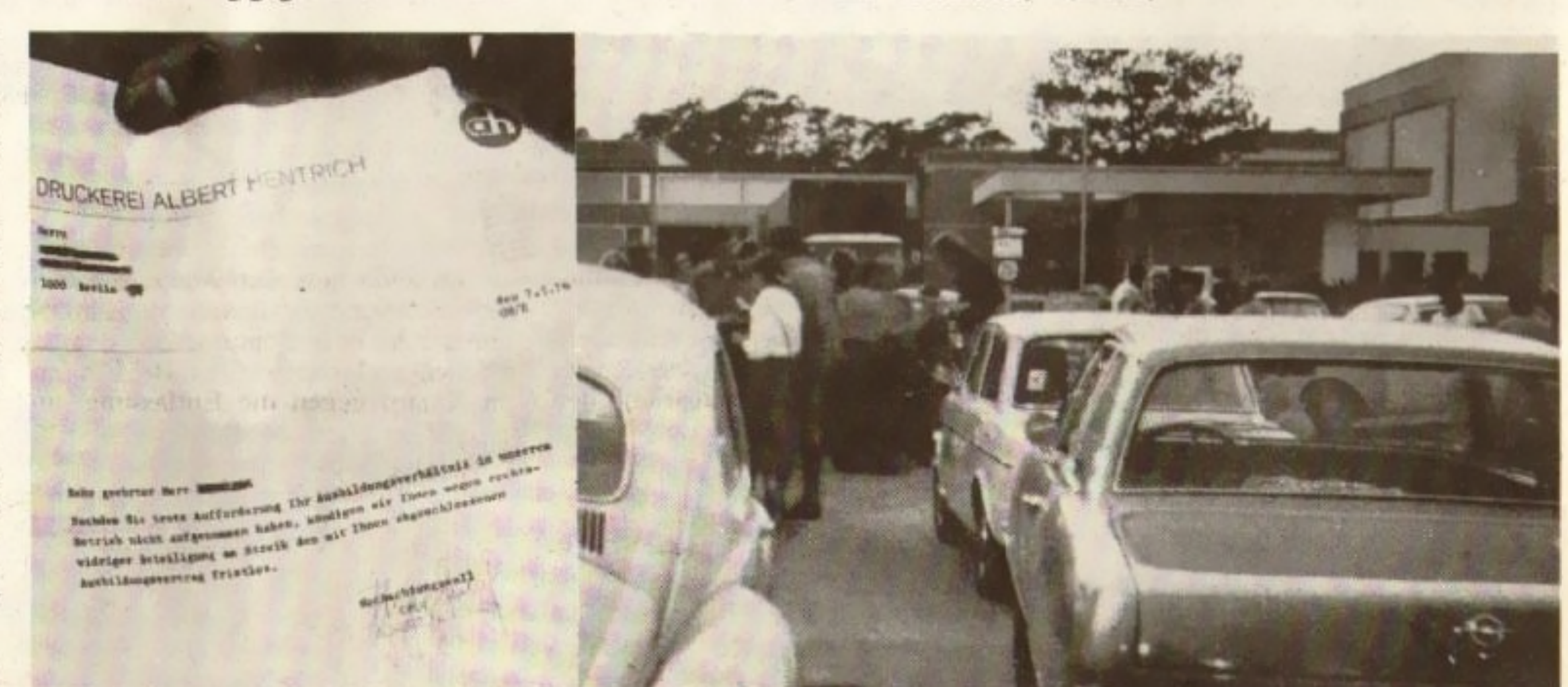
Die Gewerkschaftszeitungen sind voll über Entlassungen von Betriebsräten zumeist in kleineren Betrieben, wegen Bruchs der Friedenspflicht, der Schweigepflicht, der vertrauensvollen Zusammenarbeit und was sonst noch alles im Betriebsverfassungsgesetz steht, um die Arbeiter rechtlos dem Ausbeutungsprozeß im Betrieb zu unterwerfen. Wollen die Arbeiter streiken, müssen sie sich zusammenschließen und einigen, sie müssen gewählte Vertreter haben, die ihre Interessen gegenüber dem Kapitalisten vertreten. All das steht im Widerspruch zum alleinigen Zweck der Produktion, der Aussaugung von Mehrarbeit, der Maximierung von Profiten. Der Kampf um diese Rechte ist von der Arbeiterklasse geführt worden seit sie sich als Klasse gebildet hat.

1918 in der Novemberrevolution hat die Arbeiterklasse in bewaffneten Kämpfen ihren Anspruch auf die politische Herrschaft erhoben. Diese konnte nicht behauptet werden. Die Arbeiterräte und Betriebsräte waren die Organe, die die Arbeiterklasse im Kampf herausgebildet hat. Die Konterrevolution versuchte diese Errungenschaft der Arbeiterklasse, die von den Kapitalisten hingenommen werden mußte, Stück um Stück zu beseitigen. Die Weimarer Koaltion, die sich die Konterrevolution geschaffen hatte ging daran, die Betriebsräte zu strangulieren. Unter dem Vorwand der gesetzlichen Verankerung der Betriebsräte schuf sie ein Gesetz zwecks Bindung der Betriebsräte an das private Eigentum der Kapitalisten und Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit ihnen. Gegen dieses Gesetz gab es heftigen Widerstand der Arbeiterbewegung. Die Durchsetzung gelang der Regierung vermittels der Reichswehr und wurde mit Blut der Arbeiter verabschiedet.

Es kam aber erst dem Faschismus zu, die Betriebsräte zu zerschlagen und mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" die direkten Vertrauensräte der Kapitalisten zu installieren und den Zustand reinster Zuchthausordnung zu errichten. Ein Traum der der herrschenden Klasse heute vorschwebt. 1945 haben die Arbeiter sich als erstes wieder Betriebsräte gewählt. Das neue Betriebsverfassungsgesetz von 1972, Ergebnis der Politik der Sozialdemokratie, wird von den Gerichten der Bourgeoisie wie folgt interpretiert: „Betriebsrat und Arbeitgeber stehen einander als Organe der Betriebsverfassung mit im Grunde gleicher Zielsetzung gegenüber. Während das Betriebsrätegesetz von 1920 und meisten früheren Ländergesetze immer von den Betriebsräten als Vertretung der Interessen der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer ausgingen, faßt das Betriebsverfassungsgesetz 1952 und 1972 den Betriebsrat als „ein von der Arbeitnehmerseite gebildetes Organ der Betriebsverfassung" auf.

Die Ziele der Arbeiterklasse sind gleich mit denen der Kapitalisten. Der Betriebsrat als organisierender Vertreter ist verboten. So will's der Kommentar der bürgerlichen Justiz. Der Gesetzestext ist Interpretationssache. Die Wirklichkeit eine andere. Streiks sind den Kapitalisten ein Greuel. Seit diesem Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz hat es Streiks zu Hunderten gegeben. Im Kampf um den Lohn werden Streiks bereits wieder durchgeführt. Betrachtet man die Geschichte, die je nach Lage erfolgte Interpretation der Arbeitsgerichte bezüglich Streiks, so erkennt man, daß die Bour-
Streiks, so erkennt man, daß die Bourgeoisie Größeres verhandeln muß und will, um wirkungsvoll die Arbeiterklasse niederzuhalten in der Intensivierung der Ausbeutung.

Jetzt klagen die Kapitalisten gegen das Mitbestimmungsgesetz. Wenn es schon sein soll, so fordern die Kapitalisten in jedem Fall die Klarstellung ihrer Interessen. An den Hochschulen hat die Bourgeoisie unter dem Deckmantel eines solchen Gesetzes Maßnahmen zur Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft vorbereitet. Gegenüber der Arbeiterbewegung kann die Bourgeoisie dies so nicht wagen. Aber die Richtung ihrer Interessen bestimmt dieses Vorgehen zweifellos. – (Z-Red.)



Mit Kraftfahrzeugen verhindern die Druckarbeiter 1976 die Auslieferung von Zeitungen. Die Kapitalisten versuchen mit allen Methoden gegen den Streik vorzugehen.

Das Betriebsverfassungsgesetz verordnet in seinem § 2: „Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll ... zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes zusammen." § 74: „Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sind unzulässig. Arbeitgeber und Betriebsrat haben Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Frieden des Betriebes beeinträchtigt werden."

Ist per Gesetz das Streikrecht verstümmelt, so reicht der herrschenden Bourgeoisklasse das keineswegs. Über ihre Gerichte führt sie den Angriff auf das Streikrecht ständig fort, mit dem Ziel, es vollständig zu beseitigen. Nach jedem Streikkampf hat die Bourgeoisie bislang ihre Gerichte bemüht:

Am 28./29.5.1952 streikten die Drucker und Setzer gegen den Regierungsentwurf zum Betriebsverfassungsgesetz. 2 Tage lang erschien in der BRD und Berlin keine Tageszeitung mehr.

Adenauer vor dem Streik: „Ich darf auch heute keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich eine organisierte Schädigung der Volkswirtschaft durch Streik, der nur unternommen wird, um der parlamentarischen Mehrheit den gewerkschaftlichen Willen aufzuzwingen, als einen Verstoß gegen das Grundgesetz und als eine gefährliche Störung der inneren Ordnung unseres Staatswesens ansehen muß."

Druckerstreik – eine „verfassungswidrige Nötigung"

Die Kapitalistenverbände erhoben einheitlich Klage auf Schadensersatz.



Protestkundgebung gegen das Betriebsrätegesetz vor dem Reichstagsgebäude 1920

An 21 Gerichten wurde der Streik verhandelt. „Der Streik der Drucker und Setzer ist verfassungswidrige Nötigung des Parlaments", urteilten einheitlich die Arbeitsgerichte erster Instanz.

„Der Streik, der vom Grundgesetz toleriert wird, ist nur als Mittel im Arbeitskampf zur Wahrung und Förderung derjenigen Arbeitnehmerinteressen erlaubt, die im Tarifgesetz bezeichnet sind." Die Landesarbeitsgerichte sind in der Begründung zurückgewichen: „Der politische Streik ist ein generell rechtswidriger Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb." Die Professoren Forsthoff und Nipperdey, beide tätig unter den Faschisten, „gutachteten" für die Bourgeoisgerichte.

„Streiks sind erlaubt, sofern sie sich innerhalb des Rahmens der geschichtlich gewordenen sozial-ethischen Ordnung des Gemeinschaftslebens bewegen." (Nipperdey, zitiert nach Rajewsky, Arbeitskampfrecht in der BRD)

Streik gegen zu hohe Besatzerkosten entspricht der Verfassung

Wann das ist, schreibt das Landesarbeitsgericht Freiburg: „Ein politischer Streik ist dann allerdings verfassungswidrig, wenn er mit den Grundsätzen der Verfassung in Widerspruch steht. Dies braucht aber keineswegs immer zuzutreffen. Sollte durch vorübergehende Arbeitsniederlegungen für die Freilassung von Kriegsgefangenen oder gegen hohe Besatzungskosten demonstriert werden, dann könnte dieser politische Streik wohl kaum als verfassungswidrig angesehen werden ...

Der Bourgeoisie ist es zum damaligen Zeitpunkt nicht gelungen, den Streik als verfassungswidrig und die „freiheitlich demokratische Grundordnung" nötigende Handlung zu verbieten. Das ist der Stärke und Kraft der Streikbewegung 1952 geschuldet.

Nur weil der Bundestag Adressat der Streiks war, kann die Betätigungsfreiheit nicht eingeschränkt werden

In Berlin mußte das Landesarbeitsgericht die Klage der Kapitalistenverbände zurückweisen: „Die an die Arbeitnehmer der Zeitungsdruckbetriebe gerichtete Aufforderung ..., in den Streik vom 27. bis 29.5.52 zu treten, ist keine Verletzung vertraglicher Verpflichtungen, insbesondere nicht eine solche der tariflichen Friedenspflicht ... Wollte man den Gewerkschaften die Einflußnahme auf die Gestaltung der die Arbeitnehmer betreffenden Gesetze durch Maßnahmen, wie sie anläßlich der Beratung des Betriebsverfassungsgesetzes ergriffen wurden, verbieten, so würde ihre Betätigungsfreiheit unerträglich eingeengt ... Solche Demonstrationen aus dem Kreis der sogenannten arbeitsrechtlichen Streiks auszuschließen, nur weil der Bundestag Adressat des Kampfes war ..., bedeutet die Grenze zwischen arbeitsrechtlichen oder politischen Streiks willkürlich ziehen." (Neue Juristische Wochenzeitschrift 1954, 126)

Streiks schaden der Volkswirtschaft, sie sind unerwünscht

1955 hat das Bundesarbeitsgericht – vor dem Verbot der KPD – die Grundsätze zur regellosen Einschränkung des Streikrechts niedergelegt:

„Arbeitskämpfe sind im allgemeinen unerwünscht, da sie volkswirtschaftliche Schäden mit sich bringen und den im Interesse der Gesamtheit liegenden sozialen Frieden beeinträchtigen", faßt das Bundesarbeitsgericht in seinem Beschluß den Willen der Kapitalistenklasse nach ungestörter Profitmacherei zusammen. Durchgeführt werden dürfen sie nur, wenn es „um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen geht", wenn „der Streik von tariffähigen Parteien" durchgeführt wird und wenn „der Streik die ultima ratio (das letzte Mittel, Anm. Red.) ist".

Zweierlei besagt das: erstens, generell ist der Streik verboten, eine besondere „Rechtfertigung" findet er allenfalls und nur, wenn es um, den Lohn geht, und zweitens nur dann, wenn „alle friedlichen Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft" sind.

Streiks nur unter dem Gebot der Verhältnismäßigkeit

„Arbeitskämpfe müssen stets unter dem obersten Gebot der Verhältnismäßigkeit stehen ..., sie dürfen nur insoweit eingeleitet werden, als sie zur Erreichung rechtmäßiger Kampfziele und des nachfolgenden Arbeitsfriedens geeignet und sachlich erforderlich sind." (Bundesarbeitsgericht vom 21.4.1971)

„Freiheit der Wahl der Kampfmittel" und „Waffengleichheit" ruft die vereinte Bourgeoisklasse, wo die Arbeiter nur die Freiheit haben, sich ausbeuten zu lassen bis aufs Blut oder durch Kampf an die notwendigen Lebensmittel zu gelangen. Unter der Fahne der Waffengleichheit hat das Bundesarbeitsgericht die Aussperrung durch die Kapitalisten in dem Beschluß von 1955 legalisiert. Die Entscheidung des obersten Gerichts in Arbeitssachen geht auf völlige Unterwerfung der Interessen der Arbeiterklasse unter die der Kapitalisten. Niemals kann sich die Arbeiterbewegung damit abfinden, sondern nur für uneingeschränktes Streikrecht eintreten. Tatsächlich ist es auch nicht so, das beweisen zahlreiche Streiks seit 1969.

Nur in vertretbarem Umfang von Streiks Gebrauch machen

Demzufolge hat das Bundesarbeitsgericht selbständige Streiks von vornherein für verboten erklärt: „Das Mittel des Streiks ist eine scharfe Waffe. Das verbietet es, das Streikrecht Personen oder Gruppen anzuvertrauen, bei denen nicht die Gewähr dafür besteht, daß sie nur in dem vertretbaren Umfang Gebrauch machen werden. Eine solche Gewähr ist bei den einzelnen Arbeitnehmern nicht gegeben." (Bundesarbeitsgericht AP Nr. 32 zu Art. 9 GG, Arbeitskampf) Andererseits sind die Gerichte durch die Streikbewegung 1969, 71 und 73 gezwungen worden, den Arbeitern die Durchführung von Warnstreiks zuzugestehen:

Streiks als „milder Druck" erlaubt

„Der aufgestellte Grundsatz, daß Arbeitskampfmaßnahmen nur nach Ausschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten ergriffen werden dürfen ..., ist erkennbar für den Regelfall aufgestellt worden, daß zeitlich längerfristige oder unbegrenzte Arbeitskampfmaßnahmen erfolgen. Handelt es sich dagegen nach Ablauf der tariflichen Friedenspflicht während des Laufs von Tarifverhandlungen nur darum, den Abschluß dieser Verhandlungen zu beschleunigen, daß dem Tarifpartner die Bereitschaft, hier der Arbeitnehmerschaft ... zu einem intensiveren Arbeitskampf vor Augen geführt werden soll, so kann dieser ‚milde Druck' in Form eines kurzen Warnstreiks auch vor Ausschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten ausgeübt werden." (Neue Juristische Wochenzeitschrift 1977, S. 1079) Verwirrungsmanöver mit dem Ziel der Durchsetzung ungezügelter Reaktion ist eine der Hauptmethoden der bürgerlichen Klassenjustiz.

Nach dem Druckerstreik 1976 haben die Bourgeois heftig Pläne erörtert, das Streikrecht zu kodifizieren, das heißt die Zwangsschlichtung gesetzlich durchzusetzen, im öffentlichen Dienst ein Streikverbot auszusprechen und „neue" Kampfformen (d.h. wirkungslose) festzuschreiben.

Die Kapitalistenklasse hat im Betriebsverfassungsgesetz der Arbeiterklasse Rechte zugestehen müssen. Es ist dies das Recht, sich Organe gegen die Kapitalistenklasse zu wählen, das Recht, sich im Betrieb des Kapitalisten auf Betriebsversammlungen zu beraten, um beispielsweise einheitlich den Betriebsrat zu beauftragen, die Sonderschichten abzulehnen. Die Arbeiter von Opel Rüsselsheim haben es mehrfach gemacht. Jeder Arbeiter weiß aus Erfahrung, welch zähen Widerstand die Kapitalisten der Bildung und Gründung eines Betriebsrates entgegensetzen, daß jeder Kapitalist das unter allen Umständen mit Kündigungen und Schikanen in *seinem* Betrieb verhindern will. Tatsache ist aber auch, daß es der Kapitalistenklasse mit Hilfe der Sozialdemokratie gelungen ist, im Betriebsverfassungsgesetz Bestimmungen zu verankern, die die Arbeiterklasse vollständig den Interessen der Kapitalisten unterwerfen soll. Geknebelt wird mit der Friedenspflicht, die besagt, daß „Arbeitgeber und Betriebsrat alle Betätigungen zu unterlassen haben, durch die der Arbeitsablauf oder der Frieden des Betriebes beeinträchtigt werden." (Kommentar zum BVG, Dietz-Richardi). Wollen die Arbeiter für mehr Lohn streiken und gegen die Akkordschinderei kämpfen, müssen sie sich beraten und einigen, dazu brauchen sie Organe, die auf der Grundlage freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung gewählt sind. All das ist verboten: „Der Betriebsrat hat jede Maßnahme des Arbeitskampfes zu unterlassen. Im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat besteht auch während des Arbeitskampfes tariffähiger Parteien die Friedenspflicht. Unzulässig ist daher eine Propaganda für die Arbeitsniederlegung oder die Überlassung der dem Betriebsrat zur Verfügung gestellten Räume, weiterhin auch die Sammlung von Geldern durch den Betriebsrat zugunsten von Streikenden."

„Die Pflicht, den Arbeitsfrieden zu wahren, geht weiter als nur keinen Arbeitskampf zu führen. Arbeitgeber und Betriebsrat haben jede Betätigung zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Frieden des Betriebes beeinträchtigt werden." (ebenda)

Wollen die Arbeiter frühzeitig sich gegen die Pläne der Kapitalisten beraten, müssen sie sich unterrichten. Das BVG legt fest, daß „der Betriebsrat über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Stillschweigen zu bewahren hat". (§ 79 BVG)

In Hunderten von Kämpfen sind tausendfach die hehren Sätze des Bundesarbeitsgerichts von den Arbeitern praktisch zerfetzt worden. Jeder Kampf, den die Arbeiter durchführen, die großen Demonstrationen und Aktionen gegen die Notstandsgesetze, die Aktionen der Arbeiter gegen die Absichten des örtlichen Statthalters, die Fahrpreise zu erhöhen, bringen die Knebel der friedlichen Zusammenarbeit nur um Arbeitsbedingungen zu Fall. Es zeigt dies die Stärke der Massenbewegung in den Streikbewegungen 1969, 1973 und der letzten Jahre, daß *praktisch* jedes Verbot der Urteile der Arbeitsgerichte umgestoßen worden ist. – (Z-Red.)

Aus dem Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Aufhebung aller gesetzlichen Einschränkungen der Rechte der Betriebs- und Personalräte sowie der Jugendvertreter, die gewählt werden auf der Grundlage freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung im Betrieb für jeden Lohnabhängigen. Einjährige reguläre Wahlperiode und jederzeitige Abwählbarkeit. Freie Betätigung der Betriebs- und Personalräte sowie der Jugendvertreter bei der Durchführung von Arbeitskämpfen. Unkündbarkeit, Beseitigung der Friedens- und Schweigepflicht, der Pflicht zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und der Verpflichtung auf das Betriebswohl. Uneingeschränktes Recht auf Bildung von Betriebs- und Personalräten sowie Jugendvertretungen.

Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebs- bzw. Personalrat. Überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaften und die selbstverwalteten Sozialversicherungen. Auswahl und Einstellung des gesamten Sicherheits- und Sanitätspersonals ausschließlich durch den Betriebs- bzw. Personalrat. Bestreitung der Kosten durch die Kapitalisten; sofern es sich um staatliche Betriebe oder Einrichtungen handelt, durch den Staat.

„Tarifloser Zustand" in der Stahlindustrie
Bleibt bloß Abwarten und unvermeidliche Niederlage?

Weiterhin herrscht in der Stahlindustrie „tarifloser Zustand". Ruhe herrscht überhaupt nicht. Um den enger gewordenen Weltstahlmarkt tobt ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Monopolen und Monopolgruppen. Ganz unverhüllt setzen diese Stahlmonopolisten die Staatsmacht ein, um die eigenen Märkte zu schließen und die Märkte der anderen offenzuhalten oder aufzubrechen. Es ist klar, daß dieser industrielle Krieg unter den Kapitalisten, die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten verschärft. Die Grundlage dieses Krieges zwischen den Kapitalisten ist die Ausbeutung der Arbeiter. Umkämpft wird in diesem Krieg die Aufteilung des Mehrprodukts der Arbeiter. Die Kapitalistenklasse insgesamt eignet sich dieses Mehrprodukt an. Wieviel sich der einzelne Kapitalist aneignen kann, hängt davon ab, wie er die „Kunst der Schweißauspressung" beherrscht. Beherrscht er diese Kunst überdurchschnittlich, und kann er aus weniger Arbeitern mehr herausholen als der andere Kapitalist, dann macht er einen Extraprofit. „Dieser Krieg hat das Eigentümliche, daß die Schlachten in ihm gewonnen werden weniger durch Anwerben als durch Abdanken der Arbeiterarmee. Die Feldherren, die Kapitalisten, wetteifern untereinander, wer am meisten Industriesoldaten entlassen kann." Das sagte Karl Marx. Noch so oft wiederholte Wortschwaden der Sozialdemokratie ändern an den Grundtatsachen des Kapitalismus nichts. Deshalb hat sich an der Richtigkeit der Auffassung von Karl Marx auch nichts geändert. Um 13.000 Arbeiter haben die westdeutschen Stahlkapitalisten ihre Arbeiterarmee zwischen 1974 und 1976 verringert. Jetzt beginnt eine neue Entlassungswelle. Für die Kapitalisten ist das wie das Luftholen zum Entscheidungsschlag gegen die Konkurrenten. Denn aus den verbleibenen Arbeitern holen sie immer mehr heraus.

Um Sicherung des EG-Marktes und um „Verbesserung der Erlöse und von den Exportmöglichkeiten" geht es z.B. dem deutsch-holländischen Estelkonzern. Das Mittel sind Entlassungen und Rationalisierungen. „Hoesch-Arbeitsdirektor Hökeskamp begründete diese Belegschaftsreduzierung damit, daß sich die europäische Stahlindustrie in einem Strukturbruch befinde, der mit konventionellen Mitteln nicht mehr zu meistern sei", schreibt das Handelsblatt. Der mitbestimmende Sozialdemokrat meint mit konventionellen Mitteln Einstellungsstop. Jetzt soll „das 59. Lebensjahr die Grenze sein, selbst Vorstandsmitglieder sollen dann in Pension gehen." Aber nicht in Rente! Und auf das Leben der Rentner drückt der Regierungssozialdemokrat Ehrenberg mit den Maßnahmen zur Rentensanierung.

Auf die plumpe Verhöhnung durch den sozialdemokratischen Arbeitsdirektor echot der sozialdemokratische Gewerkschaftsbevollmächtigte Werner Dietrich: „Das ist die humanste Art der Freistellung. Es ist bedauerlich, daß wieder viele Arbeitsplätze in Dortmund verloren gehen." Aber größerer Mehrwert wird durch die Kapitalisten damit angeeignet! Wer drin bleibt, kann froh sein, wenn er jemals das 59. Lebensjahr erreicht.

Eine andere Methode die Ausbeutung zu steigern, ist die Kurzarbeit. Selbst wenn in der Kurzarbeitszeit nicht die Arbeit verdichtet würde, gewinnt der Kapitalist. Er nimmt die Arbeitskraft ganz. Zahlen tut er nur einen Bruchteil. Damit die Arbeitskraft nicht ganz zugrunde geht, müssen sich die Arbeiter aus der eigenen Arbeitslosenversicherung mit ihren eigenen Versicherungsgeldern bezuschussen.

7% haben die Tarifkommissionäre der Sozialdemokratie für die Stahlindustrie gefordert. Jetzt warten sie scheinbar ab. Wirklich? In den nächsten Tagen will sich Bundeskanzler Schmidt mit der IGM Spitze und den Stahlkapitalisten unterhalten. Thema: die Lage in der Stahlindustrie. Das Gespräch geht auf Aufforderung Loderers zurück. Da wird natürlich nochmal an den 7% gedreht. Die Hoffnung mag sein, schon bei den nächsten Verhandlungen am 9.12. in Düsseldorf zu einem Schmidt-Abschluß, in der von Bankdirektor Poullain geforderten Höhe von 5 Prozent zu kommen.

Aber kann man überhaupt was dagegen machen, daß die Stahlkapitalisten zu ihrem Lohnstopp kommen? Entlassungen in NRW, Entlassungen an der Saar und in vielen Werken Kurzarbeit.

53.000 Stahlarbeiter seien auf Kurzarbeit gesetzt, berichtet das Handelsblatt, das seien 16,9% der Belegschaften in der Stahlindustrie. Kann man da streiken? Aber ohne Streik kommen noch nicht einmal die 7% raus. Das weiß jeder. Ist es ein Wunder, daß in den Stahlbetrieben noch keine Einheit für den Kampf hergestellt ist?

Man kann streiken. Erinnern wir uns an das Zitat von Karl Marx. Bei den gegenwärtigen Entlassungen geht es um die Mehrausbeutung von denen, die nicht entlassen werden. Die Einheit im Kampf gegen die Entlassung, im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, den Druck der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit, gegen die gesteigerte Ausbeutung und Lohndrückerei ist herstellbar, denn es handelt sich bloß um verschiedene Erscheinungen des Schicksals der Arbeiter im Kapitalismus. Die Differenzen in den Debatten unter den Stahlarbeitern sind noch groß. Einheit kann man erzielen, wenn die Debatten auf die notwendigen Forderungen konzentriert werden: 220 Mark, 7-Stundentag, 1.500 Mark Steuerfreibetrag, voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit, wenigstens 80% Arbeitslosengeld.

Den Kapitalisten geht es um mehr Ausbeutung. Also können sie durch Streik unter Druck gesetzt werden. Die amerikanischen Stahlarbeiter zeigen das seit Wochen. Die westdeutschen Kapitalisten wollen weiter auf den US-Markt vordringen. Aber auf den eigenen Märkten müssen sie selber die Konkurrenz fürchten. Die sollen durch einen Streik nicht getroffen werden? In der Metallindustrie wird der Tarifkampf vorbereitet. Alle großen Stahlkapitalisten haben einen wachsenden Teil ihres Kapitals in die Metallverarbeitung gesteckt. Mit ihrer Lohnstopp- und Verzögerungstaktik können sie sich in eine Lage bringen, wo ihnen die Arbeiter des ganzen Konzerns gegenüberstehen. Darauf muß man von beiden Seiten hinarbeiten. Wofür gibt es eine IG Metall? – (Z-Red.)

7%-Forderung wahrscheinlich auch im Saarland

Saarbrücken. Die Tarifkommission für die saarländische Metallindustrie hat beschlossen, den Tarifvertrag zum 29.11.77 zu kündigen. Am selben Tag der Kündigung, d.h. also am 29.11., soll auch eine neue Forderung aufgestellt werden. Damit, so bezeichnet es der Vorstand, soll die IG-Metall im Saarland für die gesamte Metallindustrie den Vorreiter spielen. Über die Höhe der Forderung ist noch keine Aussage getroffen worden.

7%-Forderung für Peine & Salzgitter

Salzgitter. Vor einer Woche hat die Tarifkommission für Peine & Salzgitter folgende Forderungen beschlossen: 7%, 50 DM für die Auszubildenden. Dynamisierung der Prämien. Ausbau der Verdienstabsicherung über 24 Monate hinaus.

7% bedeuten für einen Konvertermann bei Peine & Salzgitter mit 19 Punkten, bei Conti-Schicht, verheiratet, 2 Kinder, Steuerklasse III: 150 DM brutto und 109 DM netto.

Große Tarifkommission Nordmark

Hamburg. Am 15.12. wird die Große Tarifkommission für den Bezirk Nordmark unter der Leitung von Otto vom Steeg tagen. Beraten werden sollen die Forderungen zum Lohnkampf.

Vertreterversammlung

Mannheim. Xaver Erle von der Verwaltungsstelle der IG-Metall erklärte auf der Vertreterversammlung in Mannheim am 21.11.77, daß es in diesem Jahr hauptsächlich um die Absicherung der Lohn- und Gehaltsgruppen ginge. Wolle man das durchsetzen, ginge es diesmal nicht ohne Arbeitskampf. Auf der Sitzung der Großen Tarifkommission am 8.12. soll die Forderung beschlossen werden. Steinkühler, Bezirksleiter der IG-Metall, habe erklärt: „Zur Meinungsbildung können wir uns Zeit lassen." Vorschlag Erles für Tarifforderung: 70-80% Sockel und 20% variable Lohnforderung. Feuerstein, Vorsitzender des Vertrauensleutekörpers von Daimler-Benz Mannheim, sprach für eine Forderung um 9%. „Man muß vermeiden, daß wir als einziges Tarifgebiet wie letztes Jahr mutterseelenallein eine Sockel-Prozent-Forderung aufstellen."

Weigold, Vorsitzender des Vertrauensleutekörpers von John-Deere, sprach sich ohne Angabe über die Höhe für eine Festgeldforderung aus. Ein Delegierter von Daimler-Benz verlangte eine Tarifforderung von 200 DM, was auch auf der letzten Betriebsversammlung von mehreren Arbeitern gefordert worden war. Darauf Lucy, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Daimler-Benz: Sowas sei ihm nur aus KBW-Flugblättern bekannt. Bei einer Million Arbeitslosen müßte vor allem Besitzstandssicherung in den Mittelpunkt und die Absicherung der Effektivverdienste.

Eine Abstimmung hat nicht stattgefunden. Von Daimler-Benz und John Deere ist bekannt, daß Anfang Dezember Vertrauensleutesitzungen zur Beschlußfassung über die Forderungen sein werden.

Leserbrief von Arbeiterinnen der Saba an die „Metall"

Friedrichshafen. „Warum verschweigt eigentlich die Metall Nr. 23 vom 14.11. den Beschluß der Tarifkommission von Nordrhein-Westfalen vom 10.11.77, 7% für die Stahlarbeiter zu fordern? Hat sie einen Grund dafür? Wir glauben schon. Hiermit sollen doch ganz deutlich Proteste verhindert werden. Das Rezept der Gewerkschaftsführung lautet: 7%, das Herunterhandeln auf 5% schon eingeplant. Das entspricht genau den Wünschen eines Bankiers Poullain.

Wir lehnen jede weitere Lohnsenkung ab. 220 DM mindestens ist notwendig für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, um wenigstens das Minus vom letzten Jahr, die gestiegenen Preise bei Miete, Strom, Lebensmitteln und Bekleidung usw., höhere Mehrwertsteuer und Genußmittelsteuer zu decken. Zum Beispiel wir Arbeiterinnen der Lohngruppe II und III, brutto 1228 bzw. 1178 DM, zur Akkordarbeit gezwungen, sind schon lange unter dem Existenzminimum. Die 7%-Forderung muß umgestoßen werden. Weg mit den unteren Lohngruppen. Mindestens 220 DM mehr für alle gleich, Metall- und Stahlarbeiter."

Unterschrift von 9 Arbeiterinnen

Tarifabschlüsse, die den Rahmen setzen

Ohne viel Aufsehen sind seit Oktober bis jetzt schon eine Reihe von Lohntarifverträgen zwischen den Kapitalisten und den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften vereinbart worden. Null bis 6,7 Prozent lang ist der Lohnraub:

Fischverarbeitende Industrie: 5,8% ab 1.10.77

Karosseriebauer nach mehreren Streiks: 6,2% ab 1.10.77

Hohlglasindustrie: 6,7%

ERE Wintershall (Haustarif) (gehört zu 100% dem BASF-Konzern): 6,7%, 75 DM mehr Urlaubsgeld, Erhöhung des Betrages pro Wertpunkt bei der analytischen Arbeitsplatzbewertung

Brauereigewerbe: 6,44%, aufgestellt waren 8,5%

Tischlerhandwerk (Nordmark): 6,2%, ab 1.10., nach zwei Tagen abgeschlossen. 9% waren aufgestellt.

Tischlerhandwerk (Niedersachsen): 5,5% für die Arbeiter zum 1.12.77, für die Angestellten zum 1.1.78, 1,4% für die Arbeiter zum 1.6.78 und für die Angestellten zum 1.7.78, 9% wurden aufgestellt

Papierindustrie (Norddeutschland): 6,1% am 15.11. abgeschlossen, rückwirkend ab 1.9.77, und 30 DM mehr auf den Zusatzbetrag zum 13. Monatslohn.

Heizungs-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik (Metall): 5,5% am 21.11. beschlossen

Seeleute: Mit dem Manteltarifvertrag gleichzeitig Vereinbarung über einen einjährigen Heuerstopp

Holz (Nordmark): Wird geschlichtet über 6,5% und Verschiebung des Tarifvertrages um ein Vierteljahr auf den 31.12.77, wofür die Kapitalisten 300 DM zahlen wollen

Was den einen recht ist, ist den anderen billig – Von Vernunft, Sozialem und Lohnraub

„Lohnsignal der Vernunft und der Einsicht" will Thiele, Gesamtmetall-Präsident, den Arbeitern blasen. Fröhlich, IGM-Sekretär in Westberlin, auf der Betriebsversammlung bei Eduard Winter: „Die Forderung muß vernünftig sein, und das Ergebnis muß von allen Seiten akzeptiert werden."

„Das Gebot einer wirklichen sozialen Tarifpolitik" ist die Verlängerung der bestehenden Lohn- und Gehaltstarife wegen der unbefriedigenden Stahlmarktlage, kommt von Klotzbach, dem Vorsitzenden des Vereins der Eisenhüttenleute. Steinkühler, IGM-Baden-Württemberg-Bezirksleiter, betet nach: „Es werden *auch* Lohn- und Gehaltsforderungen gestellt." Und vor allen Dingen erdreistet sich Leuendorf, 2. Bevollmächtigter der IGM auf der Siemens-Betriebsversammlung in Braunschweig: „Der Verdienst in den unteren Lohngruppen hängt ja meistens vom Akkord ab, und wenn die Frauen ihren Akkord schaffen würden, würden sie auch ausreichend verdienen."

„Im kommenden Jahr sei es im Interesse arbeitsplatzsichernder und arbeitsplatzschaffender Investitionen erforderlich, daß die Betriebsüberschüsse nicht wieder hinter den Lohnsteigerungen zurückbleiben" (Hamburger Abendblatt, 23.11.) – ein sozialdemokratischer Klöckner-Betriebsrat in Bremen: „Willst Du lieber eine Mark mehr Lohn oder einen sichereren Arbeitsplatz?"

Die Klausurtagung von Gesamtmetall Ende Oktober hat das Ergebnis: Zumutbar ist nur, was weit unter 5% liegt. Der schon zitierte Fröhlich: „Eine Lohnerhöhung kann kaum über den 5,5% des Abschlusses der Rohrinnung liegen."

„Das Bestehen auf Lohnerhöhungen von sechs Prozent in der Metallindustrie wird den Arbeitskampf auslösen" (Thiele). IGM-Bezirksleiter von Nordrhein-Westfalen Herb: „Eine Vergabe dieser Mittel (gemeint sind Subventionen der Landesregierung an die Stahlkapitalisten, Red.) kann nur in Frage kommen, wenn man die soziale Stellung der Arbeitnehmer dabei berücksichtigt."

Für etwa 200000 Arbeiter gibt es neue Lohnraub-Tarifverträge. Das wirkt als Lohndruck auf die Arbeiter, die vor dem Tarifkampf stehen. Oft sind diese kleineren Fabriken ausgelagerte Produktionsabläufe der großen Industrie, weil in ihnen die Schinderei viel größer und das Lohnniveau viel niedriger ist, die Löhne der Arbeiter faktisch die untersten Lohngruppen der großen Industrie bilden. So setzen die Kapitalisten mit Hilfe der Sozialdemokraten auch darauf, daß die Arbeiter der großen Industrie im Kampf für höheren Lohn – für die 220 DM Festgeld – von diesen Teilen der Arbeiterklasse isoliert werden, ihnen gewissermaßen als „Arbeiteraristokraten" erscheinen sollen, die eh schon mehr Lohn haben und jetzt noch mehr fordern. Das spaltet die Arbeiterbewegung. Allerdings kann sich die Arbeiterklasse aufgrund ihrer gemeinsamen Interessen gegenüber dem Kapitalistenpack zusammenschließen und die Konkurrenz untereinander überwinden. Auf seiten der Kapitalisten dagegen herrscht aufgrund des Profitstrebens grenzenlose Konkurrenz, die nur zeitweilig eingeschränkt werden kann, wenn es gegen die Arbeiter gehen soll.

„Die neue Lohnrunde wird nun schwerer als die vergangene, die uns in den eigenen Reihen ja weiß Gott schon vor eine extreme Zerreißprobe gestellt hat", sieht Dr. Werner, ehemaliger Vorsitzender der Maschinenbau-Kapitalisten, diese „Einheit" der Kapitalisten untereinander wegschwimmen. Diese „Zerreißprobe" – (N-Red.)

Tariflage in der Automobilindustrie

Eine große, objektiv über die Produktion organisierte Belegschaft hat günstige Bedingungen, den Kampf um mehr Lohn nicht etwa nur der eigenen Belegschaft, sondern darüberhinaus der Branche oder einer ganzen Region anzuführen. Das steht im Widerspruch zu den Absichten der Bourgeoisie. Sie trachtet stets danach, das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse zu verhindern. Ihre Absicht ist und bleibt es, die Löhne der Arbeiter niedrig zu halten und so zu drücken, damit der Zwang zu Mehrarbeit zwecks Erhöhung ihrer Profitmasse in gegebenem Zeitraum zu erhöhen. Es ist richtig, die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion geht dahin, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken. Dieser allgemeinen Tendenz der kapitalistischen Produktion entspringt ebenso unvermeidlich der Widerstand der Arbeiter gegen die Gewalttaten der Kapitalisten. Um den Lohn der Arbeiter niedrig zu halten, versucht sie stets, die Arbeiterklasse zu spalten und die Konkurrenz unter den Arbeitern zu schüren. Seit 1948 z.B. gibt es bei VW-Wolfsburg, wie dann später auch bei den übrigen VW-Werken, einen Haustarif, den „VW-Lohn". So kann sie die Tarifverhandlungen bei VW zeitlich getrennt von den Lohnverhandlungen im Tarifgebiet Niedersachsen führen. Die Kampfaktion der VW-Arbeiter können somit nur schwer einen direkten Einfluß und Zusammenhang mit denen der anderen Metallarbeiter im Tarifgebiet bekommen. Es gibt einerseits die Lohngruppen 0 bis 12 in den vierzehn Tarifgebieten der Metallindustrie; daneben gibt es u.a. den „Opellohn", gültig für die „Zeit- oder Akkordarbeiter der Adam Opel AG, Werke Rüsselsheim". Opel Rüsselsheim liegt im Tarifgebiet Hessen. Der Tariflohn in Lohngruppe II beträgt in diesem Tarifgebiet (Stand April 77) DM 6,47, der „Opellohn", ebenfalls Lohngruppe II beträgt 7,82 (Lohn für Zeitlöhner). Es bestehen so Unterschiede bis zu 25%. Die große Masse von Arbeitern in der Zulieferindustrie arbeitet im Schnitt für 10 bis 15% weniger Lohn. Das gewährleistet den Automobilkapitalisten das Einstreichen eines beträchtlichen Extraprofits. Der Druck auf den Lohn nimmt weiter an Schärfe zu. So spekulieren die Bourgeois mit der Wiedereinführung von Ortsklassenabschlägen, wie sie bis zum Jahr 1966 üblich waren und nur aufgrund der Kämpfe der Arbeiter für mehr Lohn abgebaut wurden. Mit der Wiedereinführung von Ortsklassenabschlägen „würde die Lohnpolitik einen wichtigen Beitrag zur regionalen Strukturpolitik leisten und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Randgebieten ermöglichen", meint Dr. Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes „Gesamtmetall". Ebenso will er die Lohngruppen wieder stärker „differenziert" sehen. „Der Abstand zwischen dem Lohn des Fach- und des ungelernten Arbeitnehmers ist zu klein geworden." Dadurch sei der ungelernte Arbeiter im Vergleich zu „seiner produktiven Leistung zu teuer geworden." Auch sei bei der gegebenen Notwendigkeit der Ausbildung über den eigenen betrieblichen Bedarf hinaus nicht einzusehen, daß die Ausbildungsvergütungen im gleichen Tempo wie die Löhne ansteigen, erklärte Kirchner. Will die Bourgeoisie vorankommen beim Lohnraub, und das ist der Konkurrenz auf dem imperialistischen Weltmarkt geschuldet, ist ein direkte Lohnsenkung nötig. „Vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik muß es unter diesen Umständen sein, den Menschen dieses Landes die Wahrheit zu sagen, sie zu motivieren, die Erwartungshorizonte auf das Vertretbare zu reduzieren ... Wer wagt es eigentlich unter den Politikern dieses Landes, für mehr Preismechanismus auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen ..." (Dieter Spethmann, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG) Ortsklassenabschläge, weitreichende Differenzierung innerhalb der Tarifbereiche sowie innerhalb der Lohngruppen, Senkung des Lehrlingslohns und des Lohns der jungen Arbeiter sind nach Otto Graf Lambsdorff „harte, eindeutige Antworten." Eine Betriebsführung durch ein VW-Vorstandsmitglied schildert er folgendermaßen: „Er zeigte mir eine Maschine: ‚Da können Sie sehen, wie Handreichungen des Mannes, der noch an der Nebenmaschine steht, durch Technik ersetzt werden. Und diese Maschine kostet eine bestimmte Summe. Der Mann daneben kostet etwas weniger. Wenn er die gleiche Summe kosten wird, ersetzen wir ihn durch die Maschine.'" Der Bourgeoisie zur Seite stehen die reformistischen Gewerkschaftsführer. Auf der Vertrauensleutesitzung des Großbereichs Zeitlohn im VW-Werk Wolfsburg machte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende und Mitglied im Aufsichtsrat, R. Blank, die folgenden Ausführungen über das geplante Vorgehen der Reformisten in der Tarifrunde: „Eine Festgeld- oder Sockelforderung käme überhaupt nicht in Frage, der Vorstand würde sowieso nur ein bestimmtes Volumen geben, was man aufzuteilen wäre. In dieser Tarifrunde müsse man das so aufteilen, daß nicht die unteren Lohngruppen soviel erhalten, für diese Lohngruppen hätte die IGM schon in den beiden Jahren zuvor durch Sockelabschlüsse gesorgt." Die Einheit der Arbeiterklasse ist grundlegend im Kampf um mehr Lohn. Diese Einheit läßt sich herstellen über richtige Forderungen:

Eine Forderung von 220 DM und 1500 DM Steuerfreibetrag und für den 7-Stunden-Normalarbeitstag bei vollem Lohnausgleich sowie Streichung der unteren Lohngruppen. – (Z-Red.)

Tariflage Automobilindustrie

Tarifgebiet	Lohngruppen 0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Niedersachsen	–	6,36	6,48	6,76	7,04	7,19	7,51	7,95	8,75	9,54	10,57	–	–
VW-Wolfsburg Haustarif Zeitlohn	–	9,23	9,62	10,16	10,62	10,89	11,49	12,28	13,58	14,77	–	–	–
Hessen	–	–	6,47	6,71	7,07	7,47	7,99	8,79	9,59	10,63	–	–	–
Opel Rüsselsheim „Opellohn", Zeitlohn	–	–	7,82	8,14	8,50	9,15	9,89	10,77	11,62	12,34	13,35	–	–
Nordwürttemberg/Nordbaden	–	6,52	6,52	6,81	7,02	7,26	7,59	7,99	8,55	9,11	10,23	10,80	

Druckerstreik für OCR-Tarif

Düsseldorf, Wuppertal. Am Freitag haben in Wuppertal 300 Arbeiter der Spätschicht beim „Wuppertaler Generalanzeiger" für zwei Stunden gestreikt und Dienst nach Vorschrift gemacht. Die Zeitung ist eine Stunde später herausgekommen und hatte weniger Seiten. Einige Arbeiter sollten statt um 22.30 schon um 19.00 Uhr anfangen, keiner ist aber gekommen. Alle Überstunden wurden verweigert.

Der Streik wurde durchgeführt für den Abschluß des OCR-Vertrages, der die Arbeit an den Bildschirmgeräten festlegt.

Ebenfalls für zwei Stunden gestreikt wurde bei den „Düsseldorfer Nachrichten", die zum gleichen Verlag gehört.

Laut „Kölner Stadtanzeiger" wurde auch bei der „Rheinischen Post" gestreikt.

Wandzeitung zu US-Stahlarbeiterstreik

Bremen. In der Kantine LD Stahlwerk auf der Klöckner Hütte Bremen wurde zum Streik der US-Stahlarbeiter eine Wandzeitung ausgehängt, die bei den Arbeitern große Zustimmung fand.

Ravens – mit Wahlgeschenk für die Kapitalisten die Arbeiter vom Kampf gegen Entlassungen abhalten?

Emden. Ravens, Spitzenwahlkämpfer der SPD in Niedersachsen, war am 22.11. auf einer Betriebsversammlung bei den Thyssen-Nordseewerken (TNSW). Mitgebracht hat er die Zusage von Helmut Schmidt über eine Bürgschaft von 190 Millionen DM für einen Indonesienauftrag von vier Schiffen. 1300 sichere Arbeitsplätze hat er für ein Jahr versprochen. Der Indonesienauftrag ist noch nicht unter Dach und Fach, 42 Werften bewerben sich darum. Ketten für die Arbeiter als Wahlgeschenk.

Die Emder Werftarbeiter hatten in den vergangenen Wochen zwei große Demonstrationen durchgeführt gegen die Massenentlassungen auf der Werft Schulte und Bruns (S & B).

Die Arbeiter dürften keinen Strich durch die Rechnung machen beim Kampf gegen den „bedrohlichen Auftragsschwund". Der Werftdirektor: Aufträge müssen jetzt hereingeholt werden, die Fregatten und ein U-Boot seien ein erster Schritt. Mit vertretbaren Verlusten werde man auch Handelsschiffneubauten annehmen, „die eine kurzfristige Beschäftigungsauswirkung haben, wenn es auch nur in Teilzeitbeschäftigung sein kann." Der Mann spricht aus, wohin die Kapitalisten wollen: Saisonarbeiter. Nicht laut steht die Überlegung dahinter, warum nicht dienstverpflichtet? Helmut Schmidts Wahlgeschenk ist bei den Arbeitern nicht auf das „richtige Verständnis" gestoßen: Ein Arbeiter hat auf der Betriebsversammlung den eintägigen Streik eines Gewerks propagiert, gegen die dort geplanten sechs Entlassungen. Der Betriebsratsvorsitzende Gehlfuß hat die Verschärfung der Ausbeutung auf der Werft und den zunehmenden Zuchthauscharakter der Arbeit auf der Werft und den niedrigen Lohn angegriffen.

Zur Verbesserung der Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt und zur Absicherung der Expansion wird in der Werftindustrie das Kapital konzentriert und zentralisiert. Die Schulte & Bruns-Kapitalisten wollten von der niedersächsischen Landesregierung eine Bürgschaft für einen sofort zahlbaren Überbrückungskredit von sechs Millionen DM und einen Sanierungskredit von zehn Millionen DM haben, um die Profitproduktion weiterzuführen.

Die Landesregierung hat abgelehnt, weil „die Kreditinstitute die Bonität ihrer Kunden heute wesentlich schärfer (prüfen) als noch vor einigen Jahren. So werde denn auch häufiger als früher ein Kreditantrag abgelehnt." (Weser-Kurier, 23.11.) Keine der beteiligten Banken hat selbst durch Bürgschaft gesicherte Kredite übernommen.

Krankenhaus Fürstenfeldbruck: ÖTV-Betriebsgruppe fordert Festgeld und 1500 Mark steuerfrei

München. Die ÖTV-Betriebsgruppe am Kreiskrankenhaus Fürstenfeldbruck debattiert die Vorbereitung des Tarifkampfes. Beschlossen wurde, daß eine Festgeldforderung aufgestellt werden muß. Beschlossen wurde von der ÖTV-Betriebsgruppe weiter die Forderung nach 1500 Mark Steuerfreibetrag. Es wurde darüber debattiert, daß diese Forderungen auf die nächste Personalversammlung eingebracht werden müssen. Die ÖTV-Führung will das verhindern. Der ÖTV-Kreisvorsitzende kam extra zur Betriebsgruppe angereist und warnte davor, den Tarifkampf auf der nächsten Personalversammlung zu diskutieren. Es dürfe darüber nicht debattiert und entschieden werden, solange der Hauptvorstand seine Empfehlung nicht ausgesprochen habe. Solle dennoch der Tarifkampf auf der Personalversammlung debattiert werden, werde er den Personalrat auffordern, „von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen".

Photowerk Rollei Braunschweig: Massenentlassungen – von Braunschweig bis nach Singapur

Imperialistische „Weltarbeitsteilung" – Chauvinistische Hetze ohne Boden in den Tatsachen

„Abermals höherer Verlust als erwartet" (Handelsblatt, 8.11.77), „Rollei: Nun sind schon 476 Entlassungen geplant" (Braunschweiger Zeitung, 17.11.77). „Steigende Kosten – besonders im Personalbereich" – bei gleichzeitig „rückläufiger Preisentwicklung auf dem Photomarkt", gibt der Aufsichtsratsvorsitzende Peperzak als Grund an, 476 von 1200 Arbeitern auf die Straße zu setzen. Ein weiterer Teil der Produktion soll nach Singapur. Die Zahl der Beschäftigten in Singapur soll trotz Ausweitung der Produktion von 4300 auf 3000 gesenkt werden. Das Diktat führt das Finanzkapital direkt: Rollei-Braunschweig gehört zu 94% der Norddeutschen Landesbank, die drei Rollei-Werke in Singapur zu 70%. „Nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft", sagt die IGM: „Wir haben uns bereits mit der Landesregierung wegen finanzieller Unterstützung in Verbindung gesetzt... haben Kontakte mit dem Verteidigungsministerium, um die Heranschaffung von militärischen Aufträgen zu klären", so Heinz Müller, 1. IG Metall-Bevollmächtiger in Braunschweig. „Appelliert" hat er auch an den Gesellschafter – die Norddeutsche Landesbank. Man hört es ja täglich, den Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaft ist Arbeitsplatzsicherung oberste Richtschnur ihres Handelns. Um höhere Löhne, um die gestiegene Arbeitszeit dürfen sich dabei die Arbeiter nicht scheren, weil es den Kapitalisten „schlecht" geht.

„Niedergeschlagenheit – aber kein Aufstand, Hoffen und Bangen bei Rollei-Mitarbeitern", registriert die „Braunschweiger Zeitung" in fetten Lettern. Dem Betriebsrat geht es um „Menschenschicksale". Die der Arbeiter scheinen es nicht zu sein.

Denn mit derselben Leier haben sie schon 1971 den selbständigen Kampf der Arbeiter gegen die Voigtländer-Stillegung in Braunschweig zersetzt. „Die Mitbestimmung der Arbeiter sei bitter nötig", sagten sie damals. „Falsche Unternehmensleitung", das war ein weiterer Ablenkungspunkt. „Im Geist von Ernst Abbe und Carl Zeiss liegt das Verhalten dieses Voigtländer-Vorstandes nicht." Damals war es der CDU-Politiker Jahn, der sich beim Verteidigungsministerium erkundigte, ob die Ausrüstung der optischen Geräte des Kampfpanzers Leopard von Voigtländer produziert werden können, um 600 Arbeitsplätze zu sichern.

Am 8.9.71 demonstrierten mehrere tausend Braunschweiger Arbeiter gegen die geplante Schließung des Werkes Voigtländer. Stand in der „Braunschweiger Zeitung" vom 24.8.71 noch, beim Arbeitsamt „dürfte es keinerlei Schwierigkeiten geben, die Fachkräfte in den anderen Betrieben unterzubringen", denn auch der niedersächsische Minister für Wirtschaft wollte alles tun, um vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Von den 1900 Beschäftigten wurden 81,6% entlassen. Von den 1550 entlassenen Arbeitern wurden 100 bei Rollei eingestellt mit Lohneinbußen von 175 DM bis 525 DM im Monat. Am 9.9.71 fand eine Demonstration zum Atrium-Hotel statt, in dem der Aufsichtsrat tagte. Die Gewerkschaftsführung war für Besonnenheit, wie heute die „menschlichen Schicksale" immer im Vordergrund.

Aus der Regierungserklärung des SPD-Kanzlers Schmidt, der weiß, was er den westdeutschen Kapitalisten zu versprechen hat: „... Wir treten ein für weltweite Arbeitsteilung bei weitgehend freiem Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Technologie ... Verstärkte Kooperation und Arbeitsteilung mit der Dritten Welt nützt auch uns selber, denn es sichert bei uns zu Hause Arbeitsplätze und Volkseinkommen."

Rolleis Konkurrenzschlacht gegen die japanischen Photokapitalisten auf dem Rücken der Arbeiter hat Geschichte: Die erste Phase von 1964 bis 1970: Ziel war, „in Marktlücken vorzustoßen, die japanischen Domänen aber zu umgehen". Der Umsatz pro Beschäftigten stieg von 16783 DM auf 30339 DM. In der zweiten Phase von 1971 bis 1974 begann der direkte Angriff auf die japanische Konkurrenz: Im „Billiglohnland" Singapur wird ein Zweigwerk aufgebaut, die Produktion von einäugigen Spiegelreflexkameras der mittleren und oberen Preisklasse, bei denen der Markt bisher von den japanischen Kapitalisten beherrscht wurde, wird aufgenommen. Eine Rollei-Kamera wird um 15 bis 20 Prozent „billiger". Der Umsatz pro Beschäftigten steigt von 27027 DM auf 35333 DM.

1971, als die Voigtländerwerke geschlossen wurden, tönten die Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaftssozialdemokraten in einem Chor: Das Singapur-Engagement der Rollei-Werke wird seine Auswirkungen auf das Braunschweiger Stammwerk haben. Man brauche nicht zu befürchten, daß die gesamte Produktion nach Singapur verlagert werde – nein! Arbeitsplätze werden gesichert, denn Forschung und Entwicklung bis zur Serienreife würden in Braunschweig bleiben. Die Rollei-Manager, sie hätten das richtige Konzept.

Profite von insgesamt 60 bis 80 Millionen DM exportieren die Kapitalisten nach Singapur. Der niedrige Lohn (sechs bis acht mal niedriger als in der BRD) nütze so auch den westdeutschen Arbeitern, denn das mache sie konkurrenzfähiger gegen die Japaner, bei denen ja auch nur die Hälfte der hiesigen Löhne gezahlt würden.

Zum Vergleich: Tageslöhne in Singapur, Japan, BRD in DM, 1975

	Singapur	Japan	BRD
Elektriker	12,65	58,14	74,75
Schreiner	11,96	37,03	72,91
Mechaniker	14,50	64,12	76,82
Hilfsarbeiter	7,25	36,34	60,62

Das Ausbeutungsparadies der Kapitalisten, Militärzuchthaus für die Arbeiter – das ist Singapur: Verbot der Kommunistischen Partei, keine Gewerkschaften, den Lohn setzt der Staat über Lohnleitlinien fest, keine Schulpflicht, bei über 10-Jährigen Analphabetenquote von 25 bis 30%, 50% der Bevölkerung unter 20 Jahren, gesetzlich garantiertes Produktionsmonopol, 15 Jahre Körperschaftsteuer- und fünf Jahre Einkommensteuerfreiheit, günstige Kredite, Kapitalschutz und Entwicklungshilfesteuergesetz durch die Bundesregierung. Aber die Konkurrenzschlacht tobt; der durchschnittliche Umsatz pro Beschäftigten und Jahr, der in der japanischen Photoindustrie bei 60000 bis 80000 DM liegt, konnte nicht erreicht werden. Durch Massenentlassungen in Braunschweig und Singapur, Steigerung der Produktion, soll aus den Knochen der Arbeiter noch dieses Jahr der Umsatz pro Beschäftigten auf 60000 DM gesteigert werden. Zum Beispiel so: Die Akkorde der Löterinnen in der Kameramontage Braunschweig wurden 1976 von 110 auf 160 Stück geschraubt. Diesen Akkord schafften nur wenige, Lohnsenkungen waren die Folge. Mit einer um die Hälfte reduzierten Belegschaft soll der Umsatz von 210 auf 260 Millionen DM gesteigert werden.

Expansion, Ausdehnung der Ausbeutung bis ins Uferlose – so wollen die Imperialisten ihre Herrschaft verlängern. Die internationale Arbeiterklasse nimmt das nicht hin. In Singapur erstreikten sich die Arbeiter 1974 eine Lohnerhöhung. Die Völker der Dritten Wekt schließen sich zusammen gegen den Imperialismus. Die Arbeiter Westdeutschlands bereiten sich auf den Lohnkampf vor und setzen der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft Grenzen durch den Kampf für den Siebenstundentag. Sie unterstützen den bewaffneten Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt. Das sind bedeutende Schritte im Kampf gegen den Imperialismus und für die Weltrevolution. – (Bezirk Südostniedersachsen)



Aus Anlaß des Dayan-Besuches in der BRD wurde in Hamburg eine Demonstration zur Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes durchgeführt. Aufgerufen hatte das Nahost-Komitee. An der Aktionseinheit haben sich KBW, KPD und KPD/ML mit Massenorganisationen sowie Chile-Komitee Hamburg, Liga gegen den Imperialismus und Generalunion Arabischer Studenten beteiligt. Die Aktionseinheit ruft für Dienstag zu einer Veranstaltung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Palästina auf.

Lügen und Halbwahrheiten über die Völker im südlichen Afrika

Die imperialistische Entwicklungshilfe soll den Völkern den Fortschritt bringen / Beispiele aus dem Schulunterricht

Köln. In der 9. Klasse am Gymnasium Chorweiler machen wir in Erdkunde im Moment eine Unterrichtsreihe über Entwicklungsländer, warum die so arm sind und die Industrieländer so reich.

Meistens laufen die Stunden so ab: Text aus dem Buch lesen oder welche, die die Lehrerin ausgeteilt hat, anschließend Diskussion und egal, wie die ausgeht, schreibt die Lehrerin ihre Meinung am Ende der Stunde an die Tafel. Meine Schwester ist eine Klasse tiefer, die mußte wörtlich genau dasselbe Zeug von der Tafel abschreiben.

Einmal hat die Lehrerin einen Zettel ausgeteilt: „Teufelskreis der Armut". Das war ein geschlossener Kreis, wo drinstand – keine modernen Produktionsmittel – deshalb niedrige Produktivität – deshalb niedriges Einkommen – deshalb Kapitalmangel – deshalb keine modernen Produktionsmittel, womit der Kreislauf wieder geschlossen wäre. Also bleiben sie arm, weil sie arm sind, wenn nicht von außen, nämlich den zivilisierten Nationen wie der BRD Hilfe kommt. Alleine bringen die es nicht, sollen wir uns denken.

Als ich sagte: „Dann muß man halt das System ändern", meinte die Lehrerin nur „Ja, ja", und hat ihr Zeug weiter verbraten. Wer Sachen sagt, die ihr nicht passen, den läßt sie auflaufen oder nimmt ihn gar nicht dran. Bei einem Schüler, Sohn von einem Chefingenieur bei Ford und Einserkandidat, ist das anders. Er darf ständig solche Sachen erzählen: „Die Schwarzen sollen sich im Land der Weißen (gemeint war Azania) nach deren Gesetzen fügen." oder „Die Schwarzen sind glücklich, wenn sie in den Fabriken der Weißen arbeiten dürfen". Bei den Arbeiten wird das auch honoriert. Bei einer

ZAHLEN WIR DENEN ENTWICKLU NGSHILFE, DAMIT SIE UNS EINES TAGES DIE HÄUSER ÜBER D EM KOPF ANZÜNDEN?

Genossin, deren Arbeit mit 4 plus zensiert war, stand drunter: „Du hängst dich zu sehr an einem Punkt (ehemalige Kolonialherrschaft) auf und urteilst nur ab! Darüber vergißt du wesentliche geforderte Einzelheiten, wie „starkes Bevölkerungswachstum, Bildungsnotstand, veraltete Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, usw.". Der Ford-Sohn hatte in seiner Arbeit eine Eins. – Er hatte wohl mehr auf die „Einzelheiten" geachtet.

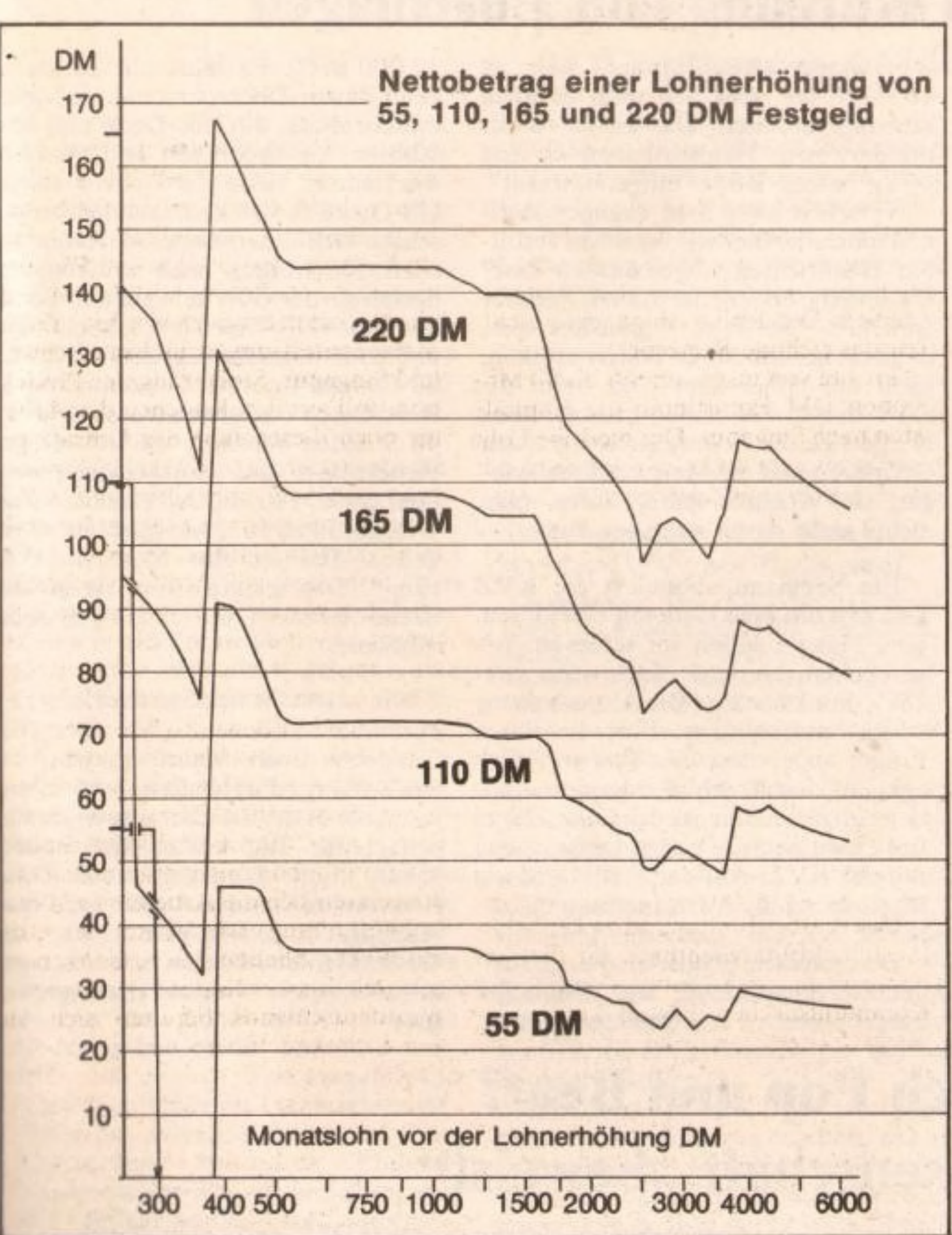
Einmal haben wir 2 Stunden hintereinander eine Filmserie gesehen über Entwicklungshilfe, bei der viele geschlafen haben. Die Entwicklungshilfe wurde als Fortschritt für die Völker der Dritten Welt hingestellt. Ein Beispiel: Eine Fabrik hatte sich auf die Produktion von Gummischuhen spezialisiert. Es hieß, die Schwarzen würden jetzt auch nicht mehr in selbstgemachten Ledersandalen rumlaufen müssen, dafür hätten sie jetzt die guten, billigen Gummischuhe.

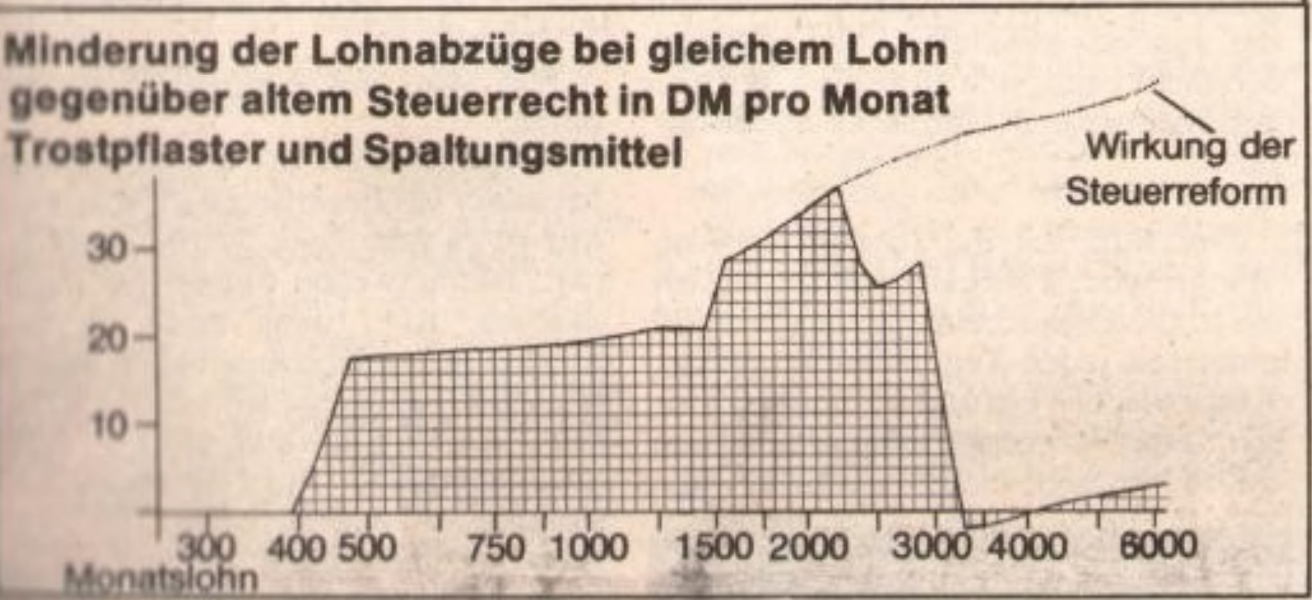
Um die Schüler für die Entwicklungshilfe in Bewegung zu setzen, wurde am Schluß des Films folgendes Manöver gemacht: Es wurden „Leute aus dem Volk" zur Entwicklungshilfe interviewt. „Entwicklungshilfe, ein Faß ohne Boden", „damit so'n Häuptling ne goldene Badewanne kriegt", „das sind ja doch alles Kommunisten" und „die wissen doch gar nicht, was sie wollen". Darum sollte diskutiert werden. Wer gegen Entwicklungshilfe war, sollte so dastehen wie einer, der dafür ist, daß die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind. Wer für Veränderung war, sollte sich für Entwicklungshilfe aussprechen. Ein Mädchen aus der Klasse sagte dann: „Mensch, das ist doch blöd. Die Entwicklungshilfe ist doch ganz anders und gut für die Völker." So sollte es auch ablaufen und von der Lehrerin wurde das unterstützt. Die Stunde war dann zu Ende.

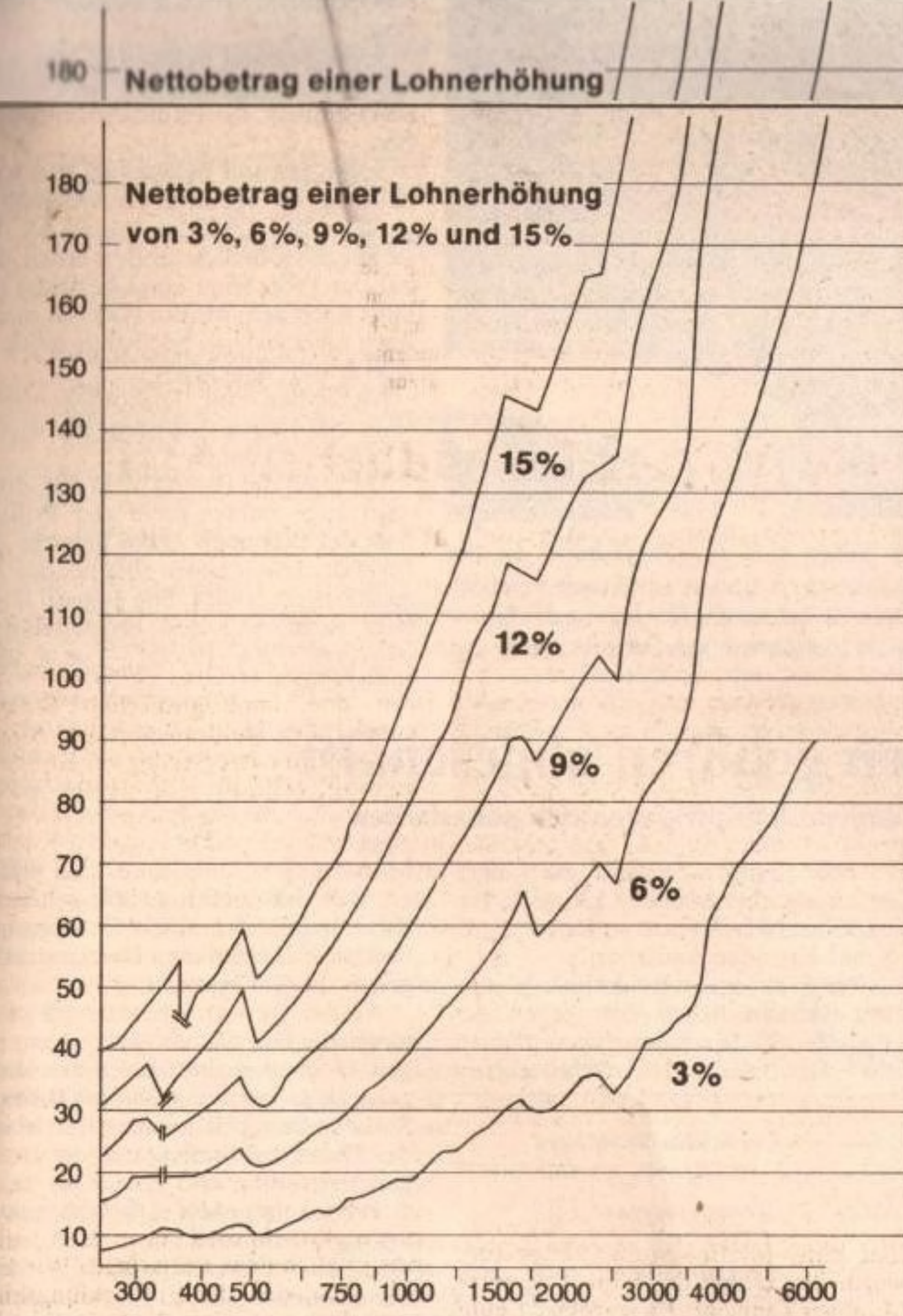
In unsere Köpfe soll eingetrichtert werden, daß wir die Unabhängigkeit der Staaten der Dritten Welt geringschätzen, weil Fortschritt sowieso nur von den imperialistischen Staaten kommt. Das steht auch in den Anzeigen der Bundesregierung zur Entwicklungshilfe, die sie jede Woche in den Zeitungen absetzt. Unter einem Bild, wo reiche Afrikaner drauf sind, steht unten drunter: „... kein Pfennig davon wurde verschwendet. Dafür sind wir vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit da. Die Regierungen der Entwicklungsländer können nicht wahllos über die Entwicklungsgelder verfügen, da sie zweckgebunden sind. Bei jedem Projekt wird lange und gründlich geprüft, ob es auch wirklich nötig ist ...' In der abgebildeten Anzeige steht, wogegen die Entwicklungshilfe ist: „Sonst bleibt ihr eines Tages nur die Gewalt". Dagegen gibt's ja die Fregatten, die dienen ja auch dem Fortschritt. Wir lernen auch, daß die Entwicklungshilfe uns selbst was nützt. Für die Kredite müssen diese Länder in der BRD Waren kaufen, das soll Arbeitsplätze schaffen. Daß das Kapital, das die Imperialisten nach Afrika schaffen, aus der Ausbeutung der Arbeiter in Westdeutschland kommt, soll nicht im Unterricht besprochen werden.

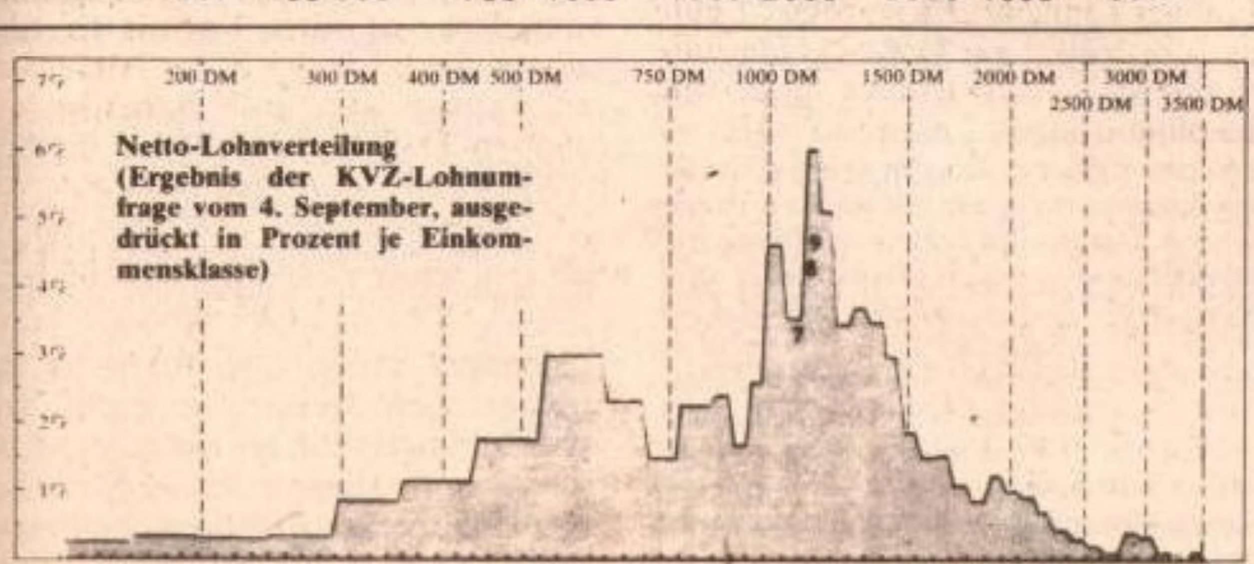
Geschicktes System. Die imperialistischen Ziele werden als Fortschritt ausgegeben, um die Schüler so dafür zu gewinnen. Da, wo wir diese Propaganda angegriffen haben, haben viele Schüler den Befreiungskampf unterstützt. Auf einem Schulfest haben wir innerhalb von 10 Minuten 30 DM für „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" gesammelt, eine Lehrerin hat auch 10 DM gespendet. – (C, KJB Köln)

Bruttolohn – Nettolohn









Die Daten der Schaubilder sind errechnet aufgrund der ab Januar 1978 geltenden Änderungen des Einkommensteuergesetzes. Ferner sind die geänderten Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung berücksichtigt; sie betragen 1978 44400 DM bzw. 33300 DM im Jahr (3700 und 2775 DM im Monat). Mit ihnen erhöht sich der Höchstbeitrag zur Sozialversicherung (vgl. zweites Schaubild).

Aus mannigfaltigen Diskussionen ist bekannt, welche besonderen Schwierigkeiten das geltenden System der Besteuerung des Arbeitslohns bei der Herstellung der erforderlichen Einheit über die Lohnforderung macht. Stellt man eine Forderung auf, die für alle gleich ist, so hat man ein Ergebnis, das für große Teile der Belegschaft grob spaltend wirken kann. Aus dem öffentlichen Dienst kennt man die stetige Rede, die Arbeiter bei den kommunalen Betrieben wären mit Festgeldforderungen schlecht dran. Ohne daß man die Beziehung von Bruttolohn und Nettolohn näher untersucht, ist man den Spaltungsmanövern der Gegenseite doch sehr ausgeliefert.

Mehr noch als sonst in diesem Jahre. Die Sozialdemokraten in der Regierung, die mit der Steuerreform des Jahre 1975 einen grandiosen Zugriff auf den Arbeitslohn durchgeführt haben, sahen sich in diesem Jahr veranlaßt, ein wenig die Kandare locker zu lassen. Dies taten sie in Ankündigung einer „großen“ Steuerreform im kommenden Jahre.

Darüber, was diese jetzt gemachte Reform erbringt, kursieren die verschiedensten Ansichten. Zur Verdeutlichung haben wir auf der Lohnskala aufgetragen, welcher Betrag pro Monat bei gewöhnlicher Lohnzahlung durch die sozialdemokratische Steuerreform „erspart“, das heißt nicht geraubt wird. Wir haben hier wie überall nicht die abstrakte Steuerersparnis genommen, sondern die Ersparnis bei den Abzügen insgesamt, denn uns interessiert hier der Nettolohn. Der Charakter dieser Reform wird durchsichtig: Für die sehr niedrigen Löhne, die Lehrlinge, Teilzeitbeschäftigten usw. praktisch nichts, für die große Masse der einfachen Lohnarbeiter ein Trostpflaster und für die besser Verdienenden ein deutlich kräftigerer Zuschuss. Die Absicht der Spaltung quillt dieser Reform zwischen den Rippen heraus.

Zur besseren Illustration, um was es dabei geht, haben wir zu der Kurve, die die Steuerersparnis beim bestimmten Einkommen ausdrückt, die Lohnverteilung abgedruckt, die wir bei der KVZ-Umfrage vom 4. September ermittelt hatten. (Dabei muß der andere Maßstab beachtet werden sowie die Tatsache, daß es sich um die Verteilung der Nettolöhne handelt.)

mittelt hatten. (Dabei muß der andere Maßstab beachtet werden sowie die Tatsache, daß es sich um die Verteilung der Nettolöhne handelt.)

Wir haben bei dieser Berechnung die Auswirkung des erhöhten Weihnachtsfreibetrages (von 100 auf 400 DM) vorderhand einmal weggelassen. Diese Auswirkung ist verschieden nach Höhe des Weihnachtsgeldes, und ohnehin ist sie darauf berechnet, daß der Arbeiter keinen Lohnsteuerjahresausgleichsantrag stellt, womit einen Teil dieses Freibetrages Hans Apel einsackt. Fest steht schon jetzt, daß es keiner großen Änderung bedarf, um diese Reform rückgängig zu machen. Dazu wird die gewöhnliche Inflation hinreichen.

Einen interessanten Aspekt gibt es aber doch: Wenn man sich anschaut, wie gewöhnlich eine Festgeldforderung bei den verschiedenen Lohnklassen zu ganz verschiedenen Ergebnissen führt, so erkennt man, daß in diesem Jahre eine ziemlich einmalig günstige Lage da ist. Da die Steuerersparnis exakt in dem Bereich am größten ist, in dem der Ertrag einer Festgeldforderung beginnt abzusacken, ergibt diese Steuerreform, auch wenn sie sonst nichts ergibt, eine Möglichkeit, leichter als sonst eine umfassendere Menge von Fällen vorteilhaft um eine Festgeldforderung zusammenschließen zu können.

Wir haben nicht den Eindruck, daß den Sozialdemokraten dies klar war, als sie eine Reform verabschiedet haben, die darauf berechnet war, die Spaltung zwischen den weniger und den besser verdienenden Arbeitern zu vertiefen. Jetzt aber ist es so und kann ausgenutzt werden. Da aber verschiedentlich sich gewisse Leute nicht entblöden, zu behaupten, die Festgeldforderung sei in Folge der Brutto-Nettolohnbeziehung in Wahrheit spalterisch und die Prozentforderungen seien es gerade, die in Bezug auf den Nettolohn die Einheit herstellen würden, haben wir noch eine Betrachtung gemacht, wie sich das Verhältnis von Bruttolohn und Nettolohn bei einer, bzw. bei verschiedenen Prozentforderungen darstellen würde.

Diese Berechnungen sind insofern vorläufig, als sie nicht alle Steuerklassen umfassen, sondern nur den Fall Steuerklasse IV mit zwei Kindern. – (Z-Red)



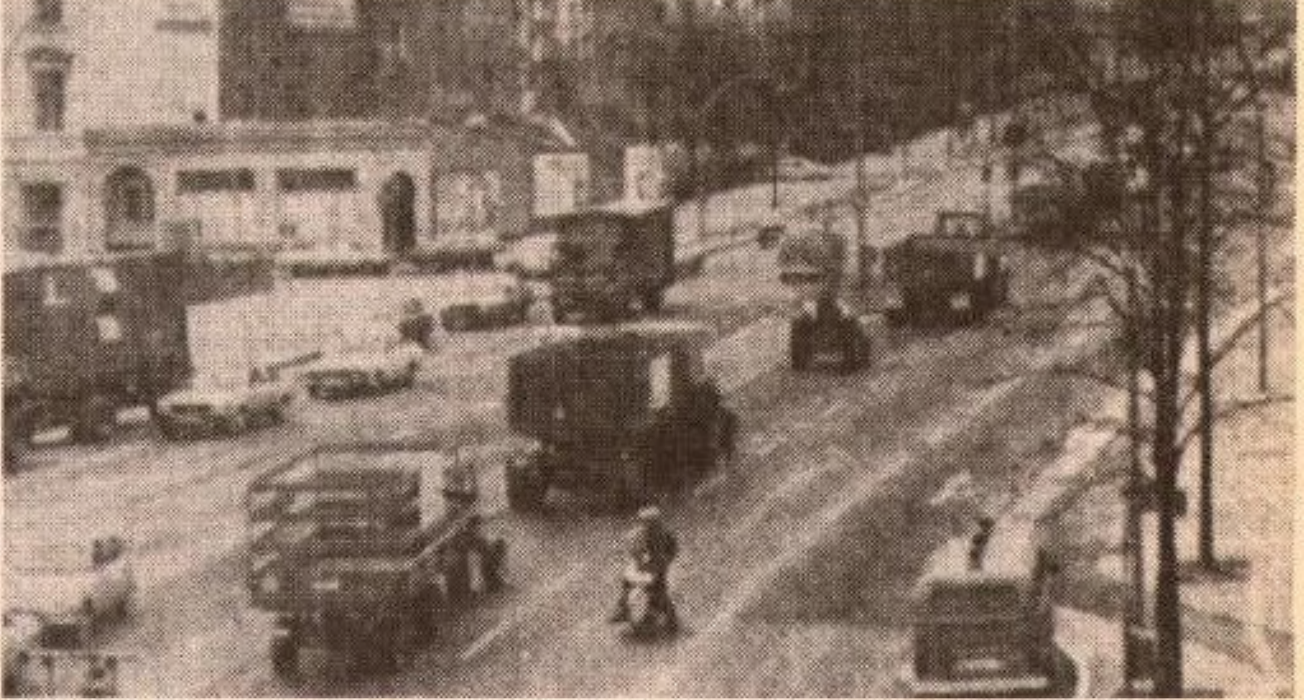
Mit dem staatlichen Gewaltapparat, der Spaltung der Bewegung gegen das Energieprogramm durch die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften und mit dem Verschicken der Leistungsbescheide, mit denen er der Bewegung das Recht auf Demonstrationen nehmen will, denkt Stoltenberg, kann er das KKW Brokdorf gegen die Massen durchsetzen. Die 18 von den Leistungsbescheiden Betroffenen, die je 5384,14 DM zahlen sollen, haben sich in einem öffentlichen Widerspruch zusammengeschlossen und wollen die Begründung für den Widerspruch am 10.12. in Itzehoe öffentlich übergeben. Alle sollen daran teilnehmen. Die HBV-Jugendmitgliederversammlung Hamburg, die ÖTV-Mitgliederversammlung der Gerichtsreferendare Hamburg, 17 Lehrer der Schulkreiskonferenz 53 Hamburg, Gefangenen-Selbstinitiative, Bürgerinitiative Eppendorf, Bürgerinitiative Schulterblatt, Seminar Moser (Einführung in die Sozialpsychologie), Vollversammlung Germanistik der Universitätsstudenten, Marschenkonferenz, Ostküstenkonferenz, die Bürgerinitiativen Itzehoe, Elmshorn, Schleswig, Trappenkamp, Preetz und Lübeck, 22 Jugendliche des Jugendzentrums Quickborn unterstützen diesen Aufruf. Die HBV-Jugend fordert, daß die DGB-Führung ihre Haltung zum Energieprogramm ändert.

„Sparsamer Heizen“

„Sparsamer Heizen“ empfiehlt ein Artikel der „Gewerkschaftspost“ (IG-Chemie) vom November. Und „Energie droht nicht nur in Zukunft knapper zu werden, sie ist auch teurer, was jeder bei der Heizkostenabrechnung oder Kohleeinkellerung bemerkt.“

Energie ist knapp, Heizen teuer. Das ist die Erfahrung der Arbeiterklasse, daß die Energie, die sie persönlich braucht, eingeschränkt ist durch den Lohn, der ihr ausbezahlt wird. Daß die Energie in Zukunft noch knapper wird für die Arbeiterklasse, dafür sorgt das Bundeswirtschaftsministerium durch Strompreiserhöhung und Erhöhung der Heizölsteuer. Darüber hat der Schreiber in der „Gewerkschaftspost“ kein Wort verloren. Das wollte er auch nicht. Vielmehr ist ihm daran gelegen, die im August von der Bundesregierung verabschiedete „Verordnung über einen energiesparenden Wärmeschutz bei Gebäuden“ anzupreisen: Diese sollen die Arbeiter zum Anlaß nehmen, so der Ratschlag, ihre Fenster abzudichten, kurz und nicht lange zu lüften, denn „wir alle brauchen zum Produkt Energie eine ganz andere Einstellung.“ Die Bundesregierung hat bei Beantwortung einer großen Anfrage im Juni bereits herausgelassen, wie diese andere „Einstellung“ erreicht werden soll: „Die Energiepreise sollten die langfristigen Knappheitsverhältnisse wiedergeben und dadurch zum sparsamen und rationellen Umgang mit Energie anhalten.“ Außerdem, sollen „administrative Gebote und Verbote sowie finanzielle Anreize“ den Energiebedart so niedrig wie möglich halten. Was dabei herauskommt, hört sich dann so an: „Der Erhöhung der Einzelpreise für Gebäude und der Kaltmieten stehen Einsparungen an Heizenergiekosten gegenüber.“ (Wärmeschutzverordnung) Über ein Viertel des Lohns zahlt der Arbeiter an Miete, jetzt wird durch dieses Gesetz die Miete erhöht, und demnächst sollen die Energiepreise weiter gesteigert werden. Daß durch dieses Gesetz dafür gesorgt wird, daß „sparsamer geheizt wird“, liegt auf der Hand. – (Z-Red.)

energiesparenden Wärmeschutz bei Gebäuden“ anzupreisen: Diese sollen die Arbeiter zum Anlaß nehmen, so der Ratschlag, ihre Fenster abzudichten, kurz und
preise weiter gesteigert werden. Daß durch dieses Gesetz dafür gesorgt wird, daß „sparsamer geheizt wird“, liegt auf der Hand. – (Z-Red.)



Mit 200 Treckern, Autos und Gemüsetransportern demonstrierten in der letzten Woche Bauern aus der Vierlander Marsch durch die Hamburger Innenstadt. Sie wollten den Bau der südlichen Umgehungseisenbahn verhindern. Der Bahndamm, der bis zu 14 m hoch sein wird, durchschneidet das Gemüseanbaugebiet so, daß die Parzellen der Bauern in so kleine Stücke geteilt werden, daß sie keine Existenzgrundlage für die Bauern mehr sein können. Gegen die Umgehungsbahn sind bereits 15000 Unterschriften gesammelt worden.

Bundesbahn: 9,5% teurer für die Arbeiterbevölkerung – für die Kapitalisten billiger

Ab 1.3.78 sollen die Tarifpreise der Deutschen Bundesbahn erhöht werden. Im Nahverkehr für die Lohnabhängigen und Schüler und Studenten um weitere 9,5%, nachdem diese Preise bereits im März 1977 um 5,2% erhöht worden waren. Im Fernverkehr jetzt 4,2% Preiserhöhung nach der letzten Preiserhöhung von 8,9% am 16.2.1975.

Bei Wochenkarten über 15 km Erhöhung um 1 DM auf 15,50 DM; Erhöhung der Monatskarten um 4 DM auf 55 DM und Erhöhung von Schülermonatskarten um 2 DM. Gleichzeitig wird ein „Entfernungsrabatt“ eingeführt: Bei 101 bis 200 km 2,5%, 201 bis 400 km 3,5%, 401 bis 700 km 4,5% und ab 701 km 5,5% Ermäßigung. Gesenkt werden die Preise für die erste Klasse. War das Verhältnis bisher 1:1,6, so soll es jetzt 1:1,57 betragen. Während so die Ausplünderung der Arbeiterbevölkerung durch jährlich steigende Preissteigerungen erhöht wird, werden die Preise für die Kapitalisten und die, die Geld haben, gesenkt.

Die Deutsche Bundesbahn „verhält sich marktwirtschaftlich korrekt, wenn sie jetzt stärker als den Fernverkehr den Nahverkehr belastet, der ... risikoloser als früher zur Kasse gebeten werden kann“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.11.) Aber „bescheiden“ sind die Preiserhöhungen – zu „bescheiden“ für die Pläne der Bourgeoisie: bringen sie doch nur eine zusätzliche Preiseinnahme von 164 Mill.DM, wo doch der Zusatzbedarf der Kapitalisten 1978 14 Milliarden DM beträgt.

Grund für die Fahrpreiserhöhung sei das hohe Defizit der Bundesbahn von 4,5 Mrd. DM. 4 Mrd. DM seien nur erwartet worden. Jedoch die Montankrise und damit die verringerten Frachtaufkommen für Kohle und Stahl hätten hauptsächlich die Fehlbeträge erhöht. „Nur im Personen-, Gepäck- und Expressgutverkehr stiegen die Einnahmen um 4%“. (Süddeutsche Zeitung, 22.11.)

Aus der Arbeiterklasse und den Volksmassen sollen diese „Fehlbeträge“ herausgepreßt werden, um die Transportkosten der Kapitalisten so zu senken. Die Bourgeoisie fürchtet den Widerstand gegen die Häufung ihrer Plünderungsmaßnahmen: „Bestünde nicht die weitverbreitete und gar nicht leicht zu erschütternde Meinung, der öffentliche Nahverkehr dürfe nicht viel teurer als geschenkt sein, würde über solche Beträge wohl kaum ein Wort verloren.“ (FAZ, 22.11.) Man hört heraus, daß sie noch Großes vor hat, schließt sich die Arbeiterklasse nicht gegen diese Plünderung zusammen und nimmt den Kampf dagegen auf.

– (Z-Red.)

Einstimmige Eile: Neues Polizeigesetz

Hannover. Einstimmig hat der niedersächsische Landtag am 23.11. das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung" verabschiedet. Die darin enthaltene Regelung des Polizeieinsatzes in geschlossenen Formationen über die Ländergrenzen hinweg war der Landesregierung wegen der „zunehmenden Mobilität der Störer und (der) Expansion der Störungen" so dringlich erschienen, daß sie das einheitliche Polizeigesetz gar nicht abwarten konnte.

Jetzt haben sie das Gesetz in der gleichen Woche verabschiedet, in der sich die Innenminister auf ein einheitliches Polizeigesetz geeinigt haben. Albrecht und seiner sozialdemokratischen Opposition kann die Unterdrückung gar nicht flott genug gehen. Abweichend vom Regierungsentwurf haben sie den Landtag beschließen lassen, daß die Bestimmungen über den länderübergreifenden Polizeieinsatz gleich am Tag nach der Verkündung in kraft treten.

Um noch eins haben die parlamentarischen Körperschaften das Gesetz bereichern dürfen. Folterknecht Albrecht und seine Spießgesellen haben sich der Erfahrungen der deutschen Finanzbourgeoisie bei der terroristischen Niederschlagung der Arbeiterbewegung 1933 mit Hilfspolizei aus SA und SS besonnen. Nach dem neuen Gesetz kann jetzt jede Polizeibehörde, „wenn ein Bedürfnis dafür besteht, Personen zu Hilfspolizeibeamten bestellen und ihnen polizeiliche Aufgaben zur Wahrnehmung übertragen ... die Hilfspolizeibeamten (sind) zur Ausübung polizeilicher Befugnisse berechtigt." (§ 59 SOG)

Dieser einstimmige Beschluß soll ihnen im Landtagswahlkampf vielstimmig in den Ohren dröhnen. – (N-Red.)

Dieser einstimmige Beschluß soll ihnen im Landtagswahlkampf vielstimmig in den Ohren dröhnen. – (N-Red.)

Neues Kirchengesetz für „Krisen und Notzeiten"

Nürnberg. Die Kirchen sind neben dem Staat der zweitgrößte Dienstherr. Die evangelisch-lutherische Kirche hat in Bayern allein 5000 bis 6000 Beschäftigte. Diese Lohnabhängigen werden systematisch von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst abgespalten. Durch ein „historisch bisher einmaliges" Gesetz, das seit dem 1. Oktober 77 für die evangelische Landeskirche Bayern gilt, wird den Beschäftigten der Kirche das Recht auf Arbeitskampf und Lohnkampf vollständig verboten. Sie besitzen nicht das Recht, Tarifverträge mit dem Dienstherrn abzuschließen. Bemäntelt wird diese Unterdrückung der Rechte der Lohnabhängigen so: „Im Wissen um den gemeinsamen Herrn entspricht das Füreinander, Miteinander dem Wesen der Kirche." „Das Reich Gottes steht im Mittelpunkt", „Kirchliche Mitarbeiter haben zueinander ein Verhältnis wie Christen." Kirchenfürst Dietzfelbinger: „Der Dienstherr ist Gott." Nach dem neuen Gesetz muß sich der „Mitarbeiter" im Dienst und außerhalb dem Evangelium entsprechend verhalten. Die „Mitarbeiter" dürfen in der Öffentlichkeit nicht abfällig über die Kirche reden. Die gewählten „Mitarbeitervertreter" müssen evangelisch sein und die Befähigung zum Amt des Kirchenvorstehers haben.

Verschiebung einer Arbeit durchgesetzt

Northeim. Schülerinnen des Wirtschaftsgymnasiums haben beschlossen, eine Arbeit im Fach Buchführung zu verweigern. Durch Gespräch mit dem Lehrer haben sie versucht, eine Verschiebung zu erreichen, weil der entsprechende Stoff nicht ausreichend durchgearbeitet war. Der Lehrer jedoch lehnte ab. Die Schüler machten eine Unterschriftensammlung für die Aufschiebung der Arbeit. Trotz versuchter Einschüchterung wie: Wer nicht schreibt, bekommt null Punkte, also eine Sechs, haben sich die Schüler nicht spalten lassen. Sie haben sich durchgesetzt.

Metallberufsschule: den Unterricht sollen alle schaffen

Osnabrück. In einer Klasse der Metallberufsschule wurde die zweite Klassenarbeit in Fachzeichnen zurückgegeben: zwei Sechsen, vier Fünfen und zwei Vieren. Das ist ein Drittel der Klasse. Die Klasse hat einen Beschluß gefaßt, daß der Lehrer bis zur nächsten Stunde einen Plan vorlegen soll, daß die ganze Klasse den Unterricht schafft. Die Spaltungsversuche des Lehrers dagegen haben nicht geklappt. Jetzt versucht er, über die Betriebe Druck auf die Schüler auszuüben.

Kampf gegen schwere Klassenarbeiten

Salzgitter. In einer Grundschulklasse hat ein Lehrer die Klassenarbeit schwerer gemacht. Bei einer Übungsarbeit hat er zum Schluß ein Count Down von 10 bis 0 gezählt. Das hat den Schülern gereicht. Sie forderten den Klassenlehrer auf, die Arbeit nicht zu bewerten. Das konnten sie durchsetzen.

Ponto! Buback! Schleyer! Scharper?

Braunschweig. Nach einer Klassenfahrt der Schüler der Gauss-Schule war auf einer Mauer der Name des stellvertretenden Direktors Scharper über den Namen von Ponto, Buback und Schleyer angebracht. Letztere sind mit Kreuzen abgehakt. Hinter Scharper stand ein Fragezeichen.

Die zwei Säulen für die Reeder im Tarifabschluß der Seeleute: 11 Monate Heuerstopp und Kürzung von Zuschlägen

Hamburg. Am 22.11. hat die ÖTV den Schlichtungsspruch für die Seeschiffahrt angenommen: Einführung der 40-Stunden-Woche auf See, zweimal einen halben Tag mehr Urlaub bis 1982, Lohnstopp für elf Monate und Streichung verschiedener Zulagen.

Gleich nach Bekanntgabe des Ergebnisses sind wir in den Hafen gegangen, um mit den Seeleuten darüber zu sprechen. Wir treffen die Seeleute beim Essen.

Alle sechs sind in der ÖTV und für die 40-Stunden-Woche, aber diesen Abschluß lehnen sie ab: Die Grundheuer eines gelernten Matrosen oder Maschinisten beträgt zwischen 1300 und 1600 Mark brutto im Monat. Deswegen machen alle Überstunden, und zwar im Normalfall 90 im Monat. Dann haben sie mit allen Zulagen zwischen 1700 und 2000 Mark netto. Ein Leichtmatrose, Lehrling im dritten Lehrjahr, bekommt bei 120 Überstunden 1100 DM netto. Er soll jetzt nach dem Abschluß dieselbe Arbeit mit 90 Überstunden erledigen, denn die Reeder haben ein Überstundenlimit festgelegt.

Nach dem neuen Tarif werden mindestens 32 Stunden mehr als Überstunden bezahlt, aber dafür wird der Zuschlag pro Überstunde um 5% gekürzt. Da mag ein Plus von 30 bis 40 Mark im Monat brutto überbleiben. Das wird zu einem Minus durch die Streichung von wichtigen Zulagen für Mehr- und Nachtarbeit im Hafen und für nicht gewährten Landgang. Dazu elf Monate Heuerstopp.

Die Seeleute, mit denen wir sprachen, sind zwischen 18 und 33 Jahren alt, keiner ist verheiratet. Alle wollen möglichst viel Geld sparen, ein paar hundert Mark im Monat. Spätestens nach 15 Jahren wollen sie den Absprung schaffen und eine selbständige Existenz an Land aufbauen, z.B. mit einer Seemannskneipe. „Mit 40 bist du ein Wrack." Die meisten allerdings arbeiten dann im Hafen oder in den großen Hüttenwerken.

„Mehr Heuer und mehr Urlaub! Erholungszeit auf See brauch ich und an Land brauche ich die Zeit. Unsere Forderung war, daß wir für jeden Samstag, den wir arbeiten, einen Tag Urlaub bekommen." Ein anderer Seemann: „Ich habe in der Backstube gekündigt, weil der Meister mich geschlagen hat. Auf dem Bau waren meine Hände nach zwei Wochen völlig aufgerissen. Und jetzt: Wenn ich die Plätzchen nicht so backe, wie der Offizier das will, also wenn ich in der Leistung nachlasse, dann werde ich entlassen mit 48 Stunden Kündigungsfrist. Der Moses (Küchenjunge) hier ist 16 Jahre alt. Auf See muß er auch samstags arbeiten. Das Essen ist oft minderwertig. Neulich haben wir erst 40 kg ranzige Butter mitgenommen."

Natürlich hätte man dagegen streiken müssen. Aber wie, wenn du von allen Nachrichten abgeschnitten bist? Ihr seid die ersten, die mit uns darüber sprechen. Das muß organisiert sein, denn du kannst nur im Hafen streiken, nicht auf hoher See. Und wenn die ÖTV mal in den Hafen kommt, dann bringen sie die Zeitungen hoch zu den Offizieren und die Mannschaften kriegen sie Wochen später, wenn man nichts mehr damit anfangen kann."

Ein Seemann abonniert die KVZ und gibt uns eine Liste mit den Häfen. Und Plakate sollen wir schicken. Als wir gehen, kommen doch noch zwei ÖTV-Funktionäre. Die Unterhaltung wird schnell sehr laut. Einer hat ihnen Prügel angeboten. Sie sind natürlich „gegen" den Abschluß oder doch „unbefriedigt". „Hier ist der linke Flügel der Gewerkschaft", sagt der Seemann mit der KVZ. Auf der Stelle wird ein Matrose zum Vertrauensmann ernannt.

Das nächste Schiff ist die „Erlangen", Hapag-Lloyd, auf Container umgebauter Stückgutfrachter, 12000 BRT. Es fährt mit 26 Mann, zehn davon Deckspersonal im Mehrzweckeinsatz, d.h. für Deck und Maschinen. Sie liegen fest und tauschen die Ladung, denn die Docker an der US-Ostküste streiken, und der Reeder mußte sich einen anderen Hafen suchen. Sie wollten auch streiken, das hatten sie der ÖTV telegrafiert. Kaum hatte die ÖTV ihnen das Schlichtungsabkommen durchtelegrafiert (17.11.), da führten sie eine Versammlung an Bord durch und stimmten ab. Für die 40-Stunden-Woche: 86%. Gegen Heuerstopp und Zulagenstreichung: über 90%. Für die zwei halben Tage Urlaub: 50 zu 50. „Auf fünf Jahre festgelegt. Das ist eine Verzichtserklärung!" Das telegrafierten sie an den Seebetriebsrat (20.11.). Es gab keine Antwort.

Wie hättet ihr den Streik erfolgreich durchführen können? „Wir ziehen die Gangway hoch, dann können wir wochenlang durchhalten, vor allem, wenn die Hafenarbeiter uns unterstützen. Jeder Tag kostet den Reeder 15000 Mark Liegegebühren. Dazu Konventionalstrafen und verlorene Aufträge. Natürlich muß es über die Gewerkschaft auf allen Schiffen organisiert werden." – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Jugend krank durch Pop und Beat?

Jugend krank durch Pop und Beat?

Die bürgerliche Wissenschaft „beweist"

Hamburg. „Viele Popgruppen greifen ihre Fans körperlich an: mit Überschall und Laserstrahlen. Sachverständige: Es wächst eine ‚Generation von Gehörlosen und Sehgeschädigten' heran." „Bild am Sonntag" läßt den Hilfeschrei der Bourgeoisie los. Die „Gewerkschaftspost" der IG Chemie geht voll dabei mit. Der Gesundheitszustand der Jugend ist nicht der beste, das stellt die Bourgeoisie laufend fest: bei den Schuluntersuchungen, bei den Tauglichkeitsuntersuchungen für den Kriegsdienst, beim Abklopfen für die Profitproduktion.

Wer ist Schuld? Pink Floyd, The Who, Led Zeppelin, ... Wer „20 bis 30 Stunden pro Woche einem Schallpegel von weit über 100 Dezibel ausgesetzt ist", ist in akuter „Gefahr, Lärmschwerhöriger zu werden". Das hat ein Dr. Irion von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung herausgefunden. „Bei Popgruppen wie ‚Pretty Things' (wurden) 135 Dezibel und bei einem relativ ‚leisen' Verteter der leichten Muse, Rory Gallagher, noch 117 Dezibel gemessen. Zum Vergleich: Ein Düsenjäger erzeugt beim Start 120 bis 140 Dezibel." (Bild am Sonntag) Dreist ist dieser Angriff auf den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ruinierung ihrer Gesundheit und den Kampf um ausreichende Reproduktionsbedingungen.

In der Blechschlosserei von Still in Hamburg z.B. arbeiten die Arbeiter und Lehrlinge 40 Stunden die Woche bei einem Krach von etwa 90 Dezibel. Jahrelang. Wer behauptet da, daß davon die Arbeiter krank werden?

Überhaupt hat die Bourgeoisie fürsorglich vorgebeugt: Massen von jugendlichen Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung bekommen, und der elende Lohn der Arbeiterfamilien, mit dem die Kinder durchgebracht werden müssen. Die Kapitalisten haben außerdem nichts dagegen, wenn die Arbeiterjugend sich in Diskotheken herumtreibt. Immerhin haben sie die für die Jugend geschaffen, alle anderen Möglichkeiten, sich zu treffen, der Jugend genommen. Und sie kassieren dafür.

Der KJB hat die Jugendlichen im Winterhuder Fährhaus gefragt, wie oft sie in die Diskotheken gehen. Von 20 einer fast jeden Tag, zwei oft und der Rest zwischen ein und fünfmal im Monat. Dort werden Eintrittspreise um 5 DM verlangt, eine Flasche Bier kostet 3 DM und eine kleine Cola 2,50 DM.



Bremerhaven. 400 Arbeiterjugendliche haben sich am Sonnabend an der DGB-Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbeutung beteiligt. Auf der Abschlußkundgebung gab es großen Beifall für die Forderung des Kreisjugendausschuß des DGB, jetzt in den Betrieben mit der Vorbereitung des 1. Mai 78 zu beginnen.

Was stört die Ausbeuter dennoch daran?

„Mein Meister hat mir mal gesagt, nachdem ich des öfteren zu spät kam: Mir ist es ganz egal, wie lange du feierst. Meinetwegen kannst du durchmachen. Aber dann mußt du auch Mumm in den Knochen haben und am nächsten Tag pünktlich bei der Arbeit sein." Die Kapitalisten stört es, wenn die Jugendlichen nicht die rechte Einstellung zur Arbeit haben: pünktlich, gründlich und schnell. Jugendliche, die nicht ausgeruht und pünktlich zur Arbeit kommen, stören die Profitproduktion.

Sollte jemand behaupten, die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft verzehrt die Kraft der Jugend so, daß sie abends todmüde ins Bett fallen, den hat der Prof. Irion eines besseren belehrt nach dem Motto: Akkord macht doch nicht kaputt, höchstens müde.

Was hilft dagegen?

Maßhalten mit Diskothekenbesuchen und Feiern, Schlafen, um wieder schaffen zu können.

Da spielt die Jugend nicht mit, drum muß auch immer mehr der Polizeiknüppel herhalten „zum Schutze der Jugend". Die Razzien sind bei den Jugendlichen verhaßt. Die Jugend übersieht nicht, wer den Polizeiknüppel schwingt. Pink Floyd? – (KJB Hamburg/N-Red.)

Die Fünfen und Sechsen gehören abgeschafft

Nicht nur an Oldenburgs Schulen: Die Jugend kämpft gegen Klassenarbeiten

Oldenburg. „22 Bombendrohungen wurden in den letzten 30 Tagen von der Polizei gemeldet. Betroffen waren neben einigen öffentlichen Gebäuden neun Schulen, darunter nach Angaben der Polizei mehrfach die Realschule Margarethenstraße, das Schulzentrum Flötenteich – mehr als ein halbes Dutzend mal – das Schulzentrum am Marschweg. Im Schulzentrum am Marschweg hatten sich viele Schüler, wie Eltern berichteten, schon darauf eingestellt, montags keine Hausaufgaben zu erledigen, weil sie ohnehin dienstags mit blindem Bombenalarm rechneten, und beim Schulzentrum am Flötenteich hörten die Anrufe erst schlagartig auf, nachdem die Schulleitung den Eltern offiziell mitgeteilt hatte, beim nächsten Vorfall dieser Art werde der morgens ausgefallene Unterricht nachmittags nachgeholt." (Nordwestzeitung, 19.11.)

Bombensicher haben sich die Schüler gegen Klassenarbeiten gewehrt. 30 Tage lang war in der bürgerlichen Presse nichts darüber zu erfahren. Solange haben Schulleitung und Aufsichtsbehörde gebraucht, um eine Taktik auszuhecken. Sie haben sechs Kindern ein Geständnis abgepreßt. Dann haben sie sich mit der Sache an die Öffentlichkeit gewagt, gleich mit einer Rechtsbelehrung:

„Strafandrohung.
Telefonische Bombendrohungen können nach dem Paragraphen 126 des Strafgesetzbuches („Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten") geahndet werden. Das Gesetz sieht dafür Geldstrafen oder Freiheitsstrafen von einem Monat bis zu drei Jahren vor. Wenn die Täter noch nicht 18 Jahre alt sind, unterliegen sie dem Jugendstrafrecht, das in solchen Fällen verschiedene Möglichkeiten der Verurteilung bietet: Geldbuße, Freiheitsarrest an Wochenenden, Dauerarrest bis zu vier Wochen oder eine Jugendstrafe bis zu sechs Monaten." (Nordwestzeitung, 19.11.)

Das hat den Haß auf die Klassenschule nicht gedämpft. Im Laufe der folgenden Woche wurden die Handelslehranstalten, die Berufsschule Willerstraße und das Berufsschulzentrum Rostrup wegen Bombendrohungen dichtgemacht.

„Die Polizei ermittelt weiter in Schülerkreisen ... darüber hinaus wird ... beraten, ob die Eltern der sechs Kinder ... möglicherweise zur Verantwortung gezogen werden können und eventuell auch die bei den Durchsuchungen entstandenen Kosten tragen müssen." (Nordwestzeitung, 24.11.)

Alle die Drohungen ändern die Lage an den Schulen nicht, und die zwingt die Schüler zum Kampf. Die Bombendrohungen sind die Spitze eines Eisbergs: In der „Reformierten Oberstufe" der Gymnasien wird die Unterdrückung über ein auf 15 Punkte verfeinertes Notensystem organisiert, die Schüler werden numeriert.

Die Schüler der Realschule Margarethenstraße haben sich gegen den Plan der Stadt zusammengeschlossen, die Realschule ins Schulzentrum Marschweg zu verlegen. Sie haben enthüllt, daß dort ein Lehrer gekündigt hatte wegen der üblen Bedingungen und organisierten eine Demonstration gegen die Verlegung.

„Schülertreffen Schulzentrum Nord
Delmenhort, 24.11.1977

An die Schülervertretungen ...

Wir haben gehört, daß an euren Schulen Bombendrohungen gewesen sind. Sechs Schüler sollen geschnappt worden sein, und die Eltern sollen die ganzen entstandenen Kosten bezahlen. Wir finden das nicht richtig. Wir können wohl verstehen, daß Schüler Bombendrohungen machen, weil wir schlechte Zensuren kriegen und Sachen lernen müssen, mit denen wir nichts anfangen können. Das ist auch bei uns so. Bei uns wird am Schulzentrum noch geschlagen, Strafarbeiten zwischen drei und zehn DIN A 4 Seiten sind keine Seltenheit. (...) Wir sind der Meinung, daß wir uns gegenseitig unterstützen müssen, deshalb setzen wir uns mit anderen Schulen in Verbindung. Wir sind dagegen, daß ihr bestraft werden sollt, bzw. eure Eltern. Unterstützt uns auch, schreibt uns mal.

Weg mit Fünfen und Sechsen!
Weg mit dem Notensystem!
Inge Figge und Helga Lowin müssen Lehrerinnen bleiben!
Keine Bestrafung der Schüler bzw. ihrer Eltern!"

An der Gewerblichen Berufsschule haben die Drucker und Setzer vor einigen Wochen gegen die Zusammenlegung ihrer beiden Klassen gekämpft. Sie wandten sich an den Betriebsrat der Druckerei Stalling und an die Jugendvertretung und haben sie in die Berufsschule geholt. Die Zusammenlegung wurde verhindert. Jetzt wurde eine Schülervertretung gewählt unter der Forderung nach 12 Berufsschulstunden an zwei arbeitsfreien Wochentagen.

In Oldenburg gibt es zwei Schülerzeitungen, die bei den Schülern verankert sind. Jetzt wurde bei der einen im Büro der Redaktion eingebrochen und alles durchsucht. Gegen die Schülerzeitung „Knoblauch" ist eine Hetzkampagne durch Leserbriefe in der bürgerlichen Presse angezettelt. Solche Zeitungen können ein gutes Mittel sein, um die Kämpfe an der Schule zu vereinheitlichen, zu führen und die politische Lage zu erörtern und auch zu klären. Die Schüler brauchen solche Instrumente, denn sie wissen selbst, Bombendrohungen bringen nicht die Fünfen und Sechsen vom Tisch. – (Bezirk Weser-Ems/N-Red.)

Was soll es unserer Einheit schaden, wenn der Ministerialrat nur 1, 2, höchstens 3 Prozent bekommt?

ÖTV-Tarifkommissariat Niedersachsen einig mit Maihofer?

Das Sekretariat der ÖTV Niedersachsen hat Materialien zur Aufstellung der Forderung für die Lohnauseinandersetzung erstellt. Wie in jedem Jahr, bevor dann letztendlich die „Einheit" – der berüchtigte Kompromiß – mit dem Dienstherrn hergestellt wird – falls nicht die Mitgliederbewegung den notwendigen Kampf um den Lohn erzwingt –, beschwören die führenden Sozialdemokraten in der Gewerkschaft die „Einheit".

Bislang beschränkten sich diese Gewerkschaftsstrategen dabei hauptsächlich auf die Art der Forderung, wobei sie vor allem argumentierten, gegen Festgeld – die Dienstherren wollten das nicht. Der Hauptvorstand selber kann's ja nicht prinzipiell sein, hatte er doch z.B. vor zwei Jahren eine 135 DM-Festgeldforderung aufgestellt.

Dieses Jahr sei das noch anders: Ursache und Lösung für diese „Spannungen", die „der Einheit unserer Organisation schaden": Es ist „die Art der Einkommensentwicklung". „Daher sollte zur Stärkung der Organisation, zur *Durchsetzung* der (Lohn)forderungen, im Sinne einer gerechteren Bewertung der Arbeit und der Leistungen" das „Lohn- und Vergütungssystem grundlegend geändert werden", und zwar so, wird ausgeführt in dem Papier, daß es in die einzelnen Bestandteile „Grundeinkommen, Eingruppierung, besondere Einkommensbestandteile und Sozialbestandteile" zerlegt werden kann, ausgerichtet damit auf die „Tätigkeit, Leistung, die Ausbildung und die Bedürfnisse (Lebensstandard)".

Das riecht verdammt nach genereller Einführung von Akkordlohn etc., nach Reduzierung des jetzigen Tarifs auf den Grundlohn ohne Ortszuschlag; das riecht verdammt nach noch mehr Überstunden, weiterer Rationalisierung, dafür werden die Dienstherrn durch das Anziehen der Akkordschrauben schon sorgen.

Akkord ist Mord. Das wissen die Arbeiter. Sie fordern deshalb Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich (Beschluß des IGM-Gewerkschaftstages).

Und wer tischt uns in der Regel diese Art Gerechtigkeit auf? – Z.B. Minister

rung, dafür werden die Dienstherrn durch das Anziehen der Akkordschrauben schon sorgen.

Akkord ist Mord. Das wissen die Arbeiter. Sie fordern deshalb Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich (Beschluß des IGM-Gewerkschaftstages).

Und wer tischt uns in der Regel diese Art Gerechtigkeit auf? – Z.B. Minister

Maihofer zur Festgeldforderung von 135 DM im Jahre 1976: „Sie müssen sich immer darüber klar sein, daß hier der immer viel zitierte Ministerialrat, der bei dieser Lösung ja mit wenigen 1, 2 höchstens 3 Prozent wegkäme, daß der z.B. kein Wohngeld bekommt, daß der auch keine Ausbildungsbeihilfen für seine Kinder bekommt. Das bedeutet, daß er z.B. das Studium seiner Kinder voll aus eigener Tasche finanzieren muß, während die unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen hier voll nun das Studium durch den

Stellungnahme des Hauptvorstandes ÖTV zum Tarifkampf

Westberlin. Der ÖTV-Bezirksvorsitzende in Westberlin, Heinz Hackbarth, kündigte auf einer Personalversammlung des Bezirksamtes Kreuzberg an, daß der Hauptvorstand der ÖTV am 16.12.1977 zu einem Forderungsvorschlag öffentlich Stellung nehmen wird.

Staat finanziert erhalten. Daß diese ganzen Ausgewogenheiten heute, daß die eigentlich zerstört würden durch eine solche Entwicklung ... Aber viel schlimmer ist noch, daß damit die Leistungsdiffenzierung unseres Bezahlungssystems abgebaut würde, vor allem zwischen unteren und mittleren Gruppen würde das bedeuten, daß eigentlich die Differenzierungen radikal nivelliert würden."

Wir erlauben uns, hier nochmals darauf aufmerksam zu machen, wie es dem armen Ministerialrat ergeht, damit Maihöfer auch klarsieht, daß er damit dieses Jahr nicht zu kommen braucht: ein Prozent gleich 135 DM beim Herrn Ministerialrat, das setzt ein Monatsgehalt von 13500, in Worten dreizehntausendfünfhundert DM, wohlgemerkt im Monat, voraus, „höchstens drei Prozent" immerhin auch noch 4500 DM im Monat, nicht gerade das Gros der Löhne in öffentlichen Diensten.

Aber was viel schlimmer ist? – seit 1972 laboriert die Bourgeoisie öffentlich mit der Lohnform im öffentlichen Dienst, noch länger geht sie damit schwanger, mit der Reform des öffentlichen Dienstes nämlich. Mittlerweile wissen wir schon besser, was es mit diesen Reformen auf sich hat – Rentenreform – Krankenversicherungsreform – Schulreform usw. usf.

Aber was viel schlimmer ist? – seit 1972 laboriert die Bourgeoisie öffentlich mit der Lohnform im öffentlichen Dienst, noch länger geht sie damit schwanger, mit der Reform des öffentlichen Dienstes nämlich. Mittlerweile wissen wir schon besser, was es mit diesen Reformen auf sich hat – Rentenreform – Krankenversicherungsreform – Schulreform usw. usf.

Mit dem Ministerpräsidentenerlaß von 1972 zur politischen Entrechtung auf Grundlage des Beamtenrechts unter Vorsitz des damaligen Kanzlers Willy Brandt sollten die nötigen politischen Voraussetzungen geschaffen werden u.a. für diese Reform. Mit dem Kampf um die politischen Rechte haben die Beschäftigten jedoch sofort den Kampf gegen die Schwarz-Thesen (damals Vorsitzender der Innenministerkonferenz), gegen die Genscher-Thesen (in dessen Zeit als Bundesinnenminister) und auch gegen die Maihoferschen Pläne zur „Reform" des öffentlichen Dienstes aufgenommen. Eigentlich hört man offiziell auch so viel nicht mehr von den Thesen. Deshalb.

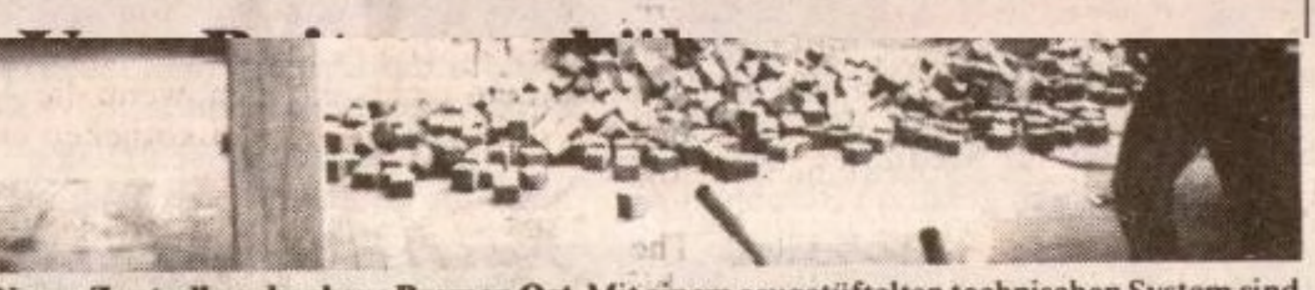
Heißt das, daß die Pläne vom Tisch sind? Ihre Durchführung ist notwendiger denn je: die übrigen „Reformen" des bürgerlichen Staates werden von der Arbeiterbewegung bekämpft – die Schulreform, die Plünderung der Versicherungskassen, das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, das Energieprogramm usw. Die Beschäftigten in öffentlichen Diensten sind aktiver Teil dieser Kämpfe. Die ihnen zugedachte Aufgabe ist aber die Durchsetzung dieser Reformen. Daß dies nicht geklärt ist, ist für die Bourgeoisie ein unerträglicher Zustand. Wie soll sich auch die westdeutsche Monopolbourgeoisie auf dem Weltmarkt in der Konkurrenz um weitere Expansion behaupten, wenn sie das Personal für ihre Plünder- und Unterdrückungspläne im Innern nicht haben, ihm zumindest nicht über den Weg trauen können.

Die Pläne können also nicht in der Schublade ruhen. Ihre Verwirklichung ist schon im Gange. Immer nach bzw. zusammen mit größerem Lohnraub, dann nämlich, wenn die selbständige Bewegung in öffentlichen Diensten durch eine Niederlage im Lohnkampf geschwächt ist, geht die Bourgeoisie damit voran. Letztes Jahr mit den Krankenpflegeschülern und den auszubildenden Beamten in allen Diensten.

Dieses Jahr werden sie deutlicher, was noch viel schlimmer ist – der „Partner" ist schon dabei.

Die Masse der Beschäftigten nicht. Die entschlossene Vorbereitung und Führung des Lohnkampfes wird die Verwirklichung dieser „Reform" unterbinden müssen, die Folgen sind sonst einigermaßen gravierend für die gesamte Arbeiterbewegung. – (N-Red.)

Neues Zentralkrankenhaus Bremen Ost. Mit einem asugetüftelten technischen System sind Pflegepersonal und Patienten vollständig getrennt. Schon vor der Eröffnung haben Gegner des Krankenvernichtungsprogramms dem Ehrenbergplan den Kampf angesagt.



Neues Zentralkrankenhaus Bremen Ost. Mit einem asugetüftelten technischen System sind Pflegepersonal und Patienten vollständig getrennt. Schon vor der Eröffnung haben Gegner des Krankenvernichtungsprogramms dem Ehrenbergplan den Kampf angesagt.

Nach den Rentenkürzungen: Von Beitragserhöhungen wird ganz offen gesprochen

Als die Bourgeoispolitiker von SPD, FDP und CDU zielstrebig und sich gegenseitig antreibend die Maßnahmen zur „Sanierung der Rentenfinanzen" über die Bühne brachten, schrieben wir in der Kommunistischen Volkszeitung, daß sie die „Endlösung der Rentnerfrage" betreiben. Die ausgekochte Gemeinheit der Bourgeoisie kennt keine Grenzen. Man werde nicht daran vorbeikommen, das erreichte Rentenniveau durch Beitragserhöhungen abzusichern, leitet der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Gutachten den nächst geplanten „Sanierungsschritt" ein. Die Bourgeois spekulieren darauf, daß, zeichnet sich die Wirkung der Rentenkürzungen in aller Deutlichkeit ab, sich die Sorge der Lohnabhängigen um ihre alten Klassengenossen in bare Münze, erhöhte Beiträge, umsetzen läßt. Und arbeiten gleichzeitig an der weiteren Kürzung der Renten.

„Bundesbank: Rentenloch so groß wie nie!" tönte es am 20.11. in der „Welt am Sonntag" mit Schlagzeile auf Seite 1 heraus. Die Bundesbank, das Institut der Deutschen Wirtschaft und der Verband der Rentenversicherungsträger, in dem die Kapitalistenvertreter und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sich die „Selbstverwaltung" teilen, haben übereinstimmend vorgeschlagen:

– Die Anpassung der Renten an die Netto- anstatt wie bisher an die Bruttolöhne, was nichts anderes heißt, als daß die Rentner ebenfalls die unerträglichen Abgaben durch Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge zu spüren bekommen sollen.

– Den Krankenversicherungsbeitrag für Rentner, hier wird inzwischen über eine Höhe von 14% der Renten verhandelt.

Das „Rentenloch"

Das Rücklagenvermögen der Arbeiter- und Angestelltenversicherung hat sich, nachdem es in den Jahren zuvor angewachsen war, 1975 um 1,4 Mrd. DM und 1976 um 7,2 Mrd. DM auf 35,8 Mrd. DM verringert. Der Verband der Rentenversicherungsträger geht in einer Modellrechnung davon aus, daß es 1977 um weitere 10,2 Mrd. DM und 1978 um 8,4 Mrd. DM zusammenschrumpfen und Ende 1978 noch gerade 17,2 Mrd. DM – 2,1 Monatsausgaben – betragen wird. Daß das „Rentenloch" existiert, als leibhaftige Gefahr für die Rentner, ist also allzu wahr. Daß die Kapitalisten, um nichts weniger besorgt als um die Existenz der alten Arbeiter und Angestellten, sich den Kopf darüber zerbrechen, wie das „Rentenloch" wieder aufgefüllt werden könne, hat handfeste Gründe. Nur der geringste Teil des gewaltigen Geldstockes der Rentenversicherungen steht diesen als liquide Mittel zur Verfügung. Ansonsten bedienen sich, mit Krediten und Darlehen die Banken, mit Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen, Hypotheken und Grundschulden der bürgerliche Staat, und, getarnt als „Förderung des sozialen Wohnungsbaus", mit Krediten usw., die Baukapitalisten.

Rücklagevermögen (Mrd. DM)

	1973	1974	1975	1976	1977*	1978*
Rücklagevermögen	40,0	44,3	43,0	35,8	25,5*	17,2*
Anleihen auf das Rücklagevermögen	27,20	29,59	31,78	29,83		

Wovon nehmen, rechnet das Bourgeoishirn, wenn das Rücklagenvermögen auf 25,5 Mrd. DM oder gar 17,2 Mrd. DM sinkt? Sollen wir etwa die Schulden zurückzahlen, auf die Zinsen verzichten, zinsträchtiges Kapital in Lohn zurückverwandeln? Also her mit Beitragserhöhungen, die die Kassen füllen! Her mit der Anpassung an die Nettolohnentwicklung, die im Jahr immerhin an die 2 Mrd. DM „bringen" dürfte! Her mit dem Krankenversicherungsbeitrag für Rentner, der, würde er jetzt eingeführt in Höhe von 14%, innerhalb von 12 Monaten rund 13 Mrd. DM aus den Taschen der Rentner in die Kassen der Banken umlenken würde!

Viele „Rentenlöcher"

So bedeutend die Summen sind, die sich die Kapitalisten aus den Rentenkassen „entleihen", sie erklären, da sie ja weiterhin zum Rücklagenvermögen der Versicherungen gerechnet werden, zwar den Drang der Bourgeois, das „Rentenloch" mit an Unterernährung und mangelnder medizinischer Versorgung gestorbener Rentner zu füllen, nicht aber das „Rentenloch" selbst.

Die Rentenversicherung und damit der alte Arbeiter ist, solange die Kapitalisten nicht dazu gezwungen werden können, selbst für die Kriegskosten ihrer Produktion aufzukommen, und solange die Lohnabhängigen sich nicht die Selbstverwaltung über die Kassen erkämpft haben, unmittelbar abhängig von der Entwicklung der kapitalistischen Produktion. Die kapitalistische Krise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit entzieht der Rentenversicherung Milliardensummen, die den Rentnern am Leben fehlen.

Weiter. Der imperialistische Staat schiebt der Rentenversicherung ständig Aufgaben zu, die mit ihrem Zweck, der Altersversorgung der Lohnabhängigen, nichts zu tun haben, wohl aber damit, daß die Kapitalistenklasse auf diese Weise die Bezahlung weiterer von ihr verursachter Kosten abschiebt, so z.B. bei den Rehabilitationsmaßnahmen, d.h. dem Zusammenflicken der in der Profitproduktion verletzten und verstümmelten Arbeiter. Zum Ausgleich dafür konnte der bürgerliche Staat dazu gezwungen werden, Zuschüsse in die Rentenversicherung zu zahlen. In den Jahren 73 bis 76 haben die verschiedenen sozialdemokratischen Arbeitsminister verfügt, rund 5,5 Mrd. DM davon bis Anfang der achtziger Jahre zurückzuhalten, als – teilweise zinslose – Kredite. 2,5 Mrd. DM der vorenthaltenen Zuschüsse werden, obwohl sie niemals eingegangen sind, bei der Rentenversicherung als „Einnahmen" verbucht (1975).

Weiter. In den Jahren 1971 bis 1976 haben die Rentenversicherungen, die die Krankenversicherungsbeiträge für Rentner im voraus zahlen, auf diese Weise 14,362 Mrd. DM zuviel gezahlt, die ihnen hätten zurückgezahlt werden müssen. Arendt und Ehrenberg haben die Rückzahlung verhindert, inzwischen ist sie ganz gestrichen.

Weiter. Die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten zahlten ab 1973 8,8 Mrd. DM an die knappschaftliche Rentenversicherung bzw. als knappschaftlichen Krankenversicherungsbeitrag. Entsprechende Gesetze, die das bis 1973 geregelt hatten, weil vor zehn, zwanzig Jahren viele Bergarbeiter den Beruf wechselten, wurden 1973 „zur Entlastung des Bundeshaushalts" einfach verlängert.

Das „Loch" in die Rentenkassen wird durch den bürgerlichen Staat selbst gerissen

Füllen sollen es die Lohnabhängigen in Arbeit und die Lohnabhängigen in Rente. Darum gibt es Kampf. Der Hauptvorstand der ÖTV hat sich aufgrund der wachsenden politischen Front der Beschäftigten im öffentlichen Dienst dazu gezwungen gesehen zu fordern, daß „die Versicherten ... die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger allein übernehmen (sollten)" (siehe ÖTV-Magazin vom 11.11., dazu Kommunismus und Klassenkampf 11/77). Die Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft hat auf ihrem Gewerkschaftstag im September die Forderung erhoben, daß die Kapitalisten die Versicherungskosten (zumindest für die unteren Lohngruppen) selbst bestreiten sollen. Ob die Kapitalistenklasse das „Rentenloch" auf ihre Art füllen kann, hängt allein davon ab, ob die Arbeiterklasse diese ihre Forderungen durchsetzen und der Herrschaft der Bourgeoisie über ihre Kassen ein Ende bereiten kann. – (Z-Red.)

GEW-Mitgliederversammlung: Ausbildung nach Tarif

Bremen. Die Mitgliederversammlung der GEW Bremen Ost faßte auf ihrer Sitzung am 21.11. u.a. folgende Beschlüsse:

„– Keine Kürzung der Anwärterbezüge
– Tarifvertragliche Regelungen für die Auszubildenden auf Grundlage des BAT
– Anwärterbezüge mindestens in Höhe von 2/3 von A 13
– Einbeziehung in alle Zweige der Sozialversicherung
– Arbeitslosengeld auf Grundlage des zu erwartenden Eingangsgehaltes
– Einspruchsrecht des Ausbildungs-Personalrats bei Einstellungen und Entlassungen.

In Unterstützung des Personalversammlungsbeschlusses der Lehrerrefendare vom 14.11. fordern wir den GEW-Landesvorstand auf, auf seiner nächsten Sitzung die Durchführung einer öffentlichen Informations- und Protestveranstaltung in der 3. Dezemberwoche (12.12. – 16.12.) zu beschließen und diese Veranstaltung gemeinsam mit der ÖTV, möglichst auch mit den betroffenen Personal- und Ausbildungspersonalräten zu organisieren und vorzubereiten."

Fachgruppe Sonderschulen der GEW Hildesheim zur Tarifrunde

Hildesheim. „Die Fachgruppe Sonderschulen in der GEW, Kreisverband Hildesheim, begrüßt die Zusammenarbeit mit der ÖTV bei der Aufstellung von Lohn- und Gehaltsforderungen und fordert für die anstehende Tarifrunde die direkte Teilnahme der GEW. Entsprechend dem Beschluß der Landesvertreterversammlung in Wolfsburg 1976 fordern wir den Landesvorstand auf, sich für eine Festgeldforderung einzusetzen und zwar in dieser Tarifrunde für 220 DM für alle gleich. Da durch die Steuerprogression immer ein ganz beträchtlicher Teil wieder genommen wird, ist es notwendig, zusammen mit der Forderung nach 220 DM einen Steuerfreibetrag von 1500 DM zu fordern ... Da die nebenberuflichen Lehrkräfte seit 1973 keine Lohnerhöhungen mehr erhalten haben, ist es unbedingt notwendig, daß sie in die Tariferhöhung mit eingeschlossen werden." Diese Resolution wurde einstimmig beschlossen und dem Vorstand, dem GEW-Info und der „Erziehung und Wissenschaft" zugeleitet.

Brief an Maihofer

Westberlin, Bezirksamt Wedding: „Bei Abschluß der letzten Tarifverhandlungen Anfang März 1977 sprachen Sie laut Presseberichten in bezug auf das Verhandlungsergebnis von einem ,fairen Kompromiß, der auch unter Berücksichtigung der Haushaltslage und der wirtschaftlichen Situation akzeptabel' sei. Bereits bei Abschluß des Tarifvertrages war aber

Brief an Maihofer

Westberlin, Bezirksamt Wedding: „Bei Abschluß der letzten Tarifverhandlungen Anfang März 1977 sprachen Sie laut Presseberichten in bezug auf das Verhandlungsergebnis von einem ,fairen Kompromiß, der auch unter Berücksichtigung der Haushaltslage und der wirtschaftlichen Situation akzeptabel' sei. Bereits bei Abschluß des Tarifvertrages war aber
klar, daß die Nettosumme, die die Masse der Kollegen in den unteren und mittleren Tarifgruppen erhalten, nicht einmal bis in den Sommer reichen würde, um die stetigen Preis- und Gebührenerhöhungen ausgleichen zu können, nachdem der Bruttolohn durch die Steuerprogression bereits erheblich aufgefressen war. Nach Zahlen des Statistischen Landesamtes betrug die Preissteigerungsrate im Oktober 1977 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres 4,1%. Die alltäglichen Erfahrungen beim Einkauf grundlegender Lebensmittel und Konsumgüter lassen auf erheblich höhere Preissteigerungsraten schließen. Einschneidende finanzielle Mehrbelastungen ergeben sich aus den bereits vorgenommenen oder noch zu erwartenden Tarif- und Gebührenerhöhungen. So hat in Berlin die BVG ihre Tarife ab 1.8.1977 im Durchschnitt um 23% erhöht. Die Miete für Altbauwohnungen stieg ab 1.7.1977 um 8%, der Wasserpreis wird zum 1.1.1978 um 5,5% steigen. Des weiteren sollen die Kosten für Straßenreinigung zum 1.1.1978 um 7,5%, für Müllabfuhr um 16,5% und die Preise des Spandauer Vieh- und Schlachthofes um ca. 11% angehoben werden. Laut Tagesspiegel-Bericht vom 22.2.1977 betonte Herr Krumsiek (Vorsitzender der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände), daß übermäßige Lohnsteigerungen den Gemeinden die Arbeitsplätze gefährden und den Rationalisierungsdruck verschärfen könnten. Unsere Erfahrungen in diesem Jahr lehrten uns, daß neben Lohneinbußen für die Masse der Beschäftigten die Arbeitsbelastung durch Rationalisierung, durch die Nichtbesetzung jeder zweiten freiwerdenden Stelle bis 31.12.1977 und durch Nullstellenplan erheblich zugenommen haben. Uns wundert dies nicht, denn durch den spalterischen Prozentabschluß wurden die höheren Beamten direkt zu diesen Maßnahmen ermuntert. Uns geht es in den kommenden Tarifkämpfen darum, dem fortschreitenden Lohnabbau Einhalt zu gebieten. Es muß deshalb eine hohe Festgeldforderung von 220 DM sein, damit Kollegen, vor allem der unteren Lohngruppen, nicht länger auf Erholungsurlaub, ausreichende Reproduktionsbedingungen verzichten bzw. Schulden machen müssen.

Wir fordern Sie auf: 1. in den kommenden Tarifauseinandersetzungen auf die Ihnen unterstellten Vertreter der öffentlichen Arbeitgeber einzuwirken, so daß Äußerungen der oben genannten Art unterbleiben; 2. uns umgehend eine Stellungnahme zukommen zu lassen." Bisher unterschrieben von fünf Beschäftigten.

Spaltung, Drohung, Lüge und faule Versprechungen

Eine gemeinsame Erklärung der sozialliberalen Hochschulminister

Die Minister Rohde (Bonn), Glotz (Westberlin), Franke (Bremen), Biallas (Hamburg), Krollmann (Hessen) und Rau (NRW) haben sich in einer gemeinsamen Erklärung an die Studenten gewandt. Was sie erklären, ist ihre Taktik zur Niederhaltung der Streikbewegung der Studenten.

Zunächst biedern sich die Herren billig an. „Dem studentischen Protest" wird ministeriellerseits ein „sachlicher Kern" bescheinigt. Dann auf „die Politiker und Publizisten, die Stimmung gegen die Hochschulen machen und sich auf dieser Stimmungswoge zur Popularität tragen lassen" gewettert, weil sie „die politische Verantwortung verweigern". Man sieht schon, Anbiederung und Drohung sind da eins.

Wer nicht auf die SPD setzt, dem kommt die CDU auf den Hals und dann wird's finster. Wieso die Schwarzen mit ihrer „Stimmungsmache" für die verschärfte Unterdrückung allerdings „populär" sein sollen, erschließt sich nur einem Bourgeoispolitiker, der seine Klasse für die gesamte Population hält und ein ängstlicher Unterton, hernach mit der „politischen Verantwortung" ganz allein vor der Monopolbourgeoisie zu stehen, schwingt auch schon mit. Aber immerhin, ein Angebot, aber nur, wenn die Studenten sich enthalten, „der irrationalen Politik von rechts die unpolitische Selbstisolierung auf dem Campus entgegenzusetzen", indem sie sich „von militanten Minderheiten leiten lassen" oder gar zur „gewaltsamen Behinderung des Hochschulbetriebes" übergehen.

Nachdem derart die Verhältnisse klargestellt sind, die Drohung mit Relegation ausgesprochen ist, entfalten die sozialliberalen Minister ein 6-Punkte-Programm, über das sie sich gerne „auseinandersetzen" würden: „Wir nehmen die Probleme der Studenten ernst" – was bleibt ihnen als verantwortlichen Ministern, denen ein Streik ins Haus steht, auch anderes übrig? „Wir nehmen ernst, daß Sie sich gegen Lernformen wenden, die durch sachwidrige Notenkonkurrenz zu einem falschen Notendruck führen", etwa so ernst, wie der Westberliner Senator und als Staatssekretär im Wissenschaftsministerium Autor des HRG Glotz, der nicht nur die Zwischenprüfungen verschärft, sondern über das HRG hinaus jeden einzelnen Schein individuell und unter Ausschöpfung der ganzen Notenskala bewertet wissen will. „Richtiger" Notendruck ist vollständiger Notendruck. Klar, daß gedroht wird, bei Streik keine Scheine zu vergeben.

„Wir werden, über die im Wintersemester bereits erreichten Verbesserungen hinaus, die Struktur der Ausbildungsförderung mit dem Ziel überprüfen, die wirtschaftlichen Probleme der durch das BAFöG nur teilweise geförderten Studenten zu vermindern." Die „wirtschaftlichen Probleme", die für die Studenten Arbeit nebenher (54%) und Verzicht auf die notwendigen Lebensmittel bedeuten, sollen dann mit Krediten bei den Banken gelöst werden. Das löst bei den Banken, die von dem Geld zuviel haben, weil kein Kapitalist es verwerten will, ebensoviele Probleme, wie es sie bei den besitzlosen Studenten schafft.

So geht es in dem ganzen Dokument. Sei es beim Punkt Verfasste Studentenschaft, die natürlich garantiert wird, sozialliberal, wie in Westberlin, wo die Rektoren und der Senat weisungsbefugt sind, die VV nicht, und wo die Professoren von wegen ihrem „Sachverstand" gleich selbst die Kasse führen sollen. Oder die „Öffnung der Hochschulen, damit die geburtenstarken Jahrgänge eine qualifizierte Ausbildung erhalten". Wo dann die Hälfte der zum Studium gelangten „geburtenstarken Jahrgänge" mittels Prüfung zur Strecke gebracht werden soll, als Stachelung der Konkurrenz. Und schließlich wollen die Minister „darauf hinwirken, daß eine ausreichende Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen geschaffen wird", etwa wie im Praktischen Jahr für Mediziner, oder Teilzeitstellen und gekürzte Bezahlung für Referendare und Rückstufungen für Lehrer. „Die Studenten sollen lieber mehr Pädagogik und Volkswirtschaft studieren als A 13" hat Senator Glotz neulich im Fernsehen gesagt.

Zum Ordnungsrecht äußert man sich auch. „Wir werden uns dafür einsetzen, daß das Ordnungsrecht nicht zur Behinderung freiheitlicher und demokratischer Meinungs- und Willensbildung gebraucht werden kann." Zur Relegation, weil man Streikposten aufgestellt oder einem Professor einen Schein abverlangt nach einem Streik, schon, denn was hat das mit Meinungsbildung zu tun, der Professor hatte bereits eine Meinung und den Willen auch.

Nette Angebote das. Wer soll damit gefangen werden. Die Flut solcher anbiedernder Offerten ist neu. An der PH in Westberlin hat der Senator trotz Absage durch den AStA nicht aufgegeben. Die Sozialdemokraten wollen ihre Verantwortung wahrnehmen. Dabei müssen sie ideologisch Boden gewinnen. Lange Artikel im „Stern" und „Spiegel" geben Raum, Verständnis für die „verzweifelte Jugend", die traurigen Studenten zu heucheln. Spaltung der Bestrebungen im Volk gegen die Kapitalisten und ihren Staat gehört zu den vornehmsten Pflichten der Sozialdemokratie. Wen also wundert's, daß die VDS-Vorstands-Sozialdemokraten und -Revisionisten anbeißen? „Die VDS begrüßen die Erklärung der Wissenschaftsminister der sozialliberal regierten Länder, die die Möglichkeit zu einem konstruktiven Dialog aufzeigt", erklären sie gegenüber der Rektorenkonferenz. Was Wunder noch, daß diese Vorstände „es während des Streiks keineswegs als unsere Aufgabe ansehen, Studenten, die Lehrveranstaltungen besuchen wollen, daran zu hindern". „Novellierung des HRG" statt Kampf für die Rechte der Studentenmassen ist ihr Ziel. Wie sollten sie den Streik nicht schon vor Beginn für das Linsengericht fauler Versprechungen verkaufen?

Zum „konstruktiven Dialog" gehört, die Studentenbewegung an der Entfaltung ihres selbständigen Kampfes zu hindern. Und solange es ihnen gelingt, die Einheit für die Kampfrechte und Interessen der Studentenmassen, für Koalitionsrechte und Streikrecht, für die Bezahlung der Arbeitskraft in Ausbildung zu hintertreiben, haben sie Aussichten. Mit ihren Novellierungsangeboten und mit der Drohung mit der schwarzen Reaktion.

Doch die Minister schreiben es selbst: „Die Zukunft der Hochschulabgänger kann nur innerhalb der gesamten Arbeitnehmerschaft liegen". Sie mögen meinen, eine Zukunft von Unterdrückung, Lohnraub und Zwangsarbeit. Die Studentenbewegung sucht in der Vorbereitung des Streiks die Verbindung mit der Arbeiterbewegung. Unterrichtung über die Ziele des Kampfes, Unterstützung der Kämpfe der Arbeiter und des Volkes, Enthüllung über die Hochschulen werden vorbereitet. So gesehen, ist die Zukunft für die streikenden Studentenmassen besser als für die sozialdemokratischen Spalter und Minister.–(KHG-Westberlin)

Ergebnisse der Urabstimmung für bundesweiten Streik an den Hochschulen

Bezirk / Hochschule	bet. Stud.	in %	Ja-Stim.	in % d. Bet.	Nein-Stim	in % d. Bet.	Enth. u. ung.
Kiel Holstein							
Kiel Uni			2665		1607		
Kiel FH (gesamt)		62,8	1142	47,7	347	23,1	13
Kiel PH			464	38,7	686	57,3	47
Flensburg PH		62,3	272	50,8	221	41,2	49
Hamburg Unterelbe							
Hamburg Uni	14185	51,2	8968	63,2	5014	35,3	203
Hannover							
Hannover TU	6402	44	3611	56,4	2429	37,9	
Hannover FHS f. Maschb.	1439		746	51,8	304	21	
Hannover FH Prod.gest.		57		92		7	
Bremen Unterweser							
Bremen Uni		50		71,2		25,5	3,2%
Bremerhaven HfT		82		57		43	
Bremen HfT		88,3		45,5		53,4	1,1%
Bremen HfGest.		79,8		60,1		30,3	9,6%
Bremen HfW		80,7		74,8		20,2	4,8%
Bremen HfSS		76,2		65,8		33,8	
Weser Ems							
Wilhelmshaven FHS		76,1	651	79,1			
Oldenburg FHS		80		60		37	
Osnabrück Emsland							
Osnabrück Uni		57	786	62	432	34	44
Osnabrück FHS	1325	67,2		71,7		26,9	1,4%
Westberlin							
TU	7755		5929	66,1	1795	23,1	31
TFH	1684	54	1207	71,6	449	26,6	
FHH	1798		1296	72,5	473	25,9	29
PH			917		177		
Südostniedersachsen							
Braunschweig TU		59,5	2958	55,6	2319	43,6	
Braunschweig FHS	1043	70,4	720	69	301	28,8	22
Ostwestfalen Bielefeld							
Bielefeld Uni	3360	57,1	1990	60,9	1216	37,2	62
Lippe FH	1501		1067	71	335	22,3	12,7%
Lippe PH	1003	40,8	726	72,4	260	26,6	10
Dortmund Westl. Westfalen							
Dortmund Uni		47,0	1233		1180		
Dortmund PH	2284	35,8	1243	54,3	1035	45,5	0,2%
Dortmund FHS	2387		1624	68	569	23,4	194
Essen Rhein Ruhr							
Essen GHS	4961	45,6	3156	63,6	1619	32,6	186
Essen FB Medizin	551	65,2	289	52	253	46	9
Bochum Klinik				38		60	
Bochum Vorklinik	720	65,7	325	45,1	391	54,3	4
Duisburg GHS	2602	40	2058	79,1			
Kassel Nordhessen							
Kassel GHS	3560	62,5	2658	76,2	842	23,8	21
Kassel FB Medizin	1153	61	733	63,6	399	34,6	21
Marburg Med. Fak.	1159	61	733	38,5	399	21	21
Gießen Mittelhessen							
Gießen FB Medizin	838		400	47,7	434	51,8	4
Gießen Uni	6979	47,4	4325	63	2177	31,2	311
Frankfurt							
Frankfurt FB Medizin	1456		1036	71,2	400	27,5	20
Mainz Rheinhessen-Nahe							
Mainz Uni	7643	40,2	4039	52,8	3520	46	84
Mainz FH I		52,4		82,6		11,5	
Mainz FH II				73			
Darmstadt Südhessen							
Darmstadt TH	6403	57,8	4137	64	2002	31,3	264
Ludwigshaf./Rheinh.-Pfalz							
Kaiserslautern Uni		61,4		85			
Köln							
Köln Uni	5829	27	4186	71,8	1558	26,7	85
Köln Med. Fak.	1012	41	515	50,9	487	48,12	10
Köln PH	1712	45,5	1103	64,4	609	35,6	
Köln Abt. Heilpäd.		44,3		57,4		41,7	
Köln Sporthochschule	1030	35,4	875	85			
Köln FHS		49,8		73			
Bonn PH		29		56		42	
Aachen							
Aachen Klinik	294		132	44,9	157	53,4	5
Aachen TH	8331		4330	51,9	3847	46,2	154
Aachen PH	1200	44,4	713	59,4	468	39	18
Aachen FHS	2686	53,2	1989	74	676	25,2	21
Koblenz							
Koblenz FHS		83,9		78,7		20,9	
Erz.wiss. Hochsch.	606		379	62,4	200	33	27
Trier							
Trier Uni	1612	47,12	1322	82	263	16,3	1,5%
Saarbrücken Saarland							
Saarland Uni		46		78			
Unterer Neckar							
Mannheim Musikh.	103		54	52,4	32	31,1	17
Weingarten PH	675		262	38,8	320	47,4	71
Mittlerer Neckar							
Stuttgart FHS für Bibl.	279	84,7	110	39,2	162	58,2	7
Ludwigsburg	1270	57,1	1084	85,5	127	10	59
Mittelfranken/Oberfranken							
Erlangen Phil.Fak.	1208		884	73,2	322	26,7	2
Erlangen Mathe Physik	377		204	54,1	172	45,6	1
Erlangen Theologie			132		224		
Nürnberg FHS			1373	69,2	591	29,8	

An den Hochschulen in Westberlin, München, Göttingen wird die Urabstimmung für bundesweiten Streik weiter durchgeführt. In Frankfurt und Freiburg beginnt sie. In Heidelberg soll auf einer Vollversammlung am Montag Beschluß für die Durchführung der Urabstimmung gefaßt werden.



Bürgerliche Studenten mit Kohl in der Stadt für „freie" Uni

Im goldigen Wichs Corps Leonesia auf der Polizeistation zum „Lehrgespräch"

Abstimmung in Frankfurt für die Durchführung der Urabstimmung

Polizeieinsatz gegen Büchertische in der Mensa

Aufrufe zum Streikbruch

„... vorbei an den Streikposten in die Vorlesung ..." RCDS-Bundesvorsitzender Pflüger:

„Im Rahmen des Streiks ist eine gewaltsame Eskalation an den Hochschulen vorhersehbar, (denn) die RCDS-Mitglieder werden unabhängig vom Ausgang der Urabstimmungen vorbei an den Streikposten in die Vorlesungen gehen. Falls sie daran gehindert werden sollten, werden sie an die zuständigen Stellen herantreten, damit diese dafür sorgen, daß der normale Vorlesungsbetrieb ungestört durchgeführt werden kann."
(VDS/Press 5/77)

„... Der Streik findet auf der Kläranlage statt ..." Westermann (Juso), Braunschweig:

In der Vorlesung Siedlungs- und Wasserwirtschaft im Fachbereich Bau auf die Frage des Professors, ob der Streik stattfindet:

„Der Streik findet auf der Kläranlage statt." Gemeint ist damit eine Exkursion, die während des Streiks stattfinden soll zur Kläranlage, und die als Alternativveranstaltung propagiert wird.

„... so trollt man sich und läßt die Vorlesung stattfinden ..." LHV, Auszug aus lhv-forum Kiel:

„... Mit dem, was man gemeinhin als aktiven Streik bezeichnet, gibt es sicherlich einige Legitimationsprobleme, denn z.B. beim Sprengen einer Veranstaltung werden Rechte derjenigen verletzt, die unbedingt zuhören wollen ... Aber jeder muß einsehen, daß Minderheitenschutz dann zur Farce wird, wenn sie kein schützenswertes Interesse vorweisen kann ... Oft sitzen nämlich fachfremde Provokateure von rechts in den Vorlesungen, und pochen auf ihr Recht, die Vorlesung zu hören, obwohl sie gar nichts darin zu suchen haben ... " „... Dieses Plädoyer für das ‚Sprengen' soll aber nicht heißen, daß man das Recht hat – gestützt allein auf das Urabstimmungsergebnis –, die Vorlesung zu stürmen und die Kommilitonen an die Luft zu setzen. Legitim und vernünftig dürfte es jedoch sein, am Anfang einer Veranstaltung die Studenten auf den Streik und ihre mangelnde Solidarität aufmerksam zu machen. Ergeben sich in der Diskussion dann Gründe, daß die Veranstaltung wirklich unbedingt stattfinden muß, der Professor verweigert z.B. die Scheinvergabe, oder er weigert sich unter Androhung von Ordnungsmaßnahmen, die Vorlesung zu beenden, so trollt man sich und läßt die Vorlesung stattfinden. Der Erfolg eines Streiks hängt nicht davon ab, wieviele Vorlesungen man gesprengt hat, sondern davon, wieviele Leute man zum kritischen Nachdenken gezwungen hat ... "

LHV-Hamburg stützt sich auf eine Erklärung von MSB, SHB, Jusos für Streikbruch

„Kurse und Praktika finden auf jeden Fall statt. Diskussionen in anwesenheitspflichtigen Veranstaltungen wird der FSR nicht unterstützen.

Begründung:
... Haben sich FSR, Gofi (Jusos, MSB) und AStA (Jusos, MSB, SHB) darauf geeinigt, am Med. Bereich die Kurse und Praktika nicht zu bestreiken ...

Am wichtigsten wird sein, daß der Streik gewaltlos durchgeführt wird. Kein Student darf mit Gewalt daran gehindert werden, Vorlesungsräume zu betreten. Keine Lehrveranstaltung darf mit Gewalt aufgelöst werden. Und das nicht nur aus Prinzip. Ein Streik, der mit Gewalt durchgesetzt werden muß, ist kein Streik, sondern ein Armutszeugnis für die Studenten

Probe für den Krieg um Europa

Herbstmanöver '77

• Die Herbstmanöver der NATO wie der Sozialimperialisten sind beendet. Im Verlauf des NATO-Manövers fanden 32 einzelne Übungen statt. Jede dieser Übungen hatte einen bestimmten militärischen Auftrag zu erfüllen, innerhalb eines militärischen Konzepts, das in Ansätzen auf der nebenstehenden Karte zu erkennen ist. Strategisch geht die NATO von einem eindringenden Panzerkeil der Sozialimperialisten in die norddeutsche Tiefebene aus. Hier wird sich eine gewaltige Schlacht abspielen. Sie ist nicht in ihrem Ausgang von vornherein bestimmbar. Die nördlich gruppierten Manöver der NATO haben den Zweck, Reserven in den Zentren von Industrie und Bevölkerung zu bilden, um diese Schlacht zugunsten eines Durchbruchs durch die abgenutzten sozialimperialistischen Truppen zu ermöglichen.

Das Manöver „Karpaten" der UdSSR verdeutlichte noch einmal die militärische Absicht der Sozialimperialisten:

„Ist von den bezeichnenden Wesenszügen des Manövers Karpaten die Rede, so möchte ich hervorheben, daß auf dem Gefechtsfeld so gut wie keine Schützenketten zu sehen waren. Es war eine Schlacht der Technik. Auf breiter Front wurden motorisierte Schützenverbände auf Schützenpanzern, Panzern und Selbstfahrlafetten in Zusammenwirken mit gezogener Artillerie und Luftstreitkräften eingesetzt. Es wurden zahlreiche schwimmfähige Gefechtsfahrzeuge sowie moderne Übersetzmittel vorgeführt. Um das Angriffstempo sicherzustellen, wurden von Hubschraubern taktische Landetruppen abgesetzt. Auf dem Gefechtsfeld tauchten immer wieder das Gelände geschickt ausnutzende Kampfhubschrauber auf, die sehr aktiv waren. Wir sahen schließlich einen wuchtigen Feuerschlag der bei der Übung eingesetzten konventionellen Waffen, insgesamt aber große Beweglichkeit und ein rasches Vormarschtempo der Truppen." (Russischer Berichterstatter, in: Österreichische Militärzeitschrift)

Vormarsch über 200 km wurde geübt. Wie ein solcher motorisierter Stoßkeil konventioneller Truppen, bereits dicht hinter der Grenze zum Stehen gebracht werden kann:

„...und nicht erst hinter der Weser-Lech-Linie (die Verteidigung) beginnen zu lassen und solchermaßen ein Drittel des Territoriums, ihrer Bevölkerung, und ihres industriellen Potentials preiszugeben" (Frankfurter Allgemeine Zeitung),

Die wichtigsten Herbstmanöver der NATO



Das strategische Konzept der NATO bezüglich eines Gegenangriffs gegen eindringende sozialimperialistische Truppen, verdeutlicht eine ungefähre Annahme der wichtigsten NATO-Manöver durch die Bundeswehrführung. so zeigt:

||||| den räumlichen Einsatz und Reserven der Luftstreitkräfte der einzelnen Nationen, die im Verlauf der NATO-Herbstmanöver eingesetzt worden sind;

das Nordseemanöver bei Teilnahme spanischer Einheiten, das zur Sicherung gegen die sozialimperialistische Flotte diente;

die wichtigsten Manöver der Landstreitkräfte, wie der Einsatz der Luftlandetruppen auf der dänischen Insel Seeland.

– Nicht zu sehen sind die einzelnen „Heimatschutzübungen" in Westdeutschland, wie das Seemanöver der NATO im Atlantik, das zum Schutz des Nachschubs diente, wie auch die Landung von US-Streitkräften in der Türkei zwecks Sicherung der Südostflanke.

wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" den Verbündeten der NATO in ihrer strategischen Konzeption vorwirft, das wurde in den „Standhaften Chatten" geübt, in direkter Bezugnahme auf das „Karpaten"-Manöver und auf Planungen westdeutscher Generalität.

Eingesetzt wurden die nach der Wehrstrukturreform der westdeutschen Armee entsprechend gebildeten Modellbrigaden, die kleiner und beweglicher, rein auf das Gefecht ausgerichtete Kampfverbände sind.

Die Strategie der „Vorneverteidigung", am besten weit vor den Grenzen des westdeutschen Imperialismus, so in der Nähe Westberlins, entspricht dem ökonomischen Interesse der westdeutschen Imperialisten. Keinen Deut Territorium und industriellen Potentials auch nur zeitweise der kriegerischen Auseinandersetzung auszuliefern. Gestärkt, als absolut dominierende Macht, wollen sie aus der kriegerischen Auseinandersetzung herausgehen, indem das Territorium der DDR unterworfen wird, weswegen eine schnelle Vereinigung mit dem Stützpunkt Westberlin erreicht werden muß. Nur so können die ökonomischen Potenzen vergrößert werden, anstatt sie einem Abnutzungskrieg preiszugeben, was nur den Konkurrenten freuen würde, der er trotz Bündnis ja noch ist. Somit nimmt das Manöver „Standhafte Chatten" einen, für die weitere Kriegsvorbereitung besonderen strategischen Wert für den westdeutschen Imperialismus ein.

„Rechnet man nun aber damit, daß der Gegner seine überlegene Feuerkraft zu Stoßkeilen mit großer Überlegenheit, besonders an Panzern zusammenfaßt, können nur schnelle Reaktionen, hohe Feuerkraft und bewegliche Panzerabwehr den Stoß in die Tiefe zerschlagen. Unsere Stärke liegt zur Zeit in modernster Panzerabwehr am Boden und aus der Luft sowie der Schnelligkeit und dem Feuer der Kampfpanzer." (Manöverzeitung Standhafte Chatten)

Übungen dieser Art waren der Inhalt des Manövers der Modellbrigaden, die unterstützt wurden von Luftwaffe, Luftlandeeinheiten und einer US-Brigade und einen schnellen Vormarsch des Angreifers verzögern, zersplittern, in einzelne Gefechte verwickeln, von seiner Stoßrichtung ablenken, stoppen und durch schnelle Konzentration der Panzerwaffe und Lufwaffeneinheiten aufreiben und durchbrechen als Auftrag hatten. Daß dies gelungen sei, darüber jubeln die militärischen Berichterstatter. Daß, entsprechend der verkleinerten, rein auf das Gefecht ausgerichteten Verbände, die Versorgung zu halten geprobt worden ist, vermittels des Schutzes durch einen rationellen Einsatz der Luftwaffe in Aufklärung, Angriff etc., die direkt vom neuen Luftwaffenkommandodach der NATO eingesetzt wurden, ist Ausdruck für die intensivere Vorbereitung auf kriegerische Auseinandersetzungen. Genau wie die NATO-Führung und das NATO-Fernmeldesystem zur Koordinierung der in Hessen und Baden-Württemberg/Bayern stattfindenden Manöver aktiviert wurden.

Neben den gefechtsmäßigen Manövern der NATO-Truppen fand an den verschiedensten Ecken des Landes eine Mobilisierung von Heimatschutztruppen statt, die, wie in Köln, den Auftrag hatten, den Widerstand gegen den imperialistischen Krieg unter den Volksmassen niederzuhalten. Hintergestöbert wurde einer „Gruppe Roter Stern". Rechnen tut die Bourgeoisie mit dem Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Nicht zuletzt mußte sie in einer Militärzeitschrift beklagen, daß der Einsatz der Soldaten oft „manöverunwillig" sei, führte dies jedoch auf pflichtwidrige Vermeidung von Manöverschäden und die Einhaltung von Verkehrs- und Sicherheitsbestimmungen bei den Soldaten zurück. Der einzige Grund? Für die Arbeiterklasse hat schon der Einsatz der Truppen im Manöver „Standhafte Chatten" einen interessanten Aspekt geliefert: Zum ersten wurden doch (nach der Wehrstrukturreform) die neuen Brigaden im Einsatz zu einem Teil aus den Reservisten der Verfügungsreserve gebildet, von Arbeitern also, die nach der militärischen Ausbildung für Monate wieder in den Fabriken mit ihren Klassengenossen ausgebeutet worden sind. Zum zweiten wird die strategische Reserve für die Schlacht mit den Sozialimperialisten in den Industriezentren, den Ballungsräumen zusammengezogen. Beides bedeutet die Verbesserung der Möglichkeit für die Arbeiter, mit ihren Klassengenossen in der Armee die direkte Verbindung im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie herzustellen. Das erleichtert die Vorbereitung der Revolution wie es gleichzeitig die Vorbereitung des imperialistischen Kriegs der Bourgeoisie erschwert. – (Z-Red.)

Getreten, um zu treten

Feldjägerausbildung

Die Feldjägertruppe hat Tradition. Friedrich der Zwote befahl im November 1740 die Aufstellung eines Feldjägerkorps. Dem Friedrich kam es auf „treue Leute mit gutem Verstand" an. Bis heute haben die „treuen Leute" die Aufgabe, als Polizeiorgan gegen Soldaten, Fahnenflüchtige und Deserteure („Verdächtiges vom Militär", meinte Friedrich) dienlich zu sein. Bloß wie die Menschen, die fast ausschließlich aus besitzlosen Verhältnissen kommen und Unterdrückung und Schikane zur Genüge kennen, jetzt auch noch dafür zu gewinnen, sich gegen ihre eigenen Kollegen einsetzen zu lassen? Das geht nur über Spaltung, Unterdrückung und Schikane.

So ist die Ausbildung zum Feldjäger, der im Dienst Vorgesetzter aller Soldaten der Bundeswehr ist.

In der Grundausbildung 76/77 in Heide (wo eine Feldjägerausbildungskompanie stationiert ist) wurde die Spaltung von Anfang an zielstrebig angegangen. So wurde den Rekruten klargemacht, daß sie noch Würmer seien im Vergleich zur Verlängerten Grundausbildung, die schon drei Monate da waren. Beide Züge wurden rausgeschrien, die Verlängerte stand da wie eine Allee von Bäumen innerhalb weniger Minuten. Bei der „Grundi" Chaos. Die neuen Rekruten waren eingeschüchtert, lächerlich gemacht. Die Verlängerte freute sich, es den „Rotärschen" mal gezeigt zu haben, wie der Laden läuft. Nach ein paar Wochen „Eingewöhnung" wurde die Grundi in zwei Züge aufgeteilt, einmal Fahrschule, die andere Gruppe militärische Ausbildung. Wenn die einen sauer und erschöpft aus dem Gelände kamen, bei vorangegangenem Nachtalarm, stiegen die anderen aus den geheizten Autos aus. Die einen sind dann am Reinigen der Ausrüstungsgegenstände, und die anderen sitzen schon in der Kantine. Während der gesamten Ausbildung wird unterschwellig gegen die Panzergrenadiere gehetzt, in der Form, daß die die Dreckarbeit machen, während die Feldjäger darauf achten müssen, daß die auch die Befehle ausführen. So hat es der verhaßte Ausbilder einmal geschafft, einen angetrunkenen Grenadier, der den Ausbilder heftig runtergeputzt hat, vorläufig festzunehmen und gewaltsam mit Unterstützung von Soldaten aus der Grundausbildung zur Wache zu bringen. So wollen sie es gerne haben.

Die Rekruten werden aus allen Landesteilen zusammengezogen, sind einander fremd und vom ersten Tag an der planmäßigen Schikane und Spaltung ausgesetzt. Da ist es schwer, eine Einheit herzustellen und offen gegen die Offiziere aufzutreten. Kaum einer traut sich, eine Beschwerde zu schreiben, weil er nicht weiß, ob er die Kollegen hinter sich hat. Doch spätestens nach drei Monaten weiß jeder, was gespielt wird. Als der Kompanieführer eine Hetzkampagne gegen die Kernkraftwerksgegner starten wollte, ist das in der „Volksmiliz" veröffentlicht worden, und haben Rekruten eine Solidaritätsresolution für die BUU verfaßt und Aufkleber gegen das Kernkraftwerk Brokdorf zusammen mit Panzergrenadieren in der Kaserne verklebt. Die Kommunistische Volkszeitung wurde in der Verlängerten Grundausbildung verkauft. Gegen eine Schikane, wo die Toilettentüren ausgehängt wurden, die die Rekruten sich dann auf dem UvD-Zimmer abholen sollten, haben sich schnell die Mannschaften darauf geeinigt, eine Beschwerde zu verfassen. Als das dem Kompaniechef bekannt wurde, hat er die Türen schnell wieder einhängen lassen.

Als sich der Widerstand der Rekruten zu formieren begann, haben die Offiziere zwei Revolutionäre nach Hamburg strafversetzt, und nachdem dort ein aus Schikane angesetzter Kasernenrücklauf von allen 20 Soldaten verweigert wurde, sind sie entlassen worden.

Verlängert getreten wurden die Feldjäger, um für die Offiziere dann die Soldaten zu treten. Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht sind Forderungen, gegen die Spaltung den Tritt vereint dahin zu richten, wohin er gehört. – (SRK Hamburg/N-Red.)

... Satellit", ...
..6. Stockwerk, eine ...
der Präsidentensuite für W..
Brandt und Frau Rut, erinnerte
sich Leibwächter von GSG 9 an
die Geiselbefreiung aus der Lufthansa-„Landshut" und an Kanzleramtsminister Hans-Jürgen Wischnewski in Somalia. Die harten Jungs sangen an der Wasserkante ein Seemannslied, aber nicht von Madagaskar und Pest, sondern: „Wir lagen vor Mogadischu und hatten Ben Wisch an Bord."

Das Stimmungshoch von Hamburg hielt bis in den frü... Freitag morgen — bis d...

Kanzlerparteitag

Sozialdemokraten

Verantwortung für unseren Staat

Jir flogen nach Mogadishu - und hatten Ben Wisch an Bord

Grußadresse von Bundesbahnarbeitern aus dem Hauptbahnhof Frankfurt/Main

Frankfurt. „Wir haben von eurem Kampf in der Kaserne gehört. Es ist richtig, gegen Ausbeutung und Unterdrükkung in der Kaserne durch zu hohe Kantinenpreise zu kämpfen. Das geht natürlich nur, wenn möglichst viele dafür sind und sich am Kampf beteiligen. Wir finden, daß es auch uns Arbeiter angeht, wenn Soldaten in der Kaserne einen Kampf führen. Uns allen steht irgendwann noch mal die Bundeswehr bevor. Wenn wir dann 165 DM bekommen, stehen wir ganz schön auf dem Schlauch. Deshalb stellen wir uns voll hinter die Forderung nach Lohnfortzahlung. Wir glauben, hinsichtlich dessen kann man auch noch viele Bundesbahnarbeiter gewinnen. Wir, Hans, Helmut, Werner und Paul, bestätigen, daß wir uns voll hinter die Forderung nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht stellen."

Gemeinsam Befehle falsch ausgeführt

Nienburg/Putlos. Zwei Wochen war das Panzergrenadierbataillon 32, Standort Nienburg, in diesem Monat auf dem Truppenübungsplatz Putlos an der Ostsee. In Putlos fuhr die 3./32 gleich morgens auf den Schießplatz: Kalter Wind, Regen, so mußten die Soldaten bis 16 Uhr, an vier Tagen bis 22 Uhr im Freien aushalten. Krankmeldungen waren erst nach Dienst erlaubt, aber doch so hoch, daß lange Unterhosen (!) befohlen wurden. Zusätzliche Schikane durch Schießübungen: Eine Gruppe befand sich beim Zuggefechtsschießen immer vor den Gewehrläufen der anderen. Durch die Hetzerei schlug von der 5. Kp ein großkalibriges Geschoß aus einem Mörser zwei Kilometer außerhalb des Übungsplatzes in der Nähe von Gebäuden ein. An einem Tag hat es den Soldaten gereicht. Alle führten die Befehle gemeinsam falsch aus und warfen einem Unteroffizier einen Stein nahe vor die Füße. Mit einer schnell anberaumten „Betreuungsfahrt" auf der Ostsee (Schnaps und Zigaretten zollfrei) sollte die Ruhe wiederhergestellt werden. Die versprochenen zwei Tage Sonderurlaub finden alle lächerlich. Der Kampf für ausreichenden Dienstausgleich wird organisiert.

Nach der Vereidigung war der Streifenwagen total verdreckt

In der letzten Woche wurden 283 Schüler der Landespolizeischule in Hann. Münden von Innenminister Groß vereidigt. Von einem anderen Jahrgang ist bekannt, daß ein Drittel vor der Vereidigung die Ausbildung abgebrochen hatte. Nach Aussagen eines älteren Polizeibeamten hatten viele von ihnen nur in der Polizeischule angefangen, weil sie arbeitslos waren und keine Lehrstelle finden konnten. Berichtet wurde, daß gerade in den letzten Wochen verstärkt das Aufmarschieren gegen Demonstrationen gedrillt wurde. Marschieren in Dreierreihen, aus der Marschformation heraus eine Kette bilden und im Schrittempo auf den Feind langsam zumarschieren. Ausrüstung eines Trupps mit Knüppeln, ein anderer ohne Knüppel, und dann drauf los. So wird das Zerschlagen von Demonstrationen gedrillt. Über den Erfolg dieses Drills haben die Polizeioffiziere selber Zweifel. Als der Innenminister Groß da war, wurde das gesamte Gelände von Streifen mit Maschinenpistolen bewacht. Arbeiter, die auf dem Kasernenhof Erdarbeiten verrichteten, wurden besonders scharf bewacht und von Polizeioffizieren mit preußischer Arroganz verhöhnt. Ein total verdreckter Streifenwagen, der gerade vorher auf Hochglanz gebracht worden war, war die Folge.

Lohnfortzahlung!

Wetzlar. Aufgrund der Wehrsolderhöhung von 1 DM pro Mann und Tag wurde in der Kompanie eine Umfrage durchgeführt über die soziale Lage. 16 Soldaten (alle W 15) beteiligten sich. Heraus kam folgendes: im Durchschnitt waren die Soldaten zum Zeitpunkt der Umfrage 8 1/2 Monate beim Bund. An Sold erhält jeder im Durchschnitt einschließlich Zulagen für Essen 235 DM monatlich. 2 von den 16 bekommenen Zahlungen aufgrund des Unterhaltssicherungsgesetzes. Einer voll seine Miete, der andere 50 DM für Versicherungen. Ein Soldat, der vom Bund monatlich 150 DM Waisengeld bekam, bekommt es nicht mehr, weil er ja beim Bund voll versorgt sei! Bis auf 2 bekommen alle von ihren Eltern Unterstützung. Durch Geld, im Durchschnitt 131 DM im Monat, durch Essen, Kleidung usw. 42 DM im Durchschnitt. Macht zusammen 173 DM. 9 von den 16 müssen zum Teil bis zu 250 DM monatlich auf erspartes Geld zurückgreifen. Im Durchschnitt macht das monatlich 78 DM aus. 5 arbeiten am Wochenende oder im Urlaub. Auf alle 16 umgelegt kommen 42 DM monatlich durch solche Arbeit in der „Freizeit" zusammen. 3 sind bis zu 800 DM verschuldet infolge Bundeswehr. Auf Grundlage dieser Untersuchung gab es Debatten. Es wurde beschlossen, daß ein Brief an den Verteidigungsminister und Wehrbeauftragten ausgearbeitet wird, der Stellung nimmt zur „Solderhöhung" von 1 DM. Diskutiert wurde an der Forderung nach Lohnfortzahlung und der Forderung nach 220 DM im Tarifkampf der Arbeiterklasse.

Streiks in Indien

Über 100000 Landarbeiter haben im südindischen Staat Kerala im Oktober für höhere Löhne gestreikt. Zum Streik hatten neun Gewerkschaften aufgerufen. Das Elend der indischen Volksmassen, insbesondere auf dem Land, ist die Folge der Beherrschung Indiens durch die Imperialisten, insbesondere die beiden Supermächte. Vor vier Jahren hatte Indien 2 Millionen Tonnen Weizen von der Sowjetunion „zinslos" zur „Unterstützung" geliehen bekommen. Indien hat diese Lieferung mit eigenem Weizen zurückgezahlt. Die Sowjetunion verlangte dabei überraschend, daß diese Rückzahlung mit importiertem Weizen aus den USA oder Australien zu erfolgen habe, weil der Proteingehalt angeblich höher sei. Als Indien dennoch 258000 Tonnen mit eigenem Weizen zurückzahlte, forderten die Sozialimperialisten 28000 Tonnen mehr, die die indischen Bauern produzieren mußten, ohne daß ihr Land dafür einen Heller bekommt. Die Weltbank, in der die USA-Imperialisten das Kommando haben, hat verkündet, sie wolle „Druck ausüben", damit Indien mehr ausländische Kredite annimmt. Westdeutschen Privatbanken ist es gelungen, Kredite in Höhe von 2,5 Mrd. DM zu plazieren zum Zinssatz von 7%, die von den indischen Massen aufgebracht werden müssen. Die indischen Werktätigen wehren sich gegen die Ausbeutung und Ausplünderung: Am 9. März und 16. Juni Streiks von über 40000 Druckereiarbeitern und Journalisten für höhere Löhne und verbesserte Arbeitszeiten. Wochen später Sitzstreiks und Demonstrationen von über 37000 kleinen Regierungsangestellten in 160 Städten des Bundestaates Madya Pradesh für höhere Löhne und gegen Kündigungen. Am 19. August Generalstreik der Arbeiter und kleinen Beamten im öffentlichen Dienst und der Bank- und Versicherungsangestellten für höhere Löhne in ganz Indien.

Lohnkampf in Österreich

Kreisky, sozialdemokratischer Partei- und Regierungschef, geht überall herum mit der „niedrigen Arbeitslosenquote in Österreich. Sie beträgt ca. 1,2% und ist im Vergleich zu den EG-Staaten mit die niedrigste. Was er propagiert und wofür er auch von Helmut Schmidt ein Lob be-

Lohnkampf in Österreich

Kreisky, sozialdemokratischer Partei- und Regierungschef, geht überall herum mit der „niedrigen Arbeitslosenquote in Österreich. Sie beträgt ca. 1,2% und ist im Vergleich zu den EG-Staaten mit die niedrigste. Was er propagiert und wofür er auch von Helmut Schmidt ein Lob be-kommen hat, ist: die rigorose Ausbeutung der österreichischen Arbeiter und Angestellten. Teilweise ist der Lohn bis zu 30% niedriger als der im EG-Bereich. Um im weltweiten Kampf mit den imperialistischen Konkurrenten zu bestehen und der sinkenden Profitrate entgegenzuwirken, versucht die österreichische Bourgeoisie gegenwärtig, dieses niedrige Lohnniveau noch weiter zu drücken. In der Stahlindustrie steht für 15000 Stahlwerker Kurzarbeit bevor, des weiteren laufen die ersten Lohnverhandlungen. Die „Paritätische Lohnkommission" (etwa vergleichbar mit der Konzertierten Aktion in der BRD) hat, bevor sie die neusten Lohnverhandlungen „freigegeben" hat, noch einen Maßhalteappell losgelassen. Die ersten Verhandlungen sind mittlerweile unterbrochen, und zwar im Handel (280000 Beschäftigte). Die Sozialdemokratie konnte in der Gewerkschaft eine 8,5%-Forderung durchsetzen, die schon auf Lohnsenkung hinausläuft, Die Kapitalisten wollten unter 5% bleiben. Erste Versammlungen der Angestellten haben stattgefunden. Im Lohnkampf des letzten Jahres haben Versammlungen von mehreren tausend Angestellten über Kampfmaßnahmen diskutiert. Das ist auch die Grundlage dafür, daß die Gewerkschaftsführung jetzt mit einem Streik der Kaufhausangestellten am verkaufsoffenen Sonnabend droht.

OAU beschließt Aufbau einer „Panafrikanischen Nachrichtenagentur"

In seiner Eröffnungsrede hatte der Präsident von Uganda, Idi Amin, die imperialistischen und zionistischen Nachrichtenagenturen wegen ihrer Informationspolitik scharf angegriffen. Sie versuchten, „bei unabhängigen afrikanischen Staaten Fehler zu finden und Verwirrung und Konflikte zwischen ihnen hervorzurufen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen." „Der einzige Weg, um diese kolonialen Schlacken loszuwerden" sei deshalb die Errichtung einer eigenen Nachrichtenagentur.

In der „Deklaration von Kampala" haben die Informationsminister der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) auf ihrer ersten Konferenz beschlossen, eine „Panafrikanische Nachrichtenagentur" aufzubauen, um „eine afrikanische Informationspolitik aufzuziehen, die sich gründet auf Kooperation und Zusammengehen zur Stärkung der afrikanischen Persönlichkeit und zum Betreiben von Annäherung, Einheit und wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Fortschritt unserer Völker."

Die Informationsminister der OAU haben außerdem beschlossen, sich mit den Informationsministern der Arabischen Liga zu treffen. Der 7. November wurde als „afrikanischer Informationstag" deklariert.

Wahlen in Griechenland – keine Zustimmung zum Verkauf des Landes an die EG-Imperialisten

Die regierende Partei „Neue Demokratie" des Ministerpräsidenten Karamanlis hat bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in Griechenland über 12% der Wählerstimmen verloren. Gewonnen hat vor allem die Panhellenische Sozialistische Bewegung PASOK, die mit einem Programm gegen den EG-Beitritt Griechenlands und gegen den Wiedereintritt Griechenlands in die militärische Organisation der NATO angetreten war. Karamanlis hatte unter dem Beifall der westeuropäischen und US-amerikanischen Imperialisten die Wahlen um ein Jahr vorverlegt, um eine „breite Rükkendeckung" für die kommenden „schwierigen Auseinandersetzungen" bei den Beitrittsverhandlungen Griechenlands zur EG und zur NATO zu haben. Tatsächlich wollte die griechische Bourgeoisie durch die Vorverlegung der Wahlen der wachsenden Bewegung der griechischen Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen EG- und NATO-Beitritt einen Riegel vorschieben und die reaktionäre Parlamentsmehrheit für den weiteren Ausverkauf des Landes an die Imperialisten sichern, bevor diese Bewegung weiter anwächst.

Die Stimmenverluste der Karamanlis-Regierung zeigen, daß dieses Manöver nicht gelungen ist, obwohl die „Neue Demokratie" aufgrund des Wahlsystems die absolute Mehrheit im griechischen Parlament behält. „Die Welt" schreibt über diese Wahlen am 22.11., sie seien „ein Alarmsignal für den Westen und das atlantische Bündnis". „Es war ein Pyrrhus-Sieg (ein Sieg, bei dem die Verluste schwerer wiegen als der Erfolg, – Red.), den Konstantin Karamanlis errang. Er kompliziert die Situation an der NATO-Südflanke mehr, als er sie klärt."

Die griechische Regierung hat vor zwei Jahren Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG gestellt. Nachdem Griechenland 1975 aus Anlaß der Zypernkrise aus dem militärischen Bündnis der NATO ausgetreten war, ist im August ein neues Abkommen über die Wiedereröffnung der US-Basen in Griechenland geschlossen worden und haben die griechischen Truppen in diesem Jahr zum ersten Mal wieder an den Herbstmanövern der NATO teilgenommen.

Der westdeutsche Außenminister Genscher hat bei seinem Besuch in Griechenland im August dieses Jahres das vermehrte Interesse der BRD-Imperialisten an „Investitionen und die Schaffung von gemischten, exportorientierten Unternehmen" angemeldet. Er hat „dem griechischen Kooperationsminister Papaliguras vorgeschlagen, die Regierung möge einen Sonderbeauftragten einsetzen, der in Zusammenarbeit mit einem Vertreter der Deutschen Entwicklungsgesellschaft dafür sorgen soll, daß Investitionsvorhaben, vor allem auch in der griechischen Provinz, sich leichter durchsetzen lassen". (Frankfurter Rundschau, 20.8.77)

Begeistert greift die griechische Bourgeoisie solche Angebote zur Ausbeutung der griechischen Arbeiter in Griechenland auf und versichert den westeuropäischen Imperialisten, daß sie „bereits parallel zu den Verhandlungen (über die EG-Mitgliedschaft) verstärkte Bemühungen" unternimmt, „um die Anpassung der griechischen Organisations- und Wirtschaftsmechanismen und Strukturen (an die Bedürfnisse der EG) zu beschleunigen". „Griechenland ist im Verhältnis zu anderen EG-Ländern in der Lage ..., sich komplementär und nicht konkurrenziell zu verhalten." (Aus: Griechenland und die Europäische Gemeinschaft, hrsg. von der Griechischen Botschaft in der BRD) Unter der Überschrift „Vorteile für die griechische Wirtschaft aus der Vollmitgliedschaft" werden unter anderem folgende Programmpunkte für die Zeit der Mitgliedschaft ins Feld geführt: „... Erhöhtes Einfließen ausländischen Kapitals in die griechische Wirtschaft ... Günstigere Bedingungen für das Erreichen der optimalen Größe der industriellen Einheiten und daraus resultierende Absorbierung der griechischen Arbeitnehmer, welche zur Zeit noch im Ausland beschäftigt sind, durch griechische Unternehmen. Erleichterung der Nutzung der Bodenschätze und Rohmaterialien sowie ihre Bearbeitung an Ort und Stelle."

Inzwischen kann die griechische Bourgeoisie auch die ersten Ergebnisse, die diese „komplementäre" Entwicklung den Imperialisten gebracht hat, auch vorweisen: Der Anteil der Industrieprodukte an den Exporten ist von 20% im Jahre 1962 auf 58% im Jahre 1975 gewachsen. Tatsächlich sind diese Industrieprodukte aber fast ausschließlich Erzeugnisse der Industrie, die landwirtschaftliche Produkte verarbeitet, des Bergbaus und der Textilindustrie, die mit Hilfe importierten Kapitals aus der griechischen Arbeiterklasse herausgeholt wurden. Die Importe nach Griechenland betragen inzwischen das 2 1/2-fache der Exporte. Sie setzen sich vor allem aus Investitionsgütern und industriellen Konsumgütern zusammen, die die griechische Industrie aufgrund ihres „komplementären" Charakters nicht selbst produzieren kann, und für die Griechenland als Markt erhalten bleiben soll. Das Zahlungsbilanzdefizit Griechenlands betrug 1976 über eine Milliarde Dollar.

„In Griechenland wurden bis Ende 1976 deutsche Investitionen im Werte von über 310 Mio. DM realisiert", erklärte auf die Frage nach der Zukunft der griechischen Arbeiter im Ausland der Außenminister Genscher. „Die Förderung solcher Kapitalanlagen sollte bei der griechischen Regierung größte Priorität genießen." Der durchschnittliche Stundenlohn eines Arbeiters in Griechenland liegt unter 5 DM. Das ist für die Kapitalisten günstiger als der Export dieser Arbeitskräfte in ihre eigenen Länder.

Die griechischen Bauern sind seit der „Assoziierung" Griechenlands an die EG der Konkurrenz der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaften der EG-Staaten ausgesetzt. Die griechische Landwirtschaft ist heute vollständig auf die Zulieferung weniger Produkte für den Markt dieser Länder ausgerichtet. 22% der Importe Griechenlands waren 1976 Nahrungsmittel, die in Griechenland nicht produziert werden konnten, obwohl noch 38% der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Die Preise für die Produkte der griechischen Bauern verfallen immer rascher. Am 12. Oktober haben 20000 Baumwollbauern in Mittelgriechenland große Traktorendemonstrationen durchgeführt, um gegen die Zerstörung ihrer Wirtschaft durch die imperialistische Konkurrenz der EG-Staaten zu protestieren.

Ebenfalls im Oktober haben rund 100000 Industriearbeiter und öffentliche Bedienstete in ganz Griechenland gegen die Hungerlöhne und die Arbeitsbedingungen gestreikt, die ihnen von den einheimischen Kapitalisten und ihren imperialistischen Auftraggebern aufgezwungen werden. Darunter waren vor allem Arbeiter der Industrien, in die das imperialistische Kapital vor allem investiert. Am 20. Oktober streikten 80000 Textilarbeiter, am 21.10. mehr als 20000 Arbeiter des Fernmeldewesens. In einem Bergwerk in Nordgriechenland wird seit mehr als acht Monaten gestreikt.

Die bürgerliche Presse berichtete, der Entschluß der griechischen Regierung zu Neuwahlen sei sehr plötzlich gefaßt worden. Es waren diese Kämpfe, die die griechische Regierung zum Handeln gezwungen haben. – (Z-Red.)

wiegen als der Erfolg, – Red.), den Konstantin Karamanlis errang. Er kompliziert die Situation an der NATO-Südflanke mehr, als er sie klärt."

Die griechische Regierung hat vor zwei Jahren Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG gestellt. Nachdem Griechenland 1975 aus Anlaß der Zy-

renziell zu verhalten." (Aus: Griechenland und die Europäische Gemeinschaft, hrsg. von der Griechischen Botschaft in der BRD) Unter der Überschrift „Vorteile für die griechische Wirtschaft aus der Vollmitgliedschaft" werden unter anderem folgende Programmpunkte für die Zeit

von über 310 Mio. DM realisiert", erklärte auf die Frage nach der Zukunft der griechischen Arbeiter im Ausland der Außenminister Genscher. „Die Förderung solcher Kapitalanlagen sollte bei der griechischen Regierung größte Priorität genießen." Der durchschnittliche Stundenlohn eines Arbei-

acht Monaten gestreikt.

Die bürgerliche Presse berichtete, der Entschluß der griechischen Regierung zu Neuwahlen sei sehr plötzlich gefaßt worden. Es waren diese Kämpfe, die die griechische Regierung zum Handeln gezwungen haben. – (Z-Red.)

„Verständigung und Entspannung"

Hans-Dietrich Genscher bereist Tunesien und Malta





Links: Ein armer tunesischer Bauer. Vor Jahrhunderten war Tunesien noch ein entwickeltes Land, an den Maßstäben der Zeit gemessen. Die koloniale Ausplünderung und Unterdrückung hat die Bauernwirtschaften und mit ihnen das ganze Land ruiniert.
Rechts: Arbeiterinnen in einer Fischkonservenfabrik in Marokko. Das ist die Art von „Entwicklung" und „Industrialisierung", die die Völker der Dritten Welt im System des Neo-Kolonialismus durchlaufen sollen. Die Revolution der Arbeiter und Bauern kann mit diesem Elend Schluß machen und eröffnet den Völkern eine glänzende Zukunft.

„Der Bundesminister des Auswärtigen, Hans Dietrich Genscher, stattete vom 16. bis 18. November 1977 Tunesien und am 18. und 19. November Malta einen offiziellen Besuch ab."

So liest man im Bulletin der Bundesregierung vom 22. November.

Was will Genscher in Tunesien und Malta? Fernsehen und Presse haben da wenig darüber berichtet. Wir haben daraufhin seine Reden angeschaut, die er auf den Banketten in Tunesien und Malta gehalten hat: So sprach Genscher anläßlich eines Abendessens, gegeben vom tunesischen Außenminister Habib Al Chattyi am 16. November in Tunis:

> „Die Politik der Vorherrschaft ist zutiefst reaktionär. Sie steht gegen den Willen der Völker zur Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Wir setzen auf diesen Willen der Völker zur Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Wir setzen auf diesen Willen, ihm gehört die Zukunft."

Was treibt Genscher dazu, hier über Unabhängigkeit zu schwadronieren und gegen Vorherrschaft zu sprechen? Untersucht man die Verhältnisse, so kommt man schnell darauf: Die westdeutschen Imperialisten sind in Tunesien nicht *vorherrschend* am Drücker. Sondern es ist so, daß die französischen Imperialisten ab 1881 Tunesien unter „französische Schutzherrschaft" stellten. Während des Nordafrikafeldzuges im Zweiten Weltkrieg, wo die deutschen Imperialisten vorhatten, sich in Nordafrika festzusetzen, um von dort aus über das Mittelmeer zu verfügen und eine Ausgangsbasis für den Kampf um arabisches Land und das Öl zu haben, hatten sie schon begonnen, sich mit Hilfe des „Verbündeten" Italien in Tunesien festzusetzen. Man weiß aber, wie es mit dem Nordafrikafeldzug hernach ausgegangen ist.

Die französischen Imperialisten saßen also nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch in Tunesien, und ihre Herrschaft wurde nicht durch die der deutschen Imperialisten ersetzt. Sondern durch den Kampf der tunesischen Massen, die sich 1953 zu bewaffneten Kämpfen für die Unabhängigkeit erhoben, wurden die Franzosen gezwungen, 1956 die Erklärung Tunesiens zur Unabhängigen Republik zuzulassen. Als die algerischen Massen um die Unabhängigkeit kämpften, versuchten die französischen Imperialisten auch in Tunesien verlorenes Terrain rückzugewinnen und bombardierten Städte und Dörfer an der tunesischen Grenze. Der Effekt war, daß sie 1963 ihren letzten Flottenstützpunkt aufgeben mußten.

Stück für Stück wurde so der Kontinent befreit. Auf was Genscher da „setzt", ist die Tatsache, daß die tunesischen Massen in ihrem Kampf gegen die französischen Imperialisten und deren Kolonialismus sich der Widersprüche zwischen den Imperialisten bedienen.

Die Direktinvestitionen der BRD in Tunesien betrugen 1976 36,3 Millionen DM. 1974 waren es erst 22,2 Mio. DM. Das sind beachtliche Anteile an der Ausbeutung der tunesischen Arbeiterklasse.

Die westdeutschen Kapitalisten lassen die tunesischen Arbeiter zu Billigstlöhnen Fertigwaren produzieren, mit denen sie sodann die Konkurrenz auf dem Weltmarkt niederkonkurrieren wollen. Ungelernte Arbeiter verdienen dort 1,00 bis 1,20 DM in der Stunde, Facharbeiter 2,50 bis 3,00 DM.

Genscher hat seine Reise von Tunesien aus nach Malta fortgesetzt. Dort hat er wieder losgelassen:

> „Es ist unsere feste Überzeugung, daß die Politik der Vorherrschaft zutiefst reaktionär ist. Sie steht im Widerspruch zu dem Willen der Völker nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Malta kann sowohl auf Grund seiner geographischen Lage wie auch seiner geschichtlichen Entwicklung als ein verbindendes Element zwischen den nördlichen und südlichen Anrainern des Mittelmeeres wirken."

Diesmal kommt er also nach dem üblichen Donner über die „Vorherrschaft" auf die geographische Lage zu sprechen und die Geschichte. Und wie ist die? Malta liegt im Mittelmeer. Die Anrainer, die da verbunden werden sollen, sind Libyen, Tunesien, Ägypten, kurz die arabischen Staaten, die an der nordafrikanischen Küste liegen. Und mit wem sollen sie verbunden werden? Auf der gegenüberliegenden Seite liegt Italien. Italien ist für die deutsche Bourgeoisie seit ihren ersten, mittelalterlichen Anfängen das Hauptziel ihrer Expansionsbestrebungen, um darüber zu einer Mittelmeermacht zu werden. Malta gehörte zur Zeit der deutschen Stauferkaiser zum Königreich Sizilien, von wo aus die deutschen Kaiser und Kaufleute auf Kreuzfahrt in den Nahen Osten ziehen wollten. Malta war ein Hauptschiffahrtsstützpunkt. Aus diesen Plänen wurde nichts damals. Warum nicht heute, deutet Genscher mit seine Hinweisen auf die Geschichte augenzwinkernd an. Der Premierminister Dom Mintoff hat 1976 nach seiner Wahl erklärt, daß die Briten diesen Stützpunkt bis 1979 räumen sollen, und die NATO gleich mit. Wie wäre es mit dem BRD-Imperialismus als Freund und Helfer? Genscher schleckt sich schon die Lippen:

> „In wirtschaftlicher Hinsicht hat ein Land wie Malta, das – soweit wir heute wissen – über keine wesentlichen Bodenschätze verfügt, zweifellos besondere Probleme. Die geographisch so außergewöhnliche Lage bietet dennoch vielfältige Entfaltungsmöglichkeiten."

Weder Tunesien noch Malta, die der Dritten Welt angehören und Bestandteil der Front gegen die Imperialisten sind, haben ein Interesse, die Vorherrschaft der alten Kolonialisten durch die der BRD-Imperialisten einzutauschen, um deren Weltmachtplänen zu genügen. Daß der Genscher im Dunkeln seine Fäden spinnen wollte und die Presse nichts herausgelassen hat, hat auch seine Gründe: Die Sache stinkt nach näherem Hinsehen gleich nach Nordafrikafeldzug. Davon hat die westdeutsche Arbeiterklasse genug. – (Mi-Red)

Libanon, Syrien, Jordanien, Ägypten: Die Spuren des Kolonialismus zeichnen die nationalen Volkswirtschaften und bieten Gelegenheit zur Erpressung

Das koloniale Interesse an der Beherrschung der Territorien und Völker am Ostrande des Mittelmeeres beschreibt „Meyers Konversationslexikon" in der Ausgabe von 1874 anläßlich der Ägypten-Expedition 1797 von Napoleon Bonaparte:

„Der Zweck derselben war, den Handel Englands im Mittelmeere zu vernichten, Frankreich so für den Verlust seiner Kolonien zu rächen und von Ägypten aus der englischen Macht in Ostindien Schach zu bieten."

Die wirtschaftlichen Interessen der Kolonialisten in diesen Gebieten werden in allen Farben ausgemalt. „Die außerordentliche Fruchtbarkeit, wegen derer A. (Ägypten) im ganzen Alterthum berühmt war", wußten die Kolonialisten ihren Interessen dienstbar zu machen:

„Die Getreideernte fällt ... zu Anfang März, 4 Monate nach der Aussaat; in manchen besonders günstig gelegenen Gegenden ... erzielt man aber durch künstliche Bewässerung eine dreifache Ernte. Auch Zuckerrohrpflanzungen geben einen guten Ertrag, alle übrigen Produkte überragt aber bis jetzt die nach A. verpflanzte Baumwollstaude. Der Baumwollanbau ist durch den Vicekönig dermaßen ausgedehnt worden, daß derselbe in der letzten Zeit 100 Millionen Kilogramm trug; dafür trat aber in dem Lande des sprichwörtlichen Erntesegens die Getreideproduktion dermaßen zurück, daß A. heute den größeren Theil seines Getreidebedarfs aus dem Auslande beziehen muß."

Auch die „zu Tage tretenden ergiebigen Erdölquellen" erregten bereits im 19. Jahrhundert die Begierde und Aufmerksamkeit der Kolonialmächte. In den Gebieten des heutigen Palästina, Jordanien, Syrien und Libanon waren es der Getreide- und Süßholzexport sowie Rosenblätter, Aprikosen, Rosinen und Öl, Tabak, Seide und Südfrüchte, denen das Interesse der Kolonialisten galt.

Den Kolonialherren gelang es innerhalb weniger Jahrzehnte, landwirtschaftlich fruchtbare, in der Kultur hochstehende Länder in Länder, die sogar in Grundnahrungsmitteln wie dem Getreide von äußerer Zufuhr abhängig sind, zu verwandeln.

Wiederholte große Aufstandsbewegungen der Völker des Nahen Ostens erzwangen die politische Unabhängigkeit während und nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg. Die wirtschaftlichen Bedingungen, die sie als Ausgangspunkt ihrer Entwicklung nehmen mußten, sind jedoch bis heute geprägt durch die Jahrhunderte systematischer kolonialer Ausraubung.

Obzwar es der sich bildenden Arbeiterklasse im Bündnis mit den kleinen und mittleren Bauern in Ägypten, Jordanien, Syrien und dem Libanon in unterschiedlichem Maße gelungen ist, die feudalen, durch Konzentration des Grundbesitzes und Kompradorenherrschaft bestimmten Produktionsverhältnisse niederzureißen und die nationale Bourgeoisie zu Maßnahmen gegen die imperialistischen Monopolgesellschaften im Lande zu zwingen, drückt die Entwicklung des Außenhandels dieser Länder aus, in welchem Umfang die Spuren der kolonialen Vergangenheit noch heute eine Quelle der Abhängigkeit bilden:

Einfuhr lebensnotwendiger Nahrungsmittel nach Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon
(in Millionen US-Dollar)

	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Getreide und Getreideerzeugnisse						
Ägypt.	(...)	89	66	160	114	216,4
Jord.	14	11	16	17	(...)	(...)
Syrien	(...)	12	44	69	34	31
Liban.	30	33	42	39	36	(...)
Molkereiprodukte, Eier						
Jord.	4	5	6	7	(...)	(...)
Syrien	(...)	6	7	14	15	20
Liban.	13	12	13	17	17	(...)
Obst und Gemüse						
Jord.	7	7	9	12	(...)	(...)
Syrien	(...)	14	17	21	22	27
Liban.	17	15	16	18	23	(...)

Ausfuhr wichtiger Warengruppen von Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon
(in Millionen US-Dollar)

	1969	1970	1971	1972
Südfrüchte, Gemüse, pflanzl. Erzeugnisse für die Ernährung	234	173	151	153
Lebende Tiere und tierische Erzeugn.	33	26	17	27
Baumwolle	382	422	487	473
Garne, Gewebe	139	149	151	182
Erdöl	39	69	51	100
Elektrische Geräte und Apparate	7	7	9	14
Stahl	2	11	19	20
GesamtausfuhrÄgyptens, Jordaniens, Syriens u. des Libanon	(...)	1222	1403	1536

Quelle: Länderstatistik des Statistischen Bundesamtes
(...): ohne Angabe

Einerseits schwanken, stagnieren oder sinken sogar die Erlöse aus den landwirtschaftlichen Produkten, die infolge der noch immer nicht überwundenen kolonialen Monokulturen exportiert werden *müssen*. Und dabei müssen sogar noch andere Nahrungsmittel und Agrarprodukte importiert werden – dies, obwohl in Ägypten, dem mit über 34 Millionen Einwohnern weitaus am stärksten bevölkerten Land der vier an Israel angrenzenden arabischen Frontstaaten noch mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiten.

Andererseits zeigt sich für die gerade erst im Aufbau begriffenen Grundstoffindustrien der Zwang, einen Teil ihrer dringend benötigten Produktion auf den Weltmarkt zu bringen. Beides gibt dem imperialistischen Monopolkapital, das den Weltmarkt beherrscht, weitere Möglichkeiten der Einmischung und Erpressung, der neokolonialistischen Untergrabung der wirtschaftlich selbständigen Entwicklung dieser Staaten.

Stromerzeugung 1952–74 in Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon

	1952	1965	1974
Weltproduktion	1022400	3379900	6245400
Ägypten	1247*	5473	8200
Jordanien	(...)	156	310
Syrien	99	606	1366
Libanon	150	152	750

Quelle: Statistik der UNO
(...): keine Angabe
* 1954

Die gegenüber der Weltproduktion raschere Steigerung der Stromerzeugung in diesen Staaten drückt den starken Impuls aus, den die Erkämpfung der politischen Unabhängigkeit gegen den Imperialismus den Völkern dieser Staaten für die Entwicklung ihrer Produktivkräfte gegeben hat.

Für den Zeitraum von 1965 bis 1974 ist jedoch bereits eine deutliche Verlangsamung dieser Entwicklung festzustellen. Dies ist nicht nur den gewaltigen Kosten der von den Imperialisten betriebenen bzw. diesen Staaten aufgezwungenen Nahost-Kriege geschuldet. Es ist vor allem Ausdruck des zunehmenden Widerstandes, den die Imperialisten der Entwicklung der Produktivkräfte entgegensetzen, und ihrer Anstrengungen, diese Entwicklung durch neokolonialistische Fortsetzung ihrer Kolonialpolitik zunichtezumachen.

Ausdruck dieser imperialistischen Machenschaften ist das wachsende Defizit der Handelsbilanz, das positiv entweder als Schuldforderung oder als Kapitalanlage in den Büchern der Imperialisten steht:

Entwicklung des Handelsbilanzdefizits
(in Millionen US-Dollar)

Ägypten	– 24,9 (1970)	– 835,0 (1974)
Jordanien	– 150,0 (1970)	– 182,6 (1971)
Syrien	– 147,0 (1970)	– 255,6 (1973)
Libanon	– 370,0 (1970)	– 499,0 (1972)

Wie diese imperialistische Politik als Fessel für die Entwicklung der Wirtschaft und der Produktivkräfte und als Hebel der Ausplünderung wirkt, darüber gibt der ägyptische Finanzminister Auskunft. Er wies darauf hin, daß

„Ägypten 1976 ... 1216 Millionen Ägyptische Pfund oder 77% der veranschlagten Kapitalhilfe für Rückzahlungen verwenden muß (1975: 1198 Millionen Ägyptische Pfund oder 65%; 1974: 725,7 Millionen oder 56%)."
(1 Ägyptisches Pfund wird zu diesem Zeitpunkt mit 6,44 DM angegeben – Nachrichten für den Außenhandel, August 1976)

Während so die Erpressung und Ausplünderung durch den Imperialismus zunimmt, verschärft sich auf der anderen Seite der Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Gegen die Linie der Bourgeoisie, in der Hoffnung auf Ausgleich mit dem imperialistischen Kapital zu manövrieren und Zugeständnisse zu machen, bildet sich die politische Einheit der Arbeiterklasse für den Zusammenschluß des Volkes gegen die Erpressungen durch die Imperialisten, für die Vorbereitung der sozialen Revolution. Die großen Aktionen und Streiks, mit denen die Arbeiterklasse in Ägypten zu Jahresbeginn auf die beabsichtigte Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage geantwortet hat, waren ein wichtiger Schritt in diesem Kampf. – (Z-Red.)



Demonstration der syrischen Volksmassen am 1. Dezember 1958 zur Unterstützung des Zusammenschlusses Syriens mit Ägypten gegen Imperialismus und Zionismus.

Imperialistische Presse in den USA und der Sowjetunion über die Israel-Reise Sadats

Unruhe auf seiten der US-Imperialisten

„Es stimmt, einige amerikanische Diplomaten scheinen etwas muffig darüber zu sein, daß ihr gepäppeltes Projekt Genf zumindest für die nächste Zeit aus dem Rampenlicht verschwindet." (Washington Post, 21.11.)

„Die Motive Präsidents Sadats, die zentrale Rolle der USA, die er zusammen mit Henry Kissinger nach dem israelisch-arabischen Krieg 1973 kreiert hat, herabzuschrauben, bleibt fortwährend dunkel ... Marksteine auf dem Weg nach Jerusalem dürften aber die Vorbehalte Mr. Sadats ... über die Manier Mr. Carters gewesen sein, die Nah-Ost-Angelegenheiten zu betreiben, die dieser von Mr. Kissinger übernommen hat." (International Herald Tribune, 21.11.)

„Die Keime für den Carter-Begin-Gipfel wurden an einem unwahrscheinlichen Flekken gepflanzt: in der rumänischen Hauptstadt Bukarest ... Laut Sadat selbst hat er den Entschluß, nach Israel zu gehen, auf dem Flug von Rumänien nach Iran gefaßt." (Newsweek, 28.11.)

„Sadat sagte Carter nichts von seiner Idee – damals nicht und später nicht. Er wollte der Welt klarmachen, daß seine Mission eine ägyptische Initiative war und keine in Washington ausgeheckte List." (Time, 28.11.)

Besorgter Korrespondentenbericht aus Kairo

„ ‚Begin hat doch absolut nichts gesagt', findet ein Jugendlicher in einem Café, ‚er hat wunderschön gesprochen, aber es gab nichts Substanzielles'. Keine Konzessionen, ‚kein Wort über einen Abzug'. – ‚Die Hoffnungen, die ich an den Besuch Sadats geknüpft hatte, haben sich jetzt verflüchtigt', meint ein Student. ‚Er ist zu ihnen gegangen, doch sie (die Israelis) sind offensichtlich an einem wahren Frieden nicht interessiert. Meine Begeisterung ist weg.' Sadat habe sein Bestes gegeben. – Für ‚von Anfang an verfehlt' hält ein Kairoer Arzt den Besuch Sadats in Israel. ‚Sadat hätte von Begin Zusicherungen verlangen sollen, bevor er das Prestige Ägyptens aufs Spiel setzte', fügte der Mediziner hinzu. – In einem anderen Café sitzen die Menschen wie versteinert nach den Reden von Jerusalem. Ein junger Mann bricht das Schweigen mit den Worten: ‚Es sieht so aus, als wäre die Reise nutzlos gewesen.' Begin habe davon gesprochen, die Wüste zu begrünen. ‚Das können wir allein und ohne israelische Hilfe machen. Was wird jetzt geschehen? Werden die Waffen wieder sprechen?' " (Bericht des AP-Korrespondenten aus Kairo, 22.11.)

Zank darum, wie die USA die Initiative Sadats für ihre Zwecke ausbeuten können

„Ein Grund, warum Sadat jetzt endlich einen Schritt zum Frieden unternommen hat, sind Vorbehalte gegenüber der Nah-Ost-Diplomatie der Regierung Carter ... Der Stil dieser Diplomatie ... war allerdings alarmierend, die Substanz noch schlimmer. Es ist falsch, eine ‚umfassende' Nah-Ost-Regelung zu suchen, und es ist falsch, die Palästinenserfrage an die erste Stelle zu setzen statt an die letzte. (...) Weder die Geschichte noch der gesunde Menschenverstand besagen, daß Nationen sich Unannehmlichkeiten einhandeln für irgendwelche staatenlosen Personen ... Deshalb könnte sich die ‚Palästinenserfrage' vernünftig (und das heißt: an letzter Stelle) angepackt, in Luft auflösen. (...) Wenn Ägypten und Israel sich einigen, gibt es keinen Nah-Ost-Konflikt mehr. Denn ohne Ägypten kann es keinen größeren Krieg geben. Und nur ein größerer Krieg könnte zu einer Konfrontation der beiden Supermächte oder zu einem Ölembargo führen." (George F. Will, in: Newsweek, 28.11.)

Nervosität über das Schicksal des Brückenkopfs Israel

„Die Emotionen waren bedeutend. Die Symbolik war tief und ergreifend. Aber da sind unmittelbare Realitäten, die einen kalten Schatten über die außerordentliche Szene in der Knesseth werfen. Um es klar zu sagen, es muß etwas Konkretes vorzuzeigen geben bei diesem dramatischen Ereignis, oder das Ergebnis wird sein, die Gemäßigten unter den Arabern zu enttäuschen und Israel weiter zu isolieren. (...)

Und an diesen realistischen Maßstäben gemessen, gab es nicht viel Grund zur Hoffnung am Ende der Knesseth-Sitzung. Denn Premierminister Menachem Begin hat in Antwort auf Anwar Sadat eine im wesentlichen kompromißlose Rede gehalten. Er gab kein Zeichen von Bereitschaft, den Arabern in den entscheidenden Fragen des Rückzugs der von Israel besetzten Gebiete und der Anerkennung der Rechte der Palästinenser entgegenzukommen. (...)

Die Zeit könnte es beiden erlauben, tiefer aus diesem Treffen zu lernen. Aber, herrje, es ist keine Zeit. In Wochen oder Tagen schon müssen einige konkrete Maßnahmen eines konkreten Erfolges da sein, oder das Gefühl eines Fehlschlages wird sich verbreiten." (International Herald Tribune, 22.11.)

„Die Hauptsorge der US-Diplomaten ist, daß Israel überreizen könnte, was verheerende Folgen haben würde ... Die große unbeantwortete Frage über Sadats Besuch ist, ob Genf plötzlich bedeutungslos wird – vielleicht sogar ein prozedurales Hindernis für Fortschritte im Nahen Osten?" (Time, 28.11.)

Die Linie der Carter-Regierung: Kollaboration mit der anderen Supermacht gegen die arabischen Völker ist weiterhin notwendig

„Die Regierung Carter unterstrich ihre Ansicht, daß eine umfassende Regelung des Nah-Ost-Konflikts auf einer Genfer Friedenskonferenz ausgehandelt werden sollte ... Sie hob die Bedeutung hervor, die der Versuch hat, die Sowjetunion als Ko-Vorsitzenden der Konferenz neben den Vereinigten Staaten in die Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der Konferenz einzubeziehen." (International Herald Tribune, 24.11.)

„Ägypten ist militärisch so weit hinter Israel zurück, daß nach Einschätzungen aus US-Regierungskreisen die Sadat-Mission nach Israel eher unter die Kategorie einer Verzweiflungsmission gefaßt werden könnte ... Mr. Sadats Boden- und Luftstreitkräfte (sind) durch Ersatzteilmangel schwer betroffen, die Luftabwehr hat klaffende Lücken, und fortgeschrittenes elektronisches Material, das zu dem paßt, worüber Ägypten schon verfügt, könnte Kairo nur erwerben, wenn es sich wieder zurück nach Moskau wendete." (International Herald Tribune, 24.11.)

„Wenn die Palästinenser ein eigenes Territorium hätten, würden sie wahrscheinlich, wie die Israelis sagen, den Kampf fortsetzen. Aber sie müßten das dann als eine selbstverantwortliche nationale Einheit tun, eine, die entsprechendem äußeren Druck ausgesetzt wäre bis hin zu direkter Vergeltung." (International Herald Tribune, 11.11.)

Die Sozialimperialisten protestieren als „Ko-Vorsitzende" einer Genfer Nah-Ost-Konferenz

Die eigenen Kommentare der sowjetischen Zeitungen beschränken sich auf wenige Sätze und richten sich vor allem gegen angebliche „Separatverhandlungen" der ägyptischen Regierung mit Israel (die Sadat tatsächlich in seiner Rede vor dem Zionistenparlament ausdrücklich zurückgewiesen hat):

„Die Handlungen des ägyptischen Präsidenten sind in vielem von den USA und anderen bürgerlichen nicht-arabischen Ländern vorbestimmt worden, die auf jede Art Kairo zu separaten Verhandlungen hinter dem Rücken der Araber bringen wollen ... Das Treffen Sadats mit Begin wird in der arabischen Welt als Komplott des Imperialismus, Zionismus und der arabischen Reaktion gegen die arabische nationale Befreiungsbewegung gewertet." (Prawda, 20.11.7)

Ausführlich werden in der „Istwestja" und „Prawda" Stellungnahmen der PLO und arabischer Staaten gegen den Sadat-Besuch in Israel zitiert, mit Überschriften versehen wie: „Das Kompromißlertum wird verurteilt", „Verurteilung der Kapitulationspolitik" und „Die arabische Welt protestiert". Dem steht das Bemühen auf die Stirn geschrieben, einen Widerspruch zwischen „progressiven" und „reaktionären" arabischen Staaten aufzureißen, die Kritik der PLO und einer Reihe arabischer Regierungen (die von einem ganz anderen Standpunkt aus erfolgt) als die eigene auszugeben und sich als „natürlicher Verbündeter" zu plustern, ohne den die arabischen Völker nichts unternehmen können.

In Wirklichkeit schmieden die Sozialimperialisten fieberhaft an einem Komplott mit der anderen Supermacht gegen die Völker des Nahen Ostens, um die Festung Israel zu retten, das palästinensische Volk in ein Ghetto im Westjordanland einzusperren und sich als „Garantiemacht" eines solchen faulen Friedens neben den USA einzunisten.

„Die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Nahosterklärung vom 2. Oktober wird zu Recht von den verschiedensten Massenmedien als Dokument von großer internationaler Bedeutung eingeschätzt ... Die UdSSR und die USA – die Ko-Vorsitzenden der Genfer Konferenz – haben sich zum ersten Mal gemeinsam für so eine umfassende Regelung ausgesprochen, die alle interessierten Seiten und alle Fragen erfassen würde. Gerade dafür ist die Sowjetunion stets eingetreten. (...)

Nicht selten stellen die israelische und auch die amerikanische Presse die Lage so dar, als sei eine Weigerung der PLO, die staatliche Existenz Israels anzuerkennen, das eigentliche Hindernis für eine Einberufung der Genfer Konferenz und eine Friedensregelung im Nahen Osten. Hierbei wird auf die Tränendrüse gedrückt, wenn behauptet wird, die Palästinenser wollten den israelischen Staat beseitigen und ‚Israel ins Meer werfen'. (...)

Selbst die amerikanische Zeitung ‚Christian Science Monitor', die für ihre proisraelischen Sympathien bekannt ist, muß eingestehen, daß die meisten arabischen Staaten, insbesondere Ägypten, Jordanien und Syrien, ‚in den letzten Jahren ständig einer Anerkennung Israels als Staat und der Bereitschaft, direkte Verhandlungen über eine umfassende Lösung zu führen, nähergekommen sind', doch ‚dieser gewaltige Schritt vorwärts wurde in Israel nicht so recht gewürdigt'." (Oleg Alow, Endstation Genf, in: Neue Zeit, Moskau, Oktober 1977)

„Der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew schickte am Freitag eine persönliche Botschaft an US-Präsident Carter ... Das Schreiben wurde von dem sowjetischen Botschafter in Washington Anatolij Dobrynin überreicht. Der Diplomat teilte lediglich mit, es sei ein ‚guter Brief'. Er und Carter hätten bei einer Unterredung im Präsidialamt unter anderem über die Entwicklung im Nahen Osten gesprochen." (Frankfurter Rundschau, 22.11.)

„Warum die Löhne überhaupt erhöhen? In der Tat gibt es keinen von vornherein zwingenden Grund, dies zu tun."

Das Gutachten des Sachverständigenrates – Propagandainstrument der westdeutschen Imperialisten

Sicher, für die Kapitalistenklasse und ihren Staat gibt es keinen Grund, den Lohn zu erhöhen, außer der Tatsache des Kampfes der Arbeiterklasse. Grund gibt es für sie nur, den Lohn der Arbeiter, die durch die Kapitalisten ausgebeutet werden, zu senken, um ihren Profit zu steigern und die imperialistische Expansion, den Export von Kapital, die Verschärfung des Handelskrieges gegenüber ihrer imperialistischen Konkurrenz durchzusetzen. Dazu haben sie ihren Sachverständigenrat auch dieses Jahr losgelassen. Waren die Herren Weisen in den letzten Jahren mehr bemüht, der Politik der Bourgeoisie den wissenschaftlichen Hintergrund zu geben, so tritt das jetzt selbst in den Hintergrund und dafür die Hetze und der Handbuchcharakter für die sozialchauvinistische Demagogie der Bourgeoisie in den anstehenden Lohnkämpfen um so stärker in den Vordergrund. Außerdem werden die Bourgeoispolitiker sicherlich oft und gern danach greifen, wenn sie um etwas ausgefallene wissenschaftliche Begründungen für die Einrichtung eines Systems der Zwangsarbeit und die Festigung des Zuchthauscharakters des BRD-Imperialismus verlegen sind.

Manch einem mögen vielleicht Zweifel kommen, ob denn alles, was da drin steht, wirklich von der Bundesregierung auch so gemeint ist. Bei aller Anerkennung von Widersprüchen in den Reihen der Bourgeoisie, aber man kann sicher sein, für mindestens 52000 DM pro Mann als Zusatzgagen neben ihren sonstigen Staatspfründen und Gesamtkosten darf die Bundesregierung schon erwarten, daß das, was dabei herauskommt, ihren Interessen entspricht, so oder so.

Um zu zeigen, daß die Arbeiterklasse so oder so nicht um wachsende Verelendung bei großer Masse an unbezahlter Arbeit für die Kapitalisten herumkommt, bei sinkendem Reallohn, kürzerer Lebenszeit, größerer Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat und wachsende Unterdrückung, um zu zeigen, daß dies alles angeblich festeht, gesetzmäßig und unausweichlich - haben die Herren eine Alternativrechnung aufgemacht.

Vom Kampf der Arbeiterklasse war in dem 400-Seiten-Werk dieser hochbezahlten Beamtenganoven abzusehen, denn es galt ja zu beweisen, daß er nutzlos ist.

Dennoch ist es gerade deshalb nützlich, dieses Machwerk zu untersuchen, um die nächsten Kämpfe gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat besser vorzubereiten.

Der Kern der Alternative I ist einfach:
Er hat seinen Ausgangspunkt darin, daß eine Senkung des Reallohns und des Werts der Ware Arbeitskraft notwendig ist. Das kann man haben: entweder bei 3,5% Lohnsteigerung. Da sinkt dann zwar der Reallohn – aber dafür steigen dann auch die Preise weniger, weil die Preise ja von den Löhnen abhängen, bekanntlich.

Weil niedriger Lohn, niedrige Lohnstückkosten, weil niedriges Einkommen, weniger Importe, also weniger Nachfrage und damit weiterhin sinkende Preise. Was den Staat betrifft, ist die Lage auch glänzend. Der kriegt zwar weniger Steuern aus dem Lohn, aber dafür holt er es sich ja bei Gewinn und vor allem bei den indirekten Steuern. Die Bundesanstalt für Arbeit spart auch, weil, wer wenig verdient, wenig Arbeitslosengeld kriegt– wenn jetzt nach all diesen glänzenden Entwicklungen, die die Verelendung der Arbeiterklasse schwungvoll vorantreiben sollen, nur noch die Ausbeutung gehörig verschärft wird, ordentliche Gewinne gemacht werden, können wieder mehr eingestellt werden. Die Arbeitslosigkeit nimmt ab.

Die Alternative II zu diesem Zwangsarbeitslager? Aber bitte: Mehr Lohnerhöhung, aber dafür natürlich weniger Beschäftigte und Kurzarbeit – zur Strafe kein Kurzarbeitergeld, Rationalisierung im öffentlichen Dienst. Das ganze natürlich bei steigenden Preisen, so daß am Schluß nichts bleiben kann – warum nicht gleich die 3,5 % nehmen, oder besser noch weniger?

Die zwei „alternativen Lohnabschlüsse" der „fünf Weisen"

„Wachstum durch Vollbeschäftigung": Die tariflichen Stundenverdienste werden 1978 nur um soviel erhöht wie das Produktionsergebnis je Stunde steigen wird. Dies bedeutet Tariflohnsteigerungen von durchschnittlich 3 vH, einschließlich Nebenleistungen von 3 1/2 vH.

Die niedrigeren Lohnerhöhungen bedeuten für sich genommen, daß den Arbeitnehmern weniger Nettolöhne ausgezahlt werden. Der einzelne Arbeitnehmer erhält im Jahr 1978 im Durchschnitt 1,5 vH weniger Nettolohn. Da der Anstieg der Verbraucherpreise um 0,8 vH niedriger nist, verringert sich der Ausfall an Kaufkraft auf 0,7 vH. Die übrigen Einkommen der privaten Haushalte, deren Anteil am verfügbaren Einkommen über 50 vH ausmacht, erhöhen sich der Kaufkraft nach um 0,8 vh.

Es spricht viel dafür, daß sich aus dem Zusammenspiel von geringeren Lohnzuwächsen und niedrigeren Inflationsraten eine höhere Nachfrage der privaten Haushalte ergibt. Bei nach wie vor scharfem Wettbewerb bedeuten niedrigere Lohnkosten auch niedrigere Preise.

Die Lohnstückkosten ermäßigen sich um 2 vH, auch die Importkosten und Zinsen sind niedriger. Die Preise steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 1 vH weniger.

Der Staat spart durch den geringeren Lohn- und Preisanstieg Mittel ein, die er an anderer Stelle ausgeben kann. Die Steuerreinnahmen bleiben nahezu konstant: Mindereinnahmen bei der Lohnsteuer werden durch Mehreinnahmen bei den Gewinnsteuern und den Verbrauchssteuern wettgemacht.

Der Ausgabenüberschuß der Bundesanstalt für Arbeit vermindert sich, da die Einsparungen bei der Arbeitslosenunterstützung die Beitragsausfälle überwiegen.

Gelingt es auch in den nächsten Jahren, bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion eine Zuwachsrate von jährlich 5 vH zu erreichen, wird auch ein hoher Beschäftigungsstand wieder möglich.

Eine Kursänderung der Lohnpolitik könnte besonders wirkungsvoll sein, wenn sie die Möglichkeit nutzte, Lohntarifverträge für mehr als ein Jahr abzuschließen. Bei mehrjährigen Verträgen müßten Vereinbarungen über Stufenerhöhungen während der Laufzeit dafür sorgen, daß die Lohnentwicklung nicht zu unstetig wird.

Flankierende Maßnahmen zur „Vollbeschäftigung durch Wachstum": Den Weg zur Vollbeschäftigung über mehr Staat und weniger Arbeit suchen, heißt für viele ...der Wirtschaftspolitik andere Ziele vorgeben ... Eine Wirtschaftspolitik, die von solchen Vorstellungen geprägt ist, wird tarifvertragliche Arbeitszeitverkürzungen und expansive Haushaltspolitik als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit einsetzen ...: Die tariflichen Stundenverdienste steigen 1978 um 7 v.H., zuzüglich von Nebenleistungen um 7 1/2 v.H. Darin ist ein Ausgleich für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und des Jahresurlaubs von 2 vH enthalten.

Der Staat erhöht seine Ausgaben um 6 Mrd. DM mehr als bisher geplant. Ein Teil davon wird verwendet, um 50 000 Personen mehr als derzeit vorgesehen im Staatsdienst zu beschäftigen ... Rationalisierungsmaßnahmen werden weiterhin im Vordergrund stehen, zumal man auf diese Weise versuchen wird, die Verkürzung der Arbeitszeit aufzufangen. Die stärkere Anhebung der effektiven Stundenlöhne führt nicht zu einem entsprechenden Anstieg der Lohnsumme. Die Unternehmen werden nur einen Teil der Arbeitszeitverkürzung durch eine Vergrößerung der Belegschaft ausgleichen, selbst wenn man ihnen durch tarifliche und gesetzliche Regelungen den Ausweg zu mehr Überstunden verwehrt. Dies für sich genommen führt dazu, daß das verfügbare Lohneinkommen der Arbeitnehmer die zusätzlich Beschäftigten eingerechnet, nominal um 1 vH, und das verfügbare Einkommen um 1/2 vH höher als unter den Bedingungen unserer Prognose ist. Seiner Kaufkraft nach ist es wegen des stärkeren Geldwertschwundes niedriger; ...Der private Verbrauch wird somit durch die Verringerung des Realeinkommens gedämpft. ...Der Bedarf an Lohnzurückhaltung ist bei diesem Weg nicht kleiner als bei dem alternativen, der die Vollbeschäftigung durch Wachstum zu erreichen sucht ...Sich widersprechende Ansprüche durch Inflation zu harmonisieren, d.h. die Löhne durch stärker steigende Preise zu entwerten, wäre, wie die Erfahrung gelehrt hat, nur scheinbar eine Hilfe und ist bei diesem Weg nicht gewollt."

Aufruf der „Weisen" zu Kurskorrektur der Lohnpolitik: Reallohnsenkung

Bereits im Juli dieses Jahres hatte Friderichs, ehemaliger Bundeswirtschaftsminister, heute Nachfolger von Ponto bei der Dresdner Bank, an die „fünf Weisen" ein wissenschaftliches Gutachten über die Notwendigkeit umfassender Lohnsenkungen in Auftrag gegeben, frühzeitig, weil große Vorhaben ihre Zeit brauchen.

„Was hindert die Unternehmer an Investitionsmöglichkeiten? Ist es das Nachfragedefizit, oder liegt es an zu geringen Kapazitätsauslastungen?"

waren die Stichworte in Friderichs' Brief.

Die gewünschte Antwort liegt jetzt mit dem Gutachten des Sachverständigenrates vor, 400 Seiten dick, vorerst vom Bundeswirtschaftsamt vor dem Zugriff der Arbeiterklasse geheimgehalten und einem Wert von 1,6 Millionen DM nur für das, was drin steht. Was nach Umsetzung der Weisungen der „Weisen" herauskommt, wird allerdings nicht bei Millionen, sondern in die Milliarden gehen, gezogen aus der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Volksmassen.

Produktionsmöglichkeit ja, aber nur, wenn es sehr rentabel ist

Produktionsmöglichkeit ja, aber

„Was fehlt, ist nicht ein Mehr an Nachfrage, sondern ein Mehr an Produktion."

Wieso ein Mehr an Produktion, wo die Märkte verstopft sind und die Kapitalisten um jedes Stückchen Markt sich Gefechte liefern? Gemeint ist ein Mehr an unbezahlter Arbeit, durch niedrigere Löhne und höhere Arbeitsleistung, das sich die Kapitalisten aneignen. Drei Prozent Produktivitätssteigerung ohne zusätzliche Einstellungen seien im nächsten Jahr zu erwirtschaften, sagen die Sachverständigen. Also durch schiere Mehrarbeit, ohne daß die Kapitalisten die Produktivität der Arbeit durch Einsatz neuer Maschinerie steigern. Es ist hervorragend geeignet, die sinkende Profitrate der Kapitalisten zu stützen, bei gleichbleibendem Einsatz von fixem Kapital und größerer Vernutzung der Arbeitskraft. Dann sind die Produktionskapazitäten auch da, um ausgelastet zu werden.

„Denn Mangel an Produktion heißt in einer Marktwirtschaft stets Mangel an rentablen Produktionsmöglichkeiten."

Der Mangel an Produktion besteht in der mangelnden Gelegenheit, die Arbeiterklasse schärfer auszubeuten als die Konkurrenten die Arbeiter der übrigen imperialistischen Länder.

Weniger Lohn oder arbeitslos

„Den Unternehmen erschien es offenbar vorteilhaft, Arbeitskräfte mehr und mehr durch Kapitalgüter zu ersetzen, um so dem Druck der Lohnkosten wenigstens teilweise ausweichen zu können. Dieser arbeitssparende Prozeß mag etwa durch ein überhöhtes Lohnniveau forciert worden sein. Eine auf einen höheren Beschäftigungsgrad bedachte Politik kann hier für Abhilfe sorgen, das heißt darauf hinwirken, daß der Rationalisierungsdruck von der Kostenseite gemindert wird."

Großzügiges Angebot der Kapitalisten an die Arbeiter: Ihr verzichtet auf mehr Lohn, das hält das Sinken meiner Profitrate auf, dafür, daß ihr euch mehr ausbeuten laßt, entlasse ich auch nicht
ausbeuten laßt, entlasse ich auch nicht
und werde nicht rationalisieren. Ein billiger Kuhhandel, denn wo sollte der Profit des Kapitalisten herkommen, wenn nicht aus der wachsenden Ausbeutung der Arbeiter, denen er scheinbar Verzicht auf Profite gelobt. Weniger Lohn oder arbeitslos, ist die angebotene Erpresseralternative.

Lohnsenkung, das ist die Absicht. Deshalb beginnen die „fünf Weisen" alle Fragen in Abhängigkeit von der Lohnfrage zu stellen. Krise, Stagnation, Arbeitslosigkeit, alles löst sich bei Lohnsenkungen:

Stagnation und Krisen der kapitalistischen Produktion 1870–1975

Rohstahl Mio Tonnen | Arbeitslose in Millionen | Rohstahlproduktion | Arbeitslose | 1870 1880 1890 1900 1910 1920 1930 1940 1950 1960 1970

(Aus: Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitsheft 7)

„Gewiß, es gilt sehr vielfältige Aufgaben zu lösen (Sozialversicherungen, Steuern, s.u., d. Verf.) auch außerhalb der Lohnpolitik. Aber in der Lohnpolitik wird darüber entschieden, mit welchen Ansprüchen der weitaus größere Teil der Bevölkerung das Angebot, zu arbeiten, verbindet, und so gleichzeitig darüber, wieviel Arbeit in der Volkswirtschaft lohnend eingesetzt werden kann."

Zu deutsch: vom Grad der Verelendung hängt es ab, zu welchem Hungerlohn die Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

„Besonders eingehend haben wir uns darum bemüht, zu zeigen, daß eine Lohnpolitik, die durch zurückhaltende Tarifabschlüsse mehr Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten rentabel werden oder rentabel werden lassen will, nicht fürchten muß, zunächst einmal wegen ausfallender Kaufkraft ihre Erfolgschancen selbst zerstört."

Die Alternative, arbeitslos zu werden durch Rationalisierung oder weniger Lohn stelle sich schon auf dem Arbeitsmarkt in der Form: arbeitslos zu bleiben oder Arbeit anzunehmen zu niedrigerem Lohn. Entweder der Arbeiter nimmt das großzügige Angebot der Kapitalisten an, ihn fast für umsonst auszubeuten, oder er bleibt arbeitslos. Nur, was heißt hier Angebot des Kapitalisten? Die Arbeitskraft ist nicht eine x-beliebige Waren, die der Kapitalist kauft, wenn sie billig ist, und sonst eben nicht, wie die Arbeiterfamilie jetzt Weihnachtsbutter ißt und sonst Margarine.

Arbeit ist Quelle gesellschaftlichen Reichtums, und aus der Ausbeutung der Arbeitskraft schöpft der Kapitalist seinen Profit, ohne Ausbeutung könnte er nicht existieren. Die „Weisen" behaupten, die Ware Arbeitskraft sei ebenso das gleiche wie die Ware Butter. Ist sie zu teuer, bleibt sie liegen, die Butter im Kühlfach, der Arbeiter auf der Straße. Zu hohe Löhne sind die Ursache für Arbeitslosigkeit. Wegen der Forderungen der Arbeiterklasse, einen Lohn zu erhalten, der ihre Arbeitskraft reproduziert, entstünde ein Nachfragedefizit an Arbeitskräften von seiten der Kapitalisten.

„Die Löhne sind in der Gesamtwirtschaft der weitaus wichtigste Kostenfaktor. – Was das Investitionskalkül auch immer belasten mag, es gibt jeweils ein Lohnniveau, bei dem es keine Angebotsprobleme – die aus anderen Gründen bestehen mögen, so stark zu Buche schlagen, daß Vollbeschäftigung unmöglich würde ... Welche Bedeutung die Löhne für die Beschäftigung haben, ist zur Kardinalfrage der Wirtschaft geworden." „Wer Güter kaufen will und dafür zu arbeiten bereit ist, muß einen Arbeitsplatz haben. Den findet er in einer arbeitsteiligen Wirtschaft aber nur dann, wenn er nicht mehr an Lohn verlangt, als anderen das Ergebnis seiner Arbeit wert ist. Ein nur zeitweiliges Überangebot am Arbeitsmarkt muß also mit einem hohen Lohn zu tun haben. Es fehlt an Beschäftigung, an Einkommen, an Nachfrage. Der Nachfragemangel ist Ausfluß zu hoher Löhne; expansive Lohnpolitik kann ihn so gesehen nur vergrößern."



Lohnstreik im Öffentlichen Dienst 1974

Der Arbeiter will nicht, sondern muß die Güter, die er zum Leben braucht, vom Kapitalisten kaufen, weil dieser im Besitz der Produktionsmittel und damit der Güter ist. Um sich Lebensmittel kaufen zu können, muß er vorher seine Arbeitskraft an den Kapitalisten verkauft haben. Fordert der Arbeiter zu hohen Lohn, bleibt er jedoch arbeitslos, ohne Lohn kann er jedoch keine Güter nachfragen, somit käme es zu einem Nachfragedefizit gegenüber den Waren der Kapitalisten. Wer soll die Waren kaufen, wenn sie nicht exportiert werden, die Massen sie aber nicht „nachfragen" können? Reformisten und Revisionisten propagieren an dieser Stelle die Gemeinsamkeit von Arbeitern und Kapitalisten bei der Überwindung der Krise: mehr Kaufkraft durch mehr Lohn bedeutet mehr Nachfrage, mehr Umsatz.

Solche Kinkerlitzchen unterbindet der „Weisen"-Rat diesmal von vornherein, denn die

„Ursache des Beschäftigungsproblems ist: Will man das Übel beseitigen, muß man seine Ursachen kennen. Von den möglichen Ursachen sticht eine besonders ins Auge: Nachfrageschwäche. Woher kommt der dauerhafte Nachfragemangel? ... Außer im Export werden erhöhte Risiken vor allem in der Entwicklung des privaten Verbrauchs gesehen, der größten Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Hier rührt die Unsicherheit – zum einen aus verminderter Stetigkeit der Verbrauchernachfrage im Zyklus, zum anderen aus einem Näherrücken von Sättigungsgrenzen. Zum Beleg dafür wird verwiesen, daß ein immer größerer Teil des Einkommens nicht mehr für lebensnotwendige Ausgaben gebraucht werde, und daß die Zuwachsrate des privaten Verbrauchs über die Zyklen hinweg abnehme."

Die Arbeiterklasse ist noch nicht aufs Existenzminimum gedrückt, sagen die „Weisen", seht, sie kaufen noch, das kann doch unterbunden und

Fortsetzung Seite 15

Fortsetzung von Seite 14
in die eigene Tasche gesteckt werden. Besonders eingehend hätten sie sich deshalb bemüht, nachzuweisen, daß Lohnverzicht gerade nicht zur Einschränkung von Kaufkraft führe.

Jedem, der es nicht wahrhaben will: Das Ziel ist Reallohnsenkung

„Wenn die Reallöhne falsch sind, also nicht zu mehr Beschäftigung passend, so würde sich daran nicht deshalb etwas ändern, weil die vorherrschende Meinung anders gelautet hat ...“

Haben wir bisher unsere Absichten nicht so offen geäußert, dann kann man uns das doch nicht jetzt zum Vorwurf machen, wo wir sie äußern, sagen die „fünf Weisen“.

„Es muß ein Weg gefunden werden, in der Lohnpolitik zu einer Kurskorrektur zu kommen. Die Diskussionen um den ‚optimalen Lohn‘, der dem Kaufkraftargument und dem Kostenargument gleichermaßen Rechnung tragen soll, führt nicht weiter ... Strenger: Den Weg der Lohnzurückhaltung zu gehen, halten wir auch dann für angezeigt, wenn es 1978 noch nicht zu der stärkeren Entlastung führt.“

Nachdem sie Seite um Seite geschrieben haben, was Lohnverzicht alles nach sich zieht an Vorteilen auch für die Arbeiterklasse, sagen sie nunmehr unverblümt und die politische Absicht enthüllend: Er muß sein, der Lohnverzicht, damit die Gewinne der Kapitalisten steigen. ‚Wir stehen auf der Seite des Privateigentums, unser stärkstes Argument ist das Privateigentum, und damit haben wir immer recht.‘

Die Kurskorrektur durchhalten über mehrere Jahre

„Wie hat man sich konkret vorzustellen, daß eine Lohnpolitik, bei der das Kostenniveau sinkt oder langsamer als erwartet steigt, beschäftigungssteigernd wirkt? Wenn man zunächst einmal annimmt, daß das Preisniveau ebenso reagiert wie das Kostenniveau, also sinkt oder sich weniger erhöht als sonst, sind die Reallöhne so hoch wie ohne Lohnzurückhaltung. Die Korrektur des Reallohnniveaus ist mißglückt ... Je weniger das Preisniveau sich anpaßt, um so geringer ist der reale Kaufkrafteffekt, um so mehr verbessern sich die Gewinnmargen. Beschäftigungsmöglichkeiten und Investitionsobjekte werden in größerem Umfang rentabel, insbesondere dann, wenn auch für die Zukunft auf eine zurückhaltende Lohnpolitik vertraut wird.“

Korrektur in der Lohnpolitik ist die Senkung des Reallohns, mißglückt ist die Korrektur, wenn bei gelungenem geringem Abschluß die Preise etwa sinken würden, so daß kein Reallohnverlust entstünde, der Wert der Arbeitskraft nicht wie gewünscht gesenkt würde. Aus diesen Überlegungen heraus geben die Sachverständigen als Orientierungsmarken ihre zwei „Alternativen“ heraus.

Ob die Kapitalisten und der bürgerliche Staat ihre Pläne zur „Beseitigung des Nachfragedefizits“ im Inland durchsetzen können, entscheidet der Kampf der Arbeiterklasse.

Die „vielfältigen anderen Aufgaben“:

Ausplünderung durch direkte und indirekte Steuer. „Den Handlungsspielraum, der sich infolge der hohen Steuereingänge aufgetan hatte, nutzte die Finanzpolitik für steuerliche Entlastungen im Rahmen der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer, der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer. Angesichts der beträchtlichen Steuerentlastung könnte man der Ansicht sein, daß die Mehrwertsteuererhöhung überflüssig war. Eine solche Argumentation ließe indessen außer acht, daß sich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Steuersystem die Steuerlast fortwährend von den Steuern auf den Verbrauch zu den wachstumshemmenden und inflationsempfindlichen Steuern auf das Einkommen verlagert, und daß dadurch der Anreiz gemindert wird, Einkommen zu erwirtschaften. Unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten ist die Mehrwertsteuererhöhung daher zu begrüßen, da sie es erlaubt hat, wachstumsfeindliche Steuern zu senken. Dies gilt besonders für die Verbesserung der degressiven Abschreibung.

Auch geplante Veränderungen der Struktur des Steuersystems lassen sich konjunkturpolitisch ohne Verletzung des Konsolidierungszieles nutzen, indem Steuersenkungen sofort, kompensierende Steuererhöhungen dagegen erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft gesetzt werden. (...) „Unter mittelfristigen Gesichtspunkten besteht die wichtigste Aufgabe darin, die Reform des Steuersystems so voranzutreiben, daß die Abgabenlast weiter von investitionshemmenden zu investitionsfreundlichen Steuern hin verlagert wird, und solchen Staatsausgaben hohen Rang zuerkennt, die privaten Investitionen förderlich sind. Dabei sind drei Prinzipien zu beachten: Erstens müßte sichergestellt sein, daß tatsächlich ein Mehr an Wachstumsförderung herauskommt. Die finanzpolitische Förderung von privaten Investitionen darf deshalb nicht auf Kosten von anderen wachstumsfreundlichen Staatsausgaben und nicht von bestehenden wachstumsfreundlichen steuerlichen Regelungen gehen. Zweitens sollten die Maßnahmen so weit wie möglich global wirken, damit nicht staatliche Instanzen darüber entscheiden, welche Art von Investitionen besonders dringlich ist.

„Hinsichtlich der Frage des Lohnausgleichs für die Preiswirkungen der erhöhten Mehrwertsteuer. Einen Lohnausgleich verlangen, heißt verlangen, die zusätzliche Mehrwertsteuer solle aus den Gewinnen der Unternehmer getragen werden. Das ist mit der Steuererhöhung nicht nur nicht gemeint, sondern sicherlich auch nicht ohne negative Rückwirkung auf die Beschäftigung durchzusetzen.“

Das Renten„defizit“ durch Beitragserhöhungen und Senkung der Renten decken. „Ein Weg, die Einkommensverteilung zwischen Rentnern und Aktiven von den Schwankungen der Lohn- und Preisentwicklung unabhängig zu machen, wäre die Aktualisierung der Rentenanpassung ...

Soll die Einkommensposition der Rentner im Vergleich zu den Aktiven dauerhaft verbessert werden, dann bedarf dies einer mittelfristigen Absicherung der Finanzierung, sei es durch eine dauerhafte Regelung über erhöhte Staatszuschüsse, sei es durch Beitragserhöhungen in der Rentenversicherung. Soll hingegen eine stärkere Belastung der Aktiven vermieden werden, müßte der Anstieg der Einkommensposition der Rentner im Vergleich zu dem der Aktiven aufgehalten werden.“

„Mit dem Umfang rentabler Produktion war zugleich der Anreiz größer geworden, weiter mehr zu investieren ... An Finanzierungsmitteln fehlte es auch 1977 nicht ... Zwar wurden Maßnahmen zum Abbau des strukturellen Defizits der Rentenversicherung im wesentlichen auf 1978 vertagt ... während die Steuereinnahmen reichlich flossen ...“

Im öffentlichen Dienst besonders niedrige Lohnabschlüsse. Der Sozialversicherung, dem Staat fehlen auf der einen Seite Einnahmen, die ihnen bei unveränderter Nominallohnleistung zugefallen wären, auf der anderen Seiten dürften als Folge der real gestiegenen Kaufkraft der Beschäftigten und damit das davon abhängige Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern zunehmen. Auf der Ausgabenseite spart der Staat bei der Besoldung seiner Bediensteten und kann im übrigen wegen der gesunkenen Preise bei unveränderten Staatsausgaben mehr kaufen.

Ein Bereich, in dem auf sehr direkte Weise ein Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung hergestellt werden könnte, ist der öffentliche Dienst. Eine besonders niedrige Steigerung der Verdienste würde es dem Staat erlauben, für dringliche Aufgaben, die der Konsolidierung der Staatsfinanzen wegen nicht genügend berücksichtigt worden sind, nunmehr zusätzliche Stellen zu schaffen.

Kurzfristig sind die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung über die Defizithaltung des Staates abgedeckt. Tun sich bei niedrigen Lohnsteigerungsraten Finanzierungslücken auf, dann werden diese durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt geschlossen. Davon sind wir auch für den Fall einer Politik der Vollbeschäftigung durch Wachstum ausgegangen. Zu höheren Staatsausgaben insgesamt muß das nicht führen, denn durch die niedrigen Lohnabschlüsse spart der Staat – angenommen er weitet seinen Personalstand nicht stärker als vorgesehen aus – bei den Personalausgaben und möglicherweise auch bei anderen Ausgaben mehr, als er der Sozialversicherung über die ausfallende Beitragsaufkommen zu zahlen hat.

Die westdeutsche Kapitalistenklasse: „Vollständig in Koalition mit den Interessen der Entwicklungsländer“

„Die Weltmarktposition der deutschen Wirtschaft ist zwar nach wie vor stark, der Rückgang des Marktanteils, der 1974 eintrat, ist aber seither nur zum Teil wieder ausgeglichen worden. Deutsche Waren hatten sich im Zuge der Wechselkursbewegung der siebziger Jahre gegenüber ausländischen Waren weit weniger verteuert als gleichzeitig die Lohnkosten im Vergleich zum Ausland gestiegen sind. Die Exportwirtschaft war offenbar einer besonders starken Gewinnkompression ausgesetzt ...“

Bis 1975 hatten die westdeutschen Imperialisten im Vergleich zu ihren Konkurrenten die Löhne der Arbeiterklasse und der anderen Lohnabhängigen wesentlich niedriger drücken können. So lagen z.B. die Zunahmen der Lohnkosten je Produktionseinheit in Westdeutschland in den Jahren 1974 und 1975 bei 9,2% und bei 8%. Bei den US-Imperialisten lagen sie höher, nämlich bis 11%, bei den anderen westeuropäischen imperialistischen Mächten gar bis zu 28,5%, wie bei Großbritannien. Die niedrigen Lohnkosten pro Produktionseinheit zeugen von der hohen Kunst der Schweißauspressung der westdeutschen Kapitalistenklasse. Sie hat in den letzten Jahren die Ausbeutung und Auspressung der Arbeiterklasse immens verschärft, durch Verlängerung des Arbeitstages und der Intensivierung der Arbeit. So konnte sie aus den Arbeitern wesentlich mehr unbezahlte Arbeit herauspressen, als ihre imperialistischen Konkurrenten und ihnen gegenüber einen Vorsprung ausbauen. Das befähigte sie zugleich als Hauptscharfmacher des Handelskrieges auftreten zu können.

Durch direkte politische Aktionen gegen die Arbeiterklasse haben die anderen imperialistischen Mächte jetzt versucht aufzuholen, zur Verhinderung des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse haben die Bourgeoisien Maßnahmen beschlossen bis hin zum Lohnstopp.

„Mehr noch, unter dem Eindruck der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte des vorigen Jahres hat man allenthalben zu direkten Preis-, Lohn- und Einkommenskontrollen Zuflucht genommen. Faktisch war in der Europäischen Gemeinschaft – mit der einzigen Ausnahme die Bundesrepublik – die Tarifautonomie ausgesetzt.“ Unter anderem wurde in „Dänemark die Lohnleitlinie der Regierung von den Sozialpartnern bislang befolgt“, „der jährliche Lohnanstieg ... soll danach bis 1976 auf 6 v.H. begrenzt bleiben“, „in den Niederlanden haben sich die Aussichten für einen zweijährigen Reallohnstopp, wie ihn die Regierung verlangt, gebessert.“ „In den Vereinigten Staaten hatte die Anpassung am frühesten eingesetzt. Man muß dabei sehen, daß die Reallöhne schon vor der Rezession gesunken waren, von 1972 bis 1975 um 2,5 v.H. Die Ertragslage der Unternehmer hatte sich dauerhaft gebessert. Mit der Korrektur des Reallohnniveaus nahm die Sparneigung der privaten Haushalte 1974 ab ...“

Gegen diese Angriffe der Kapitalistenklasse hat sich die Arbeiterklasse in den westeuropäischen Ländern und den USA in großen Streikkämpfen und Demonstrationen zur Wehr gesetzt.



Die Druckarbeiter von Habra/Darmstadt treten im Sommer in einen Solidaritätsstreik, als die dänischen Druckkapitalisten von Berlingske Tidende während des Streiks der dänischen Druckarbeiter die Zeitung von den Arbeitern bei Habra gedruckt haben wollen.

Die imperialistischen Mächte haben ihre Ziele nicht verwirklichen können. Der US-Imperialismus hat, weil er gegenüber dem japanischen und westdeutschen Imperialismus relativ schwächer in den Möglichkeiten der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und nach der Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft ist, zu direkt protektionistischen Maßnahmen gegriffen.

„Das Ausmaß, das der Protektionismus in der Welt inzwischen erreicht hat, läßt sich quantitativ nicht eindeutig bestimmen ... Bereits im Frühjahr 1976 hatte die amerikanische Regierung schwere Eingriffe vorgenommen, denen zufolge die Einfuhr von Spezialstahl im Jahr 1977 um 14 v.H. niedriger als 1976 bleiben mußte. Mit Japan wurde dies noch in einem ‚Selbstbeschränkungsabkommen‘ vereinbart; die Anbieter der Europäischen Gemeinschaft, Schwedens und Kanadas wurden vor vollendete Tatsachen gestellt ... Darüberhinaus wurden 1977 bestimmte Artikel mit einer 25prozentigen Sonderabgabe belastet ...“

Der BRD-Imperialismus hofft in der gegenwärtigen Krise, den großen Reibach zu machen und verstärkt den Druck auf die Arbeiterklasse und errichtet Militärzuchthäuser in den Fabriken; die Arbeiterklasse und ihr Kampf um mehr Lohn und ihre Rechte sollen die Ursache sein für die Verschärfung der Konkurrenz der Imperialisten nach dem Gutachten der „5 Weisen“. Dabei setzt der BRD-Imperialismus darauf, daß er dort, wo es insgesamt nicht gut geht, relativ am besten und gestärkt gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten den Handelskrieg führen kann.



Die französischen Stahlarbeiter des Stahlwerkes Montéfibre streiken gegen Entlassungen und Kurzarbeit. 283 Arbeiter sind entlassen worden, 700 Arbeiter sollen Kurzarbeit machen. Vor 2 Wochen hatten sie beschlossen, das Werk zu besetzen und die Auszahlung der Löhne zu erzwingen. Seitdem lassen die Kapitalisten ihre Anlagen Tag und Nacht von Polizei bewachen.

Die westdeutschen Imperialisten suchen den verschärften Handelskrieg, weil sie in einer relativ besseren Position als ihre Konkurrenten die Konkurrenz austragen wollen durch die Steigerung der Produktivkraft. Zur Schaffung von Extraprofiten. Die anderen imperialistischen Mächte, vor allen Dingen die Supermacht USA müssen zu Protektionismus greifen, weil sie bezüglich der Steigerung der Produktivkraft relativ schwächer dastehen. Aus dieser für die BRD-Imperialisten gegenüber ihren Konkurrenten relativ günstigen Position heraus will der aufgestiegene BRD-Imperialismus „Freihändler“ werden.



Welches Sprichwort wird hier durch fünf weise Männer mutig widerlegt?

„Der Bundesrepublik ist eine nicht unbedeutende Rolle im Nord-Süd-Dialog zugefallen. Sie hat aus der Vergangenheit heraus am ehesten die Möglichkeit, aus dieser Rolle weiterhin die Rolle eines Verteidigers des freien Welthandels zu machen ... So wird sichtbar, daß das Angebot billiger Waren aus dem sich industrialisierenden Teil der Dritten Welt die alten Industrieländer im Grunde reicher macht. Der Strukturwandel notiert es. Das Leitmotiv sollte sein: Das Angebot annehmen und im Strukturwandel für neue Arbeit sorgen. Das ist der Weg, der alle reicher macht. Arbeit gibt es genug in der Welt.“

Ihr Ziel, Teilnahme am Kampf um die Weltherrschaft, können die westdeutschen Imperialisten nur erreichen, wenn es ihnen gelingt, das ganze mit einem riesigen Spaltungsprogramm durchzusetzen. Sie wollen die Arbeiterklassen gegeneinander hetzen.

„... die Umverteilung ging in der ersten Runde größtenteils zu Lasten der Unternehmer, denn den Arbeitnehmern gelang es zunächst, die Lasten der Rohstoffverteuerung durch zusätzliche Lohnsteigerungen von sich abzuwehren“,

also Spaltung der Länder der Dritten Welt und der Arbeiterklasse; der Kampf der Länder der Dritten Welt um ihre nationalen Reichtümer sei die Ursache für die Verschlechterung der Lage und Spaltung der Front der Entwicklungsländer und das Ausnutzen der Widersprüche zwischen den Imperialisten und zugleich zwischen den anderen imperialistischen Mächten und den Ländern der Dritten Welt. Dabei setzen die BRD-Imperialisten darauf, daß der Protektionismus die Länder der Dritten Welt trifft, wo die Produktivkraft noch nicht so weit entwickelt ist, und sie gemeinsam mit diesen Ländern für den „freien Handel“ gegen Protektionismus eintreten.

„Die um sich greifende politische Bereitschaft zur ‚Ordnung‘ der Märkte, zur ‚Organisierung‘ des Handels läßt eine neue Fehlentwicklung befürchten, deren Bedeutung für die weltwirtschaftliche Entwicklung hoch veranschlagt werden muß ... Für das weltweite wirtschaftliche Wachstum und gerade auch für die beteiligten Entwicklungsländer an diesem Wachstum wäre es fatal, wenn sich mehr und mehr protektionistische Allianzen bildeten ... Die Chance der Entwicklungsländer, außer Rohstoffen vermehrt auch andere Produkte zu verkaufen, liegt in der Anonymität des Anpassungszwanges auf möglichst unreglementierten Märkten, kurz: ihre Chance ist der Freihandel ..., scheint die Entwicklung in der Welt zunächst einmal den Weg gegen mehr Freihandel zu nehmen, ja auf mehr Protektionismus zu drängen. Das ist ein kostenreicher Weg. Die Bundesrepublik mag es nicht in ihrer Hand haben, ihn zu verhindern. Aber ihre Interessen, vor allem ihre langfristigen Interessen, sind insoweit vollständig in Koalition mit den Interessen der Entwicklungsländer, sich also weiterhin um Anwalt einer freien Weltwirtschaft macht.“

In dieser „Koalition“ sollen dann die Länder der Dritten Welt ihre gegen die imperialistische Ausplünderung gerichtete Schutzpolitik aufgeben, die westdeutsche Kapitalistenklasse will ihre Front aufbrechen als „Anwalt des Freien Handels“.

„Für die Unternehmen im ganzen bedeutet dies, daß sie sich mehr als bisher auf unbekannte Märkte vorwagen müssen. Das ist mit besonderen Risiken verbunden, aber auch mit höheren Kosten für Forschung, Entwicklung, Umschulung der Arbeitskräfte und Markterschließung. Bei dem Lohn- und Entwicklungsniveau, das die Bundesrepublik inzwischen erreicht hat, dürfte das Investitionskalkül dadurch stark belastet werden.“

Also neue, unbekannte Märkte für die Kapitalisten, die sie nur erobern können über die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland, wobei rascheste Senkung des Lohnes ein Mittel ist. Die westdeutsche Arbeiterklasse muß im Lohnkampf sich einreihen in die Kampffront um mehr Lohn und Rechte der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern und den Streik vorbereiten, sie kann sich dabei stützen auf die Kämpfe der Arbeiterklasse in den Zentren des Imperialismus und wird so die Front gegen den Imperialismus stärken. – (Z-Red.)

Alle Zitate aus Wirtschaftsgutachten des Sachverständigenrates, 18.11.1977

Revolutionäre Lieder der Bauern, aus der offiziellen Musik vertilgt

Die revolutionären Lieder der Bauernbewegung um 1500 handeln vom Kampf gegen den Feudaladel, die Kirche und den absolutistischen Staat:

Die Schwäbische Bawren-Klag

**Ach ich bin wol ein armer Baur,
Mein Leben wird mir mächtig saur,
Ich meyn, ich könn offt nimmermehr:
Ach, dass ich nie geboren wär!**

**Mein, horcht mir nur ein wenig zu:
Mit Wyden bind ich meine Schuh,
Kein Frucht hab ich schier in der Schewr
Vnd muss doch geben meine Stewr.**

**Vor Weihnachten iss ich auff,
Das Vieh ist auch im wolfeilen Kauff,
Hergegen sind die Handwercksleuth
Gar thewr, helff Gott dem, der mir beut.**

**Die Contributz das greulich Thier
Macht, dass ich muss entlaufen schier;
Der Waibel gheyt mich alle Tag:
Ich halt, es sey kein grösser Plag.**

**Mein Amptmann helgt mich überauss,
Er legt mich offt ins Narrenhauss.
Wer gibt mich nun bey jhm so nahn?
Ich sorg, der Waibel habs gethan.**

**Der Schultheiss ist mir auch nit hold;
Ich weiss wol, wo ichs hab verschuldt,
Ich sagt nur: Er frisst ab der Gmeind.
Jetzt ist er mir von Hertzen feind.**

**Der Pfarrherr weisst vns zur Gedult
Vnd sagt, es sey der Sünden Schuld.
Er siht, dass er sein Zehenden hab,
Dass Wetter schlag auff oder ab.**

**Ich muss auch immer Frondienst thun
Vnd hab doch nicht ein Schnell davon.
Ich wolt, dass der am Kragen hieng,
Der erstlich die Beschwärd anfieng.**

Gewaltsam durch Folterungen, mit Verboten und Verbrennen der aufgezeichneten Lieder wurden die Lieder während der Jahrhunderte aus der offiziellen Musik getilgt. Soweit sie heute noch schriftlich aufgezeichnet sind, sind sie in Gerichtsakten und Folterprotokollen dokumentiert. Für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit den Bauern im Kampf für die Revolution ist es notwendig, die Geschichte zu untersuchen, die Lehre aus dem revolutionären Kampf der Bauern zu ziehen. Die Bourgeoisie setzt demgegenüber auf die Bauern, um sie als Hort der Reaktion zu gewinnen, und hetzt gegen die Bauern, damit sich die Arbeiterklasse nicht mit ihnen verbindet. So wird als „Volkslied" über die Bauern im Liederbuch „Turm" aus dem Voggenreiter-Verlag propagiert:

„Wir treiben die Bauern alle zu Hauf
so wie ihre Schweine,
und hängen sie zum Trocknen auf
wie Wäsche auf der Leine."

Die Stationen der Tilgung: Kerker, Kopfabschlagen, Folter ...

Der Chronist Liliencron schreibt in seiner Liedersammlung von 1865 zum folgenden Lied:

„Die verbündeten Fürsten halten Thomas Münzer (einen der Führer der Bauern, Red.) am 15. Mai bei Frankenhausen geschlagen und gefangen. Sie zogen darauf am 16. auf Schlotheim und nach vergeblichen Unterhandlungen mit Mühlhausen, wo sich Heinrich Pfeifer noch zu verteidigen dachte, am 19. vor diese Stadt. Jetzt siegte hier die durch Münzer verdrängte Partei des alten Rates; Pfeifer floh; im Lager bat erst eine Botschaft der Frauen, dann die Bürger selbst fußfällig um Gnade, und am 25., Himmelfahrtstag, ward Mühlhausen übergeben. Der inzwischen bei Eisenach gefangene Pfeifer ward im Lager vor der Stadt zugleich mit Münzer selbst hingerichtet."



Aufständische Bauern mit Bundschuhfahne umzingeln einen Reiter. Holzschnitt von 1539.

... Zensur und Verbot

Die Dithmarscher Bauern haben die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Bauernrepublik bis 1559 gegen die Angriffe der Fürsten und insbesondere gegen die Angriffe des dänischen Königs verteidigt. Ihre Lieder sind jahrhundertelang von den Bauern gesungen worden, und nach ihnen wurde auch getanzt. Einige sind aufgezeichnet worden in der „Chronik des Landes Dithmarschen" vom Ende des 16. Jahrhunderts. In dem Lied „Was Hände gebaut haben, können Hände zerbrechen" von 1404 wird das Schleifen der Zwingburg des Ritters Klaus von Ahlefeld besungen:

„Tretet herzu, ihr stolzen Dithmarschen,
unsern Kummer wollen wir rächen.
Was Hände gebaut haben,
können Hände auch zerbrechen."

Die Dithmarschen riefen überlaut:
„Das leiden wir nun und nimmermehre,
wir wollen darum wagen Hals und Gut
und wollen das ganz umkehren!"

Am 18. Oktober 1771 wird von „Christian der Siebende von Gottes Gnaden, König zu Dännemark, Norwegen, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn und der Dithmarschen, Graf zu Oldenburg und Delmenhorst" eine „Verordnung wegen Einschränkung des Drucks der Bücher ohne Censur" erlassen. Zur Zensur heißt es: „... Da Wir aber vernehmen, daß einige Uebelgesinnete, frecher und verwegener Weise davon Anleitung und Gelegenheit genommen haben, verschiedene sehr anstößige und ärgerliche Schriften, im Druck ergehen zu lassen, und solchergestallt einen unerlaubten Mißbrauch von Unsern auf das allgemein Beste gerichtet gewesenen guten Absichten zu machen; so veranlasset Uns solches hiedurch ausdrücklich zu declairieren, daß niemals erlaubt gewesen, sich der Preßfreyheit auf eine sträfliche Weise zu bedienen, um andere bürgerliche Gesetze zu übertreten, also auch alle Injurien, Pasquille und aufführerische Schriften, nach wie vor, der gesetzlichen Bestrafung unterworfen bleiben. Und da Wir in Erwartung des abgezielten Nutzens bey der aufgegebenen Censur ferner bewenden lassen ..." (Aus: Scheer, Deutsches Presserecht, 1966)

9. Sie würgen ja die armen Leut'

(Mühlhausen 1525)

Übertragung

1. Wollt ihr nun hören eine neue Geschicht',
Wie es die von Mühlhausen haben angericht't?
Sie haben hinterlistig gehandelt
An einem kranken Weibe –
Ist ihnen immer Schande!

2. Katharina Kräuter ist ihr Nam',
Die nie wider Ehre hat getan.
Das darf niemand anders sagen,
Das tut den Bösewichtern weh –
Sie werden mir's nicht verzeihen.

3. Die von Mühlhausen sind Biederleut'[2]),
Sie würgen ja die armen Leut',
Daß sie müssen sterben.
O du reicher Gott vom Himmelreich,
Nun laß dich's doch erbarmen.

4. Es war eine arme Witwe,
Der mißgönnten sie auch ihr Leben.
Ein Geleit täten sie ihr entbieten,
Sie wollten ihr mitgeben, was sie hätte –
Weh der falschen Sitte (= *Treulosigkeit*)!

5. Wettich hat ein krauses Haar,
Er ritt mit einem Pferd dahin,
Auf den Acker wollte er reiten.
Nach Langensalza stand sein Reisen –
Es war doch wohl zu früh[3])!

Liliencron 3, Nr. 391.



Der Bauer, der den Zins an den Grundherrn zahlt – wie man sieht, Geld (aus: Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens, hrsg. von der Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung, Verlag Sendler, Preis 6 DM).

Offensichtlich geht der Feudaladel davon aus, daß der Widerstand der Bauern nicht gebrochen ist. Denn, so Liliencron: „Es (das Lied, Red.) muß großen Ärger erregt haben; als daher das uns erhaltene hdschr. Exemplar desselben in der Tasche eines zu Erfurt eingebrachten Räubers, Andreas Eberleyn, gefunden ward, schickte Churfürst Johann den Schosser Bernhard Walkde zu Allstedt nach Erfurt, um u.a. Geständnissen durch die Folter auch den Namen des Verfassers jenes Liedes zu erpressen. Der Schosser berichtet dem Churfürsten, der soeben geköpfte Eberleyn habe auf der Folter seine schon früher gemachte Aussage aufrechterhalten, er wisse nur, daß der Dichter mit Vornamen Antonius heiße. In Erfurt sitze aber noch Pfeifers Bruder und ein junger Pfaffe aus Pfeifers Mühlhäuser Anhang namens Lebe gefangen. Sie seien im Verdacht, um das Lied zu wissen, falls es nicht gar von ihnen selbst komme. Der Rath zu Erfurt werde daher nicht versäumen, bei ihrer Vernehmung auf der Folter auch dieses Punktes zu gedenken und dem Churfürsten demnächst das Ergebnis zu berichten."

Aus England ist das während des großen Bauernaufstandes 1381 entstandene Sprichwort „Als Adam grub und Eva spann, wer war denn da ein Edelmann" über Deutschland nach den Niederlanden gekommen. Um 1500 entsteht aus dem Sprichwort das Lied:

„Wir sind des Geyers schwarze Haufen
Als Adam grub und Eva spann,
wer war denn da ein Edelmann?
Wir wöllens Gott im Himmel klagen
Kyrieleis
daß wir die Pfaffen nit dürfen totschlagen."

Dieses Lied hat die Bourgeoisie für

Übriggeblieben sind Lügen

ihre Zwecke umgedichtet. Die Quelle hat sie verfälscht: Als „Weise des Wandervogels (1919)" wird sie ausgegeben im Schulbuch „Unser Liederbuch". (Umdichter des Liedes ist Börries Freiherr von Münchhausen, dessen Altfordere selbst mit den Spießen Bekanntschaft gemacht hatten.) Alles Revolutionäre ist gebannt, die Bauern als Barbaren, so soll es gesungen werden, und ohne Aussicht auf Erfolg in ihrem Kampf:

„Bauernkrieg
Wir sind des Geyer's schwarze Haufen.
Heia, oho!
Wir wollen mit Tyrannen raufen. Heia, oho!
Refrain: Spieß voran, drauf und dran!
Setzt auf's Klosterdach den roten Hahn!
Als Adam grub und Eva spann. Heia oho!
Wo war denn da der Edelmann? Heia, oho!
Bei Weinsberg setzt es Brand und Stank. Heia, oho!
Gar mancher über die Klinge sprang. Heia, oho!
Geschlagen ziehen wir nach Haus. Heia, oho!
Unsre Enkel fechten's besser aus. Heia, oho!"

Wer der Bourgeoisie aus der Seele spricht, ist der Ritter Oswald von Wolkenstein, Besitzer von 19 Höfen, mehreren Ländereien, Weinbergen, Wiesen usw. Seine Lieder wurden jetzt im Inselverlag, Frankfurt, herausgegeben.



Der „arme" Ritter und Junker Oswald von Wolkenstein

Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" widmet ihm fast eine ganze Seite. Ein Lied lautet:

Propagiert wird Expansion

„Es kam dazu, daß ich, an die zehn Jahre alt
mir ansehen wollte, wie die Welt beschaffen ist.
In Not und Fremde, manchem heißen, kalten Land
hielt ich mich auf bei Christen, Heiden, Orthodoxen.
Nach Preußen, Litauen. Und Tatarei, Türkei und Syrien;
nach Frankreich, Norditalien, Spanien.
Mit zwei Königsheeren
mit Ruprecht, Sigmund: beide mit dem Adlerzeichen.
Französisch und arabisch, spanisch, katalanisch, deutsch,
lateinisch, slawisch, italienisch, russisch, griechisch
zehn Sprachen habe ich benutzt, wenn's nötig war."

Hinaus in die weite Welt, daß ist sowohl der Kanon der Volkslieder, die in den Schulbüchern propagiert werden, als auch die Absicht, die Filbinger damit verbindet, wenn jetzt die Schulkinder im Musikunterricht das „Deutschland-Lied" wieder lernen sollen (Bild, 15.11.). Albrecht hat vor, daß das „Niedersachsen-Lied" – „Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen" – wieder ausgekramt und gelehrt wird. – (N-Red.)

Kommunistische Volkszeitung